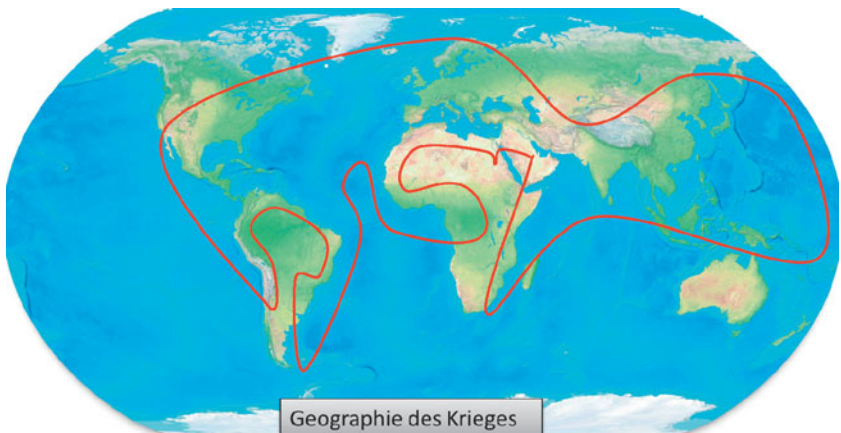


---

## **Internationale Sicherheit: Klassische Problemfelder**

**2**



*„In all, about seventy per cent of the world's 60,000,000 square miles of dry land is either too high, too cold or too waterless for the conduct of military operations“ (Keegan 1993: 68–69). Die Darstellung zeigt die Zonen (rot umrandet), in denen große konventionelle Kriege stattgefunden haben, und jene, in denen aufgrund von geographischen Gegebenheiten Kriegsführung nahezu unmöglich ist.*

Quelle: Keegan 1993: 69 (eigene Darstellung).

## Konstantinos Tsetsos

Kriege erzeugen Unsicherheit. Sie gehen in der Regel mit hohen Opferzahlen und weitreichender Zerstörung einher, gefährden das friedliche Zusammenleben der Völker, die territoriale Integrität von Staaten und die internationale Rechtssicherheit. Ein Hauptbetätigungsfeld der Forschung im Bereich der internationalen Sicherheit ist daher die Kriegsursachen- und Konfliktforschung. Sie versucht, die politischen, historischen, kulturellen, sozialen, religiösen, ökonomischen und ideologischen Ursachen von bewaffneten Konflikten und Kriegen zu identifizieren und zu analysieren.

Die Frage, „warum“ bzw. „wie“ Kriege ausbrechen, ist auch Gegenstand der folgenden Überlegungen. Anhand dreier Analyseebenen (**Individuum, Staat, Internationales System**) wird eine Auswahl an Theorien und Erklärungsansätzen vorgestellt, die einen Einblick in die Kriegsursachenforschung geben und das Verständnis über die Gründe und Ursachen, die zum Ausbruch von Kriegen führen, vertiefen sollen. Zunächst wird es jedoch darum gehen zu fragen, was Krieg überhaupt ist.

---

### 2.1.1 Definitionen

Umgangssprachlich wird der Begriff „Krieg“ häufig inflationär verwendet, etwa um Auseinandersetzungen zwischen zwei oder mehreren Akteuren zu beschreiben. Begriffe wie „Handelskrieg“ oder „Straßenkrieg“ beschreiben Konflikte des öffentlichen Lebens, in denen die beteiligten Akteure jegliche Kompromissbereitschaft vermissen lassen. Bei diesen Begriffen handelt es sich aber nicht im wörtlichen, sondern nur im übertragenen Sinn um Kriege. Eine Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch, dass es in den Sozialwissenschaften an einer allgemein anerkannten Definition des Krieges mangelt. Dies ist einerseits der politischen Bri-

sanz einer Definition und der damit einhergehenden Legitimierung bzw. Delegitimierung politischer Handlungen, andererseits der engen Verzahnung zwischen akademischer Debatte und politischer Praxis geschuldet (Geis 2006: 11).

Rein völkerrechtlich betrachtet gilt:

- **Krieg** ist eine mit Waffengewalt geführte Auseinandersetzung zwischen mindestens zwei politisch organisierten Akteuren, von denen mindestens ein Akteur reguläre Streitkräfte einsetzen muss (Wright [1965]).

Es muss sich also entweder um zwischenstaatliche Kriege oder um Kriege zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren handeln. Formal werden Kriege mit einer Kriegserklärung begonnen<sup>1</sup> und mit einem Friedensvertrag beendet. In der Praxis hat sich aber der zeitliche Beginn gewaltsamer militärischer Konflikt- austragung als Indikator für einen Kriegsausbruch etabliert, da seit 1938 die Zahl der formellen Kriegserklärungen auf eine vernachlässigbare Zahl zurückgegangen ist (Hallett 1998: 61–70).

Der Kriegstheoretiker Carl von Clausewitz ([1980]: I, 1, 17) definiert Krieg **inhaltlich**:

- **Krieg** ist demnach ein erweiterter Zweikampf, der einen Akt der Gewalt darstellt, um einen Gegner zur Erfüllung des eigenen Willens zu zwingen.

Zudem stellt Clausewitz fest, dass „der Krieg [...] nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel“ (Clausewitz [1980]: VIII, 6b, 674) und mithin nichts Selbständiges ist.<sup>2</sup> Krieg verbindet darüber hinaus stets die Triade aus Ziel (Niederwerfen des Gegners), Mittel (Anwendung physischer Gewalt) und politischem Zweck (Aufzwingen des eigenen Willens). Da der Krieg aber unterschiedliche Erscheinungsformen aufweist, beschreibt ihn Clausewitz als „ein wahres Chamäleon, weil er in jedem konkreten Falle seine Natur etwas ändert“ (Clausewitz [1980]: I, 1, 36). Er spricht in diesem Zusammenhang auch von der „wunderlichen Dreifaltigkeit“ des Krieges: (1) seiner „ursprünglichen Gewaltbarkeit“, also der Feindschaft, die den organisierten und anhaltenden Einsatz militärischer Mittel beschreibt; (2) dem „Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls“, womit er auf die Unberechenbarkeit der entfesselten Kräfte hinweist;

1 Vgl. Haager Abkommen über den Beginn der Feindseligkeiten vom 18. 10. 1907, Art.1, online verfügbar unter: [http://avalon.law.yale.edu/20th\\_century/hague03.asp](http://avalon.law.yale.edu/20th_century/hague03.asp); 01. 02. 2013.

2 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen zu Clausewitz im Kapitel zu *Strategie* (2.2.2.3.).

(3) und vom Krieg als „politischem Werkzeug“, wodurch er dem Zweck des Krieges eine ausschließlich politische Natur zuschreibt (Clausewitz [1980]: I, 1, 36). Clausewitz formuliert in diesem Sinne einen **funktionalistischen Kriegsbegriff**, der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln betrachtet und die Notwendigkeit der Definition von Kriegszielen betont.<sup>3</sup>

Immanuel Kant hat demgegenüber einen **rationalistischen Kriegsbegriff** geprägt. Unter der Annahme, dass Frieden einer Vernunftidee entspricht und der Hoffnung, dass eine aufgeklärte und bürgerliche Gesellschaftsordnung realisierbar ist, identifizierte Kant den Krieg als irrationale Art menschlichen Handelns (Bonacker/Imbusch 2010: 108). Der Grund für die bevorzugte Friedfertigkeit liegt im utilitaristischen Interessenkalkül der Bürger. Da diese durch Krieg Leib, Leben und Eigentum gefährden, widerspricht ein Kriegseintritt der instrumentellen Vernunft. Verteidigungskriege zur Erhaltung der Eigenstaatlichkeit sind hingegen rechtmäßige Kriege, da sie der instrumentellen Vernunft entsprechen.

► <b>funktionalistischer Kriegsbegriff</b>	<b>rationalistischer Kriegsbegriff</b>
Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln	Frieden als Vernunftidee und Krieg als irrationale Art menschlichen Handelns

Der **funktionalistische Kriegsbegriff** greift insofern zu kurz, als neben politischen Zwecken Kriege auch aus anderen Gründen geführt werden. Die Motive reichen von ideologischen und religiösen Ansichten über persönlichen Geltungsdrang von Eliten bis hin zur individuellen Bereicherung (Ruloff/Schubinger 2007: 10). Der **rationalistische Kriegsbegriff** scheitert hingegen an der Prämisse, dass die Entscheidung zum Krieg nur in republikanischen Gesellschaftsordnungen von der Bevölkerung getroffen wird. Zudem sind beide Ansätze nicht in der Lage, Kriege, die zwischen nicht-staatlichen Akteuren geführt werden, definitorisch zu erfassen, da sie staatszentrische Kriegsdefinitionen formulieren. Das Ziel der klassisch-völkerrechtlichen, funktionalistischen und rationalistischen Kriegsbegriffe, eine allgemeingültige und überzeitliche Definition des Krieges zu formulieren, misslingt insofern aufgrund (1) der Konzentration auf staatszentrische, zwischenstaatliche Kriegskonstellationen, (2) der Schwierigkeit, den fließenden Übergang zwischen Kriegs- und Friedenszustand zu bestimmen und (3) dem Vernachlässigen neuer Konfliktformen wie etwa innerstaatlichen oder nicht-staatlichen Kriegen.

Eine konsensfähigere Definition des **Krieges** liefern Levy und Thompson (2010: 5), indem sie ein breiteres Spektrum an Erscheinungsformen des Krieges abdecken:

---

3 Vgl. auch hierzu die Ausführungen unter 2.2.2.3.

- **Krieg** ist demnach „sustained, coordinated violence between political organizations“.

Neuere wissenschaftliche Versuche, den Begriff des Krieges zu erfassen, orientieren sich an Kriterien wie dem **Organisationsgrad der beteiligten Akteure**, den **Kriegstypen**, der **Intensität des Konfliktes**, der **Kriegsdauer** und den **kriegsbedingten Opferzahlen**. Die Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung (AKUF) definiert Krieg anhand völkerrechtlicher Kriterien und setzt somit die Beteiligung von mindestens einem staatlichen Akteur voraus. Zudem muss die Kriegsführung ein Mindestmaß an zentraler Organisation und Lenkung erfüllen und die Gewaltanwendung Kontinuität und Nachhaltigkeit aufweisen. Sollte eines dieser Kriterien nicht erfüllt werden, geht die AKUF von einem „bewaffneten Konflikt“ aus, der unterhalb der Schwelle zum Krieg anzusiedeln ist. Sind die Kriterien aber in ausreichendem Maße erfüllt, wird gemäß AKUF zwischen fünf Kriegstypen unterschieden:<sup>4</sup>

- **Antiregime-Kriege** sind Kriege, in denen um den Sturz der Regierung oder die Veränderung bzw. den Erhalt des politischen Systems oder der Gesellschaftsordnung gekämpft wird.
- **Autonomie- und Sezessionskriege** sind jene Kriege, in denen um regionale Autonomie innerhalb eines Staates oder um Abspaltung von einem Staat gekämpft wird.
- **Zwischenstaatliche Kriege** sind Kriege, in denen sich reguläre Streitkräfte mindestens zweier Staaten gegenüberstehen. Der völkerrechtliche Status ist dabei irrelevant.
- **Dekolonisationskriege** sind Kriege, in denen gegen eine Kolonialherrschaft gekämpft wird.
- **Sonstige innerstaatliche Kriege** bilden die Restkategorie.

Eine weitere, inzwischen weithin etablierte systematische Definition von Krieg, die auch von den quantitativ arbeitenden Forschungsprojekten *Correlates of War* (CoW) und *Uppsala Conflict Data Program* verwendet wird, orientiert sich am Intensitätsgrad eines Konfliktes, bemessen anhand einer **Opferzahl** von mindestens 1000 kampfbedingten Toten (*battle-related deaths*) pro Konfliktjahr (Singer/Small

---

4 Die Kriegstypologie der Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung (AKUF) findet sich unter: [http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege\\_aktuell.htm#Typ](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege_aktuell.htm#Typ); 01.02.2013.

**Tabelle 1** Kriegstypologie des CoW-Projekts

Traditionelle Typologie (Singer/Small)	Erweiterte Typologie (Sarkees/Wayman)
<b>Internationale Kriege</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ zwischenstaatliche Kriege</li> <li>▪ extra-systemische Kriege               <ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>kolonial</i></li> <li>• <i>imperial</i></li> </ul> </li> </ul>	<b>Internationale Kriege</b>  <b>Extra-staatliche Kriege</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ kolonial (Staat – Kolonie)</li> <li>▪ imperial (Staat – Nicht-Staat)</li> </ul> <b>Innerstaatliche Kriege</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bürgerkriege               <ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>um zentrale Kontrolle</i></li> <li>• <i>aus lokalen Gründen</i></li> </ul> </li> <li>▪ regional innerstaatliche Kriege</li> <li>▪ zwischenkommunale Kriege</li> </ul> <b>Nichtstaatliche Kriege</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ auf nichtstaatlichem Territorium</li> <li>▪ transnational</li> </ul>

Quelle: Sarkees/Wayman 2010: 46.

1972: 27).<sup>5</sup> Das seit ziemlich genau fünfzig Jahren laufende CoW-Projekt untersucht alle Kriege seit 1816 und versucht, durch die Aufdeckung von Gesetzmäßigkeiten für alle Fälle geltende Erklärungen des sozialen Phänomens Krieg abzuleiten. Die von Singer und Small (1972; 1989) ursprünglich untersuchten Kriegstypen wurden dabei von zeitgenössischen Vertretern des Forschungsprojekts erweitert, um mehr Erscheinungsformen des Krieges zu erfassen.

Ebenso wie beim Kriegsbegriff gibt es in den Sozialwissenschaften auch keine allgemeingültige Definition für **Frieden**. Friedensdefinitionen rekurren dabei in aller Regel auf den Gewaltbegriff und versuchen, einen Zustand zu beschreiben, der als Antipode zu Krieg zu verstehen ist. Friedensdefinitionen kommen demnach „nur selten ohne direkten Bezug zum Begriff der ‚Gewalt‘ aus“ (Weller 2005: 91).

Geht man von einem **negativen Friedensbegriff** aus, lässt sich dieser wie folgt definieren:

- **Frieden** ist ein Zustand, der frei von kriegerischen Auseinandersetzungen und politischer, personeller Gewalt ist.

5 Informationen zum *Uppsala Conflict Data Program* finden sich unter: <http://www.pcr.uu.se/research/ucdp/definitions/>; 01.02.2013.

Der **positive Friedensbegriff** geht hingegen von einem Zustand ohne Krieg aus, der zusätzlich **strukturellen Frieden** bietet und sich etwa durch Wahrung der Menschenrechte in einer demokratisch-freiheitlichen Grundordnung auszeichnet (Galtung 1975).

Krieg und Frieden zu definieren ist, wie bis hierhin deutlich geworden sein sollte, alles andere als einfach, die Ursachen für den Ausbruch von Kriegen zu identifizieren, jedoch noch ungleich schwieriger. Wohl auch deshalb hat die Beschäftigung mit Krieg und Frieden in der Vergangenheit eine Vielzahl von Forschungs- und Denkansätzen hervorgebracht hat, von denen einige im Folgenden vorgestellt und diskutiert werden sollen.

---

## 2.1.2 Denkansätze

Zahlreiche Erklärungsansätze versuchen, die bereits angedeutete Vielschichtigkeit des Phänomens „Krieg“ zu erfassen. Dabei gibt es keine einheitliche Theorie der Kriegsursachenforschung. Eines der grundsätzlichen Probleme besteht vielmehr darin entscheiden zu müssen, welchen Zugang man wählt. Die in diesem Abschnitt vorgestellten Denk- und Forschungsansätze entstammen dabei verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Kontexten. Sie werden hier aus politikwissenschaftlicher Perspektive ausschließlich hinsichtlich ihrer Erklärungskraft und Anwendbarkeit für die Kriegsursachenforschung diskutiert.

### 2.1.2.1 Zwischenstaatliche Kriege

Drei große **Analyseebenen** haben sich in der Disziplin Internationale Beziehungen etabliert und werden auch zur Erklärung gewaltsamer Konfliktaustragung herangezogen. Die Einteilung in drei Ebenen geht auf Kenneth N. Waltz's (1959) Buch *Man, the State and War* zurück, in dem er drei sogenannte *images* beschreibt, an denen sich die Analyse internationaler Politik und die Suche nach Kriegsursachen ausrichten lassen.

- Diese *images* sind **das Individuum, Staaten** (kollektive Zusammenschlüsse von Individuen) und **das internationale System**.

Der Analyseebenenansatz ist noch keine Theorie, sondern dient vielmehr der Typologisierung von Kriegsursachen, da er durch die Klassifizierung kausaler Faktoren ermöglicht, das Verhalten von Akteuren zu erklären (Levy/Thompson 2010:



13). Auf jeder Analyseebene wurden in der Vergangenheit verschiedene Theorien entwickelt, um Kriegsursachen zu erklären.

#### 2.1.2.1.1 Das Individuum als Analyseebene

Forschungsansätze, die das Individuum in den Mittelpunkt stellen, gehen von der Annahme aus, dass die Ursache von Kriegen auf (1) die **menschliche Natur** im Allgemeinen oder (2) die spezifische Natur bestimmter Individuen (beispielsweise Staatsoberhäupter, Könige oder Diktatoren) zurückzuführen ist. Dabei gilt es, innerhalb der Individuumsanalyseebene diese zwei Ansätze grundsätzlich zu unterscheiden. Die zentrale Frage beim Forschungsansatz der menschlichen Aggression ist, ob spezifische Befunde Analogien zwischen Individuen und Kollektiven von Individuen zulassen. Eine weitere, wohl problematischere Frage ist, ob sich Erkenntnisse über die Verhaltensweise von Tieren auf den Menschen problemlos übertragen lassen. Zudem wird heftig debattiert, ob menschliche Aggression biologisch determiniert oder kulturell erlernt ist.

##### *Der Makroebenenansatz in der Aggressionsforschung*

Der **Makroebenenansatz** basiert auf der Annahme, dass alle Menschen in ihrer Natur grundsätzlich gleich sind und somit **Aggression und Gewaltbereitschaft** in jedem Menschen gleichermaßen angelegt sind. Während Augustinus (354–430 n. Chr.) die Gewaltbereitschaft des Menschen als Ursünde (Waltz 1959: 23) brandmarkte und sie direkt mit der Verbannung aus dem Paradies in Verbindung brachte, sprach Thomas Hobbes (1588–1679 n. Chr.) von einem „Krieg aller gegen alle“ im Naturzustand. Der Mensch im regierungslosen Naturzustand führt also einen ständigen Krieg. Die Gründe für den Kriegausbruch führt Hobbes auf das stetige Streben des Menschen nach Macht, die grundsätzliche Gleichheit der Menschen im Sinne ihrer Tötungsfähigkeit (jeder kann jeden töten), das Konkurrenzverhalten, Misstrauen und die Ruhmsucht zurück (Ottmann 2006: 288). Für Hobbes muss der Mensch aus dem Naturzustand heraustreten und sich in einen Staat einbinden, um diesen ständigen Kriegszustand zu verlassen. Der niederländische Philosoph Spinoza (1632–1677 n. Chr.) hingegen sieht als Kriegsursache den ständigen Kampf von Kräften der Vernunft und der Passion innerhalb des Menschen an, wobei die Passion oftmals die Oberhand gewinnt (Waltz 1959: 23–24). Sigmund Freud ging davon aus, dass die Aggression auf tiefgründige unbewusste Triebe zurückzuführen ist. Zur Erklärung dieses Umstands verwies Freud auf die Existenz des Lebensinstinkts (Eros) und des Todesinstinkts (Thanatos). Während der Eros das Erhalten und Vereinen zum Gegenstand hat, ist *Thanatos* für die interne Genugtuung von Spannung, Stimulation und Aufregung des Individuums zuständig. Menschen leben, weil der Lebens- den Todesinstinkt ausgleicht. Erst

wenn die interne Aggression des Todesinstinkts nach außen getragen wird, um Genugtuung zu erfahren, kommt es zu unverhohlenen Gewaltausbrüchen gegenüber anderen Menschen (Freud [1989]).

### *Ethologie und Soziobiologie*

Konrad Lorenz hat in seinem Werk *Zur Naturgeschichte der Aggression* (1966) eine der **Ethologie** (Verhaltensforschung) entstammende Erklärung für die Aggression des Menschen formuliert. Ausgehend von der Annahme, dass der Mensch ein Produkt von zwei Millionen Jahren Evolution ist, hat Lorenz im Zuge seiner Studien über das Verhalten von Tieren festgestellt, dass der Mensch hinsichtlich der intra-Spezies-Aggression Unterschiede zu anderen Tieren aufweist. Bei Gewalt gegen eine andere Spezies spielt Aggression keine Rolle. Erst wenn Gewalt gegen die eigene Art gerichtet wird, ist instinktive Aggression involviert. Ziel des **Aggressionsinstinkts** ist das Überleben der Spezies: Der Schutz des Nachwuchses wird ermöglicht, die Spezies wird vor Überbevölkerung geschützt und das Recht des Stärkeren in der sexuellen Selektion sichert den Fortbestand. Anders als bei Menschen aber ist die intra-Spezies-Aggression bei Tieren hochgradig ritualisiert und zielt nicht auf die Tötung des Gegners ab. Der Mensch hat diesen Aggressionsinstinkt zwar geerbt, jedoch hat die zivilisatorische Entwicklung dazu geführt, dass die natürliche Selektion (Krankheit, Naturgefahren etc.) durch eine intra-Spezies-Selektion in Form von Kriegen ersetzt wurde (Schellenberg 1982: 27). Der Krieg ist also gewissermaßen das Ventil des Menschen, um den Druck des Aggressionsinstinkts abzulassen (Cashman 2000: 18). Edward Wilson (1978), der Pionier der **Soziobiologie**, teilt größtenteils die Ansichten von Lorenz, geht aber nicht so weit, Aggression als Instinkt zu identifizieren. Auch geht Wilson nicht von einer Eruption der aufgestauten Aggression aus. Er plädiert vielmehr dafür, die menschliche Aggression auch als Produkt einer sozialen Evolution zu verstehen. Die genetische Biologie des Menschen ist zunächst für organisierte Aggression als solche verantwortlich. Wie aber diese Aggression weitergeführt und weiterentwickelt wird, hängt vornehmlich von den kulturellen Prozessen der jeweiligen sozialen Gruppe (Lernprozesse, Umweltbedingungen und Geschichte der Gruppe) ab (Cashman 2000: 25). Zudem können Menschen auch auf Aggression verzichten und altruistisch sein, falls sie daraus einen Nutzen ziehen können.

### *Anthropologische Ansätze*

**Anthropologische Ansätze** gehen im Gegensatz zu ethologischen und soziobiologischen Ansätzen davon aus, dass Aggression nicht genetisch, sondern kulturell determiniert ist. Aggression ist nicht angeboren, sondern muss erlernt werden. Der Ansatz der **kulturellen Evolution** geht davon aus, dass der Mensch der Frühzeit grundsätzlich friedfertig war (Montagu 1980: 6). Erst eine Änderung der so-

zialen und kulturellen Umstände führte zu intra- und interkommunaler Aggression. Als Jäger-, Sammler- und Nomadengruppen begannen, sich in Siedlungen niederzulassen, vollzog sich eine **landwirtschaftliche Revolution**, die radikale soziale und kulturelle Veränderungen nach sich zog. Landbesitz wurde wertvoll, soziale Organisation notwendig und der Schutz der Siedlung und der landwirtschaftlichen Fläche zu einer Hauptaufgabe (Leaky 1981). Die Transition vom Nomadentum zur Sesshaftigkeit ist ein entscheidender Wendepunkt in der Menschheitsgeschichte und wird als Auslöser für interkommunale Aggression angesehen. Sobald benachbarte Siedlungen wachsen, kommt es zu einem Interessenkonflikt, in dem die stärkere Gemeinschaft durch die Anwendung von Gewalt zu expandieren versucht. Friedliche Gesellschaften haben dann nur vier mögliche Optionen: (1) Untergang, (2) Unterwerfung, (3) Rückzug durch Migration oder (4) Imitation. Nach Schmookler (1984) haben die meisten Siedlungen ihre aggressiven Rivalen nachgeahmt und somit eine Kultur der Aggression gegenüber Anderen etabliert.

Ein weiterer Ansatz befasst sich mit **friedlichen Gesellschaften**, die von David Fabbro (1978) untersucht wurden. Diese primitiven, agrarwirtschaftlichen Gemeinschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie keine Kriege gegen andere Gruppen und keine Bürgerkriege untereinander führen, keine militärische Organisation haben und es auch auf individueller Ebene kaum zu Gewaltanwendungen kommt. Diese egalitären Gemeinschaften produzieren nur das Nötigste zum Überleben (Subsistenzprinzip) und verfügen weder über die Ressourcen noch den Willen, sich eine „unproduktive“ militärische Organisation durch Überproduktion zu leisten. Dyer (1985: 5) und Wright ([1965]: 63) zeigen in diesem Zusammenhang:

- Je ökonomisch fortschrittlicher eine Gemeinschaft wird, desto kriegsanfälliger wird ihre Gesellschaft.

Die *Social Learning Theory* geht in diesem Zusammenhang davon aus, dass Aggression primär erlernt wird. Nach Albert Bandura (1980) erlernen junge Menschen durch Erfahrung und Beobachtung die Aggression ihrer Kultur kennen und emulieren diese. Dieser Sozialisationsprozess hängt vom sozialen und kulturellen Umfeld ab und beeinflusst das Verhalten von Menschen. Ist eine Kultur der Aggression gesellschaftlich anerkannt, etwa durch die Glorifizierung von Heldentaten im Krieg, führt diese Anerkennung zu einer Reproduktion dieses Verhaltens durch nachfolgende Generationen. Ist aber das soziale Umfeld durch Friedfertigkeit geprägt, können Aggression und Gewaltbereitschaft gänzlich verlernt werden (Cashman 2000: 34).

*Der Mikroebenenansatz in der Aggressionsforschung*

Der **Mikroebenenansatz** basiert auf der Annahme, dass bestimmte psychologische und persönliche Charakteristika von Einzelpersonen (vornehmlich Staatsmänner/-frauen) die politischen Entscheidungen, die zu Kriegen führen, beeinflussen. Diese Theorien konzentrieren sich auf die Einschätzungen von Individuen über Weltpolitik, ihr psychologisches Befinden, ihre Persönlichkeit und Emotionalität. Die Ansätze im Mikroebenenansatz basieren auf der Annahme, dass Kriege anders verlaufen oder gar nicht erst ausgebrochen wären, wenn das untersuchte Individuum nicht die politische Macht innegehabt hätte. Also etwa:

- Wenn Hitler nicht Reichskanzler geworden wäre oder Gorbatschow nicht Präsident der Sowjetunion, wäre der Zweite Weltkrieg nicht ausgebrochen bzw. der Kalte Krieg nicht friedlich beendet worden.

In dieser Form handelt es sich bei Mikroebenenansätzen um sogenannte **kontrafaktische Hypothesen** (Levy/Thompson 2010: 134), die sich mit historischen Persönlichkeiten befassen und deren Psyche und Handlungen als Kriegsursache untersuchen.

Die **Psychohistorie** untersucht die psychologische Motivation hinter geschichtlichen Ereignissen. Sie konzentriert sich dabei auf drei Forschungsbereiche: Kindheitspsychologie, Psychobiographie und Gruppenpsychologie. Für den Mikroebenenansatz ist primär die **Psychobiographie** von Bedeutung, da sie die psychologischen Eigenschaften und Glaubenssysteme von Individuen – wie etwa Hitler, Stalin oder Gandhi – untersucht und psychologisch analysiert. Unterschiedliche Persönlichkeiten von Staatsmännern können dabei auf unterschiedliche Sozialisation, Erziehung, Bildung und die Interpretation historischer Erfahrungen zurückgeführt werden (Levy/Thompson 2010: 133). Diese wiederum konstituieren unterschiedliche Glaubenssysteme und Weltbilder. Wenn Glaubenssysteme variieren, werden Staatsmänner unter Stress die gleiche Situation anders interpretieren und andere Entscheidungen treffen. Diese Entscheidungsdifferenzen sind so gravierend, dass sie einen kausalen Einfluss auf die Entscheidung für oder gegen einen Krieg haben können (George 1969; Lebow 1981).

Aufgrund der unterschiedlichen Glaubenssysteme variiert auch die **Perzeption** des Weltgeschehens durch Staatsmänner. Individuen nehmen an, dass ihre Wahrnehmung des Weltgeschehens ein akkurates Abbild der Realität darstellt. Da die (Bedrohungs-)Wahrnehmungen aber immer auch ein Produkt des individuellen, subjektiven und persönlichkeitspezifischen Filterprozesses unterschiedlicher Glaubenssysteme und Weltbilder sind, stimmen sie mit der „realen Welt“ selten überein (Cashman 2000: 49). Mit anderen Worten: Es handelt sich um **Missper-**

**zeptionen.** Eine bedeutende Komponente des Konzepts der Missperzeption ist dabei die Fehleinschätzung der Fähigkeiten und Intentionen von Gegnern und Dritten, aber auch die Überschätzung der eigenen Kapazitäten (Levy 1983: 282–293). Fehleinschätzung, gepaart mit einer irrationalen Erwartungshaltung, dass ein anstehender Krieg kurz bevorsteht und zudem gewonnen werden wird, erhöht dabei die Wahrscheinlichkeit eines Kriegsausbruchs (Blainey 1988: 56–58). **Missperzeption** ist einer der prominentesten Erklärungsansätze auf der individuellen Ebene und hat nachhaltige Implikationen auf nahezu alle Ansätze der staatlichen und internationalen Analyseebene.

### *Zwischenfazit*

Obwohl **ethologische und soziobiologische Denkansätze** menschliche Aggression erklären können, erfüllen sie nicht die Anforderungen für eine empirische Kriegsursachentheorie, denn sollte Aggression tatsächlich biologisch determiniert sein, gäbe es keine Erklärung für Frieden. Logischerweise müsste ein Friedenszustand nämlich bedeuten, dass (1) der Mensch seine Natur geändert hat oder (2) moralische oder kulturelle Restriktionen die Aggression kontrollieren.

Die **anthropologischen Ansätze**, die darauf verweisen, dass Aggression kulturell erlernt und nicht genetisch determiniert ist, können zwar den Ausbruch von Kriegen über die Analyseebene des Individuums breiter erklären, basieren jedoch größtenteils auf spekulativen Annahmen über die Entwicklung der Menschheit im Neolithikum, die nur schwer empirisch zu belegen sind.

**Psychologische Ansätze**, die vornehmlich **Missperzeption** als Kriegsursache identifizieren, leiden unter einem definitorischen Problem (Jervis 1976): Was ist **Missperzeption** und wie erkennt man sie eigentlich? Ein weiteres Problem ist, dass Fehleinschätzungen, die zu Krieg führen, nur ex post als solche erkannt werden können, da bei Kriegsausbruch die eigenen Entscheidungen von Entscheidungsträgern aus rationalen Gesichtspunkten als richtig eingestuft werden. Zwar ist **Missperzeption** eine bedeutende kausale Variable, die Implikationen für andere Analyseebenen hat und deren Bedeutung von vielen empirischen Fallbeispielen gestützt wird. Jedoch existiert noch keine systematische **psychologische oder kognitive Kriegsausbruchstheorie**, die über die ex-post-Evaluation von politischen Entscheidungen, die zu Kriegen geführt haben, hinausgeht.

### **2.1.2.1.2 Der Staat als Analyseebene**

- Unter **Staaten** versteht man kollektive Zusammenschlüsse von Individuen, die die Form von Nationalstaaten oder staatsähnlichen Machtgebilden (wie etwa Imperien, Königreiche, de-facto Regime) annehmen.

Forschungsansätze, die den Staat in den Mittelpunkt rücken, gehen von der Annahme aus, dass die Ursachen von Kriegen auf politische, ökonomische und soziokulturelle Eigenarten von Staaten und auf die rationalen Entscheidungen politischer Eliten innerhalb eines Staates zurückzuführen sind. Annahmen über die Eigenarten innerstaatlicher Entscheidungsprozesse spielen dabei genauso eine Rolle wie der Zusammenhang zwischen spezifischen Eigenschaften von Staaten und deren Konfliktneigung.

*Rational choice, bureaucratic politics and organizational process model*

Ausgangspunkt einer Reihe von Forschungsansätzen, die sich mit dem Verhalten von Staaten befassen, ist das rationalistische Konzept des *homo oeconomicus*, welches sich im *rational actor model (RAM)* wiederfindet. Rational agierende Akteure folgen demnach acht einfachen Schritten, wenn sie Handlungsentscheidungen treffen (Cashman 2000: 78):

#### **Rational choice**

- (1) beginnt mit der Problemidentifikation, gefolgt von Informationsakkumulation;
- (2) der Identifikation von Zielen und deren Einstufung nach Priorität;
- (3) der Eruiierung aller alternativen Mittel zur Zielumsetzung;
- (4) einer Kosten-Nutzen-Evaluation aller alternativen Mittel zur Zielumsetzung;
- (5) der Auswahl des effektivsten und effizientesten Mittels;
- (6) der Implementierung der Entscheidung;
- (7) der Evaluation der Entscheidung je nach Erfolg oder Misserfolg;
- (8) der Reform, Weiterführung oder Beendigung der Handlung.

Zu den Grundannahmen des RAM gehört, dass Regierungen einheitliche Akteure sind, die aus allen möglichen Entscheidungen die rationalste Entscheidung auswählen, um etwa in der Außenpolitik den Nutzen einer Handlung zu maximieren (Bueno de Mesquita 1981). Kriege, deren Kosten-Nutzen-Relation unvorteilhaft ist, sind demnach irrational und sollten vermieden werden.

- Wenn aber alle Regierungen rationale Entscheidungen auf Basis des RAM treffen und die Entscheidungen über ein Für und Wider eines Krieges einer Kosten-Nutzen-Evaluation unterziehen; warum führen Staaten dann Kriege, deren Kosten höher sind als ihr Nutzen?

Wie im vorangegangenen Abschnitt dargelegt, spielen psychologische, soziale und

kulturelle Rahmenbedingungen eine Schlüsselrolle für die Entscheidungen von Individuen. Problematisch dabei ist:

- (1) Nicht alle Entscheidungsträger sind rationale Akteure, da sie unter dem Einfluss ihrer psychologischen Konstitution stehen;
- (2) Entscheidungsträger können Fehleinschätzungen unterliegen;
- (3) Entscheidungen unter Stress beeinflussen die Fähigkeit zu rationalem Handeln;
- (4) Informationsdefizite können rationale Entscheidungen negativ beeinflussen;
- (5) Zeitmangel kann zu falschen Entscheidungen führen;
- (6) die Kosten-Nutzen-Evaluation aller alternativen Mittel zur Zielumsetzung unter Berücksichtigung der zu erwartenden Ergebnissen übersteigt die kognitiven Fähigkeiten von Entscheidungsträgern;
- (7) Rationalität variiert: Wenn Kleingruppen einen rationalen Denkprozess durchlaufen, werden unterschiedliche Ziele, Handlungen und Kosten-Nutzen-Relationen durch die jeweiligen Entscheidungsträger präferiert. Da Regierungsentscheidungen Gruppenentscheidungen sind, bedarf es Verhandlungen und Kompromissen, um einen einheitlichen Beschluss zu treffen.

Auf Basis des RAM hat Graham Allison (1971) **zwei Entscheidungsmodelle** entwickelt, die sich mit der exekutiven Gewalt von Regierungen beschäftigen. Das **organizational process-Modell (OPM)** konzentriert sich auf **standard operational procedures (SOPs)**, die in Institutionen anzutreffen sind (Allison/Zelikow 1999). Anders als vom RAM angenommen, treffen Organisationen Entscheidungen demnach nicht anhand einer Evaluation der Kosten-Nutzen-Relation, sondern auf Basis bestehender SOPs. Es wird also auf bestehende Programme und Mechanismen zurückgegriffen, anstatt prognostisch in die Zukunft zu planen und strategisch die beste Entscheidung zu treffen. Diese auf Routine fixierte Handlungsweise bedient sich des Konzepts des **Inkrementalismus**, indem sie bestehende Strategien anwendet und bei Bedarf anpasst, anstatt grundsätzlich neue Strategien zu entwickeln.<sup>6</sup>

- Daher dienen außenpolitische Entscheidungen oftmals mehr den jeweiligen Institutionen als dem „nationalen Interesse“.

---

6 Vgl. hierzu auch die Ausführungen zum Strategiebegriff im Kapitel *Strategie* (2.2.1).

Das *bureaucratic politics-Modell* (BPM) konzentriert sich auf die außenpolitischen Entscheidungen, welche durch die Exekutive von Staaten getroffen werden. Zu den Grundannahmen gehört, dass Staatenverhalten nicht als Handlung eines unitären Akteurs verstanden wird. Vielmehr hinterfragt das Modell, welche Entscheidungsträger innerhalb einer Regierung Entscheidungen treffen, welchen Einfluss sie haben und wie diese Entscheidungen und Interessen zustande kommen. Zudem gilt es, das Wechselspiel zwischen den einzelnen Schlüsselfiguren im Entscheidungsprozess zu beachten (etwa zwischen Präsident und Minister oder Regierung und Parlament).

Im BPM wird grundsätzlich erwartet, dass sich bei einem Konflikt zwischen einer Schlüsselfigur (etwa einem einflussreichen Politiker) und einer staatlichen Institution die Position der Institution durchsetzen wird (Allison/Zelikow 1999). Das BPM postuliert, dass die politischen Interessen und Präferenzen der einzelnen Schlüsselfiguren variieren können, da sie etwa das nationale Interesse anders interpretieren, eine bestimmte staatliche Institution repräsentieren oder eigene Interessen verfolgen. Daher sind außenpolitische Entscheidungen das Produkt eines politischen Prozesses, der durch Konkurrenzverhalten, Verhandlungen und Kompromisse zwischen den Schlüsselfiguren, staatlichen Institutionen und Interessensgemeinschaften innerhalb eines Staates geprägt ist. Die Kompromisse, die zwischen allen entscheidungsrelevanten Akteuren getroffen werden, entsprechen dabei nicht dem Idealziel des RAM, sondern zielen statt auf die Maximierung der nationalen Sicherheit auf eine interne Versöhnung aller Interessen. Die Folge dieses bürokratischen Kompromisses ist eine dem RAM widersprechende politische Entscheidung (Levy/Thompson 2010: 165).

Obwohl das OPM und BPM Entscheidungsfindungstheorien und nicht Kriegsursachentheorien sind, zeigen sie doch kausale Verbindungen auf, die es ermöglichen, Kriegsursachen zu identifizieren.

Die erste Verbindung ist das Streben *militärischer Eliten* nach Krieg. Eliten tendieren dazu, außenpolitische Bedrohungen in überhöhter Weise darzustellen, um innenpolitische Macht hinzuzugewinnen und letztlich durch den Kriegsausbruch die Innen- und Außenpolitik eines Staates stärker oder gar vollends zu bestimmen. Extrembeispiele für solches Verhalten finden sich im Deutschen Reich vor 1914 und im japanischen Kaiserreich in den 1930er Jahren.

Die zweite Verbindung befasst sich mit **der Präferenz von Offensivstrategien** durch militärische Eliten. Offensivdoktrinen führen zu größerem institutionellen Budget, mehr Personal und folglich mehr innenpolitischem Gewicht. Zudem rufen sie Reaktionen von anderen Staaten hervor (etwa Rüstungswettläufe), was wiederum den militärischen Eliten mehr innenpolitisches Gewicht verleiht. Auch wenn militärische Eliten nicht direkt für Kriege einstehen, präferieren sie



dennoch Strategien, die einen Krieg wahrscheinlicher machen (Levy/Thompson 2010: 165).<sup>7</sup>

Eine dritte Verbindung entsteht aufgrund von **inter-institutionellem Konkurrenzverhalten**, das eine schnelle außenpolitische Entscheidung verhindert. Stagnation in der Entscheidungsfindung führt zu einer Schwächung nach außen und signalisiert verminderte Verteidigungsbereitschaft. Auch kann inter-institutionelle Konkurrenz und die damit einhergehende Verwirrung anderer Staaten zu unintendierten Kriegen führen. So geschehen etwa am Vorabend des Ersten Weltkriegs, als die deutsche Regierung Österreich-Ungarn empfahl, die Krise auf diplomatischem Wege zu lösen, während Generalstabschef Moltke die Österreicher drängte, in Serbien einzumarschieren.

Eine vierte Verbindung entspringt aus der **Kontrolle und Verzerrung von relevanten Informationen**, die für die Formulierung staatlicher Außenpolitik relevant sind. Aufgrund der Informationsdominanz können Institutionen anderen Entscheidungsträgern verzerrte Informationen zukommen lassen und dadurch Entscheidungen herbeiführen, die im Sinne ihrer Institution sind und nicht zwangsläufig dem nationalen Interesse dienen. Dieser Vorgang wird als „politicization of intelligence“ (Betts 2003) bezeichnet.

Eine letzte Verbindung findet sich in der **Rigidität vorbereiteter Prozessabläufe** und institutioneller Routinen. SOPs wiederholen bekannte Verfahren, schaffen vollendete Tatsachen und entziehen Politikern so die Möglichkeit und die notwendige Flexibilität, Krisen und Konflikte friedlich zu bewältigen. Ein bekanntes Beispiel institutioneller Rigidität sind die Mobilmachungspläne der Großmächte am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Mit der Entscheidung der Staaten, die Mobilmachung einzuleiten, trat anstelle der politischen Entscheidung ein automatisch ablaufender Plan, der von politischer Seite kaum mehr beeinflusst, modifiziert oder abgeändert werden konnte. Zudem führte die Mobilmachung eines Staates zu automatischen Reaktionen der anderen Staaten. Durch die Rigidität der Prozesse waren Europas Entscheidungsträger im Spätsommer 1914 paralysiert und konnten die in Gang gesetzte institutionelle Maschinerie nicht weiter beeinflussen.

### *Pazifismus und Demokratischer Frieden<sup>8</sup>*

Die Theorie des **Demokratischen Pazifismus** geht unter anderem auf die schon von Immanuel Kant (Zum Ewigen Frieden 1795) vertretene Annahme zurück, dass Demokratien grundsätzlich friedfertiger sind als andere Regierungssysteme. Libe-

7 Vgl. hierzu auch die Ausführungen im Kapitel *Rüstung und Rüstungskontrolle* (2.4).

8 Vgl. zu diesem Abschnitt auch Krell (2009: 188–197).

rale Demokratien etablieren offene Ökonomien und treiben internationalen Handel, während ein hoher Partizipationsgrad der Bürger einem militarisierten Imperialismus entgegenwirkt.<sup>9</sup> Liberale Staaten führen seltener Kriege, da ein Krieg nur gesellschaftlichen und militärischen Aristokratien nützt, wohingegen der Großteil der Bevölkerung darauf bedacht ist, seinen Wohlstand und seine politischen Freiheiten nicht durch Kriege aufs Spiel zu setzen (Schumpeter 1950: 128–129).

- Da die Partizipation der Bürger in einer Demokratie es ermöglicht, Interessen und gesellschaftliche Präferenzen zu artikulieren, sind demokratische Institutionen der Garant für Friedfertigkeit – vor allem aber nicht nur zwischen Demokratien (Rummel 1979).

Zwar haben viele Autoren die These angezweifelt, dass Demokratien generell friedfertiger sind (Chan 1984; Weede 1984; Maoz/Abdolali 1989), dennoch hat sich, abgeleitet aus dem **Demokratischen Pazifismus**, die Theorie des **Demokratischen Friedens** in der Forschung etabliert. Die Theorie des **Demokratischen Friedens** ist eine dyadische Theorie, da sie sich auf Interaktionen zwischen zwei demokratischen Staaten bezieht (Sobek 2009: 86). Sie geht nicht davon aus, dass Demokratien grundsätzlich friedlich sind, sondern nimmt an, dass Kriege zwischen zwei Demokratien viel unwahrscheinlicher sind als Kriege zwischen einer Demokratie und einem autoritären Staat. Das bedeutet nicht, dass es keine Konflikte zwischen zwei Demokratien geben kann, sondern weist darauf hin, dass solche Konflikte bevorzugt auf diplomatischem Wege beigelegt werden und selten in Krieg eskalieren (Doyle 1983).

### *Imperialismustheorie*

Die **Imperialismustheorie** von John Hobson ([1965]) widmet sich der Frage, warum sich demokratische Staaten eines aggressiven Imperialismus' bedienen, wenn sie aufgrund ihres politischen Systems eigentlich friedfertig sein müssten. Als Ursache für dieses Paradox identifiziert Hobson den Kapitalismus. Kapitalistische Staaten leiden demnach an Überproduktion, Verteilungsungleichheit, Unterkonsumption, überschüssigem Kapital und periodischer ökonomischer Depression. Als Geringverdiener verfügt die Mehrheit der Bevölkerung nicht über die Kaufkraft, um die überschüssigen Waren zu erstehen. Anstatt durch Umverteilung des Reichtums diesem Missstand entgegenzuwirken, etablieren die kapitalistischen Eliten Handelskolonien in fremden Ländern und halten diese militärisch nieder, um den Zugang zu lokalen Märkten und Ressourcen zu sichern. Die Kriegsursa-

---

9 Vgl. hierzu auch die nachfolgenden Ausführungen zur *Imperialismustheorie*.

chen sind demnach nicht im *politischen* System verortet, sondern in der **Natur des ökonomischen Systems** (Hobson [1965]: 71–93).

- Solange der politische Prozess in Demokratien von kleinen, kapitalistischen Eliten dominiert und nicht von großen Teilen der Bevölkerung mitentschieden wird, führen Demokratien laut Hobson imperialistische Kriege.

In Anlehnung an Hobson formulierte Lenin ([1962]) eine **marxistische Imperialismustheorie**, die in Grundzügen mit Hobson übereinstimmt. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger sieht Lenin aber keine Möglichkeit, Imperialismus durch Umverteilung der Güter oder breitere demokratische Partizipation zu vermeiden. Vielmehr ist Imperialismus das letzte Stadium des entwickelten Kapitalismus, wobei nicht politische Entscheidungen zu imperialistischen Kriegen führen, sondern ökonomische Notwendigkeiten. Da die Welt nur über eine begrenzte Zahl an kolonisierbaren Regionen verfügt, etabliert sich ein ökonomisches Nullsummenspiel zwischen Staaten. Sobald die Welt zwischen ungleich mächtigen Großmächten aufgeteilt ist, kann die im Kapitalismus weiter benötigte Expansion nur auf militärischem Weg durchgesetzt werden. Somit erweitert Lenin die Imperialismustheorie, indem er den Kapitalismus auch als Ursache für Großmachtkriege ansieht. Zur Lösung des Problems fordert Lenin die Abschaffung des Kapitalismus und die Etablierung sozialistischer Staaten, die auf Basis eines gerechteren ökonomischen Systems den Weltfrieden ermöglichen.

#### *Intern-extern-Konflikttheorie*

Die **Intern-extern-Konflikttheorie** ist ein Überbegriff für eine Reihe von Kriegsursachentheorien, die sich alle mit der Dynamik und den Ursachen von Kriegen aufgrund interner Instabilität auf Seiten eines Staates befassen. Diese Theorien basieren auf der grundsätzlichen These, dass Instabilität innerhalb eines Staates entweder externe Interventionen durch andere Staaten provoziert oder dazu führt, dass der geschwächte Staat durch aggressive Außenpolitik die internen Probleme zu überwinden sucht. Dabei legt etwa Richard Rosencrances (1963) Analyse internationaler Instabilität von 1740 bis 1960 folgenden Schluss nahe:

- Interne Krisen sind eine der wichtigsten Ursachen für den Ausbruch von Großmachtkriegen.

Für diesen Befund ist es interessanterweise irrelevant, ob es sich bei den Staaten um Demokratien oder autoritäre Regime handelt (Rosecrance 1963: 306).

Die **Sündenbocktheorie** (*scapegoat theory*) bedient sich eines von Bodin (1530–1596 n. Chr.) geprägten Leitsatzes:

- Von innenpolitischen Konflikten lässt sich am besten durch außenpolitische Erfolge ablenken.

Wenn Staaten unter sozialen, ökonomischen oder politischen Krisen leiden oder ethnische und religiöse Konflikte die öffentliche Ordnung bedrohen, beginnen Staatsführer häufig Kriege gegen externe Akteure, um durch die Steigerung des Patriotismus und des Zusammengehörigkeitsgefühls innenpolitische Probleme zu überwinden (Cashman 2000: 146).

Blainey (1988: 69–85) untersucht den von der Sündenbocktheorie angenommenen Zusammenhang zwischen internen Konflikten und externem Krieg, indem er in einem Zeitraum von 125 Jahren (1815–1939) alle zwischenstaatlichen Kriege analysiert. Blainey bekräftigt grundsätzlich den intern-extern-Zusammenhang, da in 31 Fällen (51% der untersuchten Konflikte) interne Krisen in einem der Konfliktstaaten vorausgegangen waren. Aus seiner Sicht ist jedoch eine Umkehrung der Theorie besser dazu geeignet, die untersuchten Vorgänge zu beschreiben. Anders als von der Sündenbocktheorie angenommen, war nicht der sich in der Krise befindende Staat der Initiator des Krieges, sondern ein unbeteiligter Nachbar. Insofern handelt es sich um *kick them while they are down*-Kriege (so genannt, da aufgrund interner Konflikte primär geschwächte Staaten angegriffen werden). Der Grund für den Kriegsausbruch ist die Intention benachbarter Staaten, die interne Schwäche des Krisenstaates und die damit einhergehende Veränderung der Machtverteilung zu ihren Gunsten zu nutzen (Blainey 1988: 82).

Zeev Maoz (1989) zeigt in einer quantitativen Studie eine weitere Komponente intern-externer Kriegsursachenforschung auf. Dabei steht die Untersuchung sich neu entwickelnder Staaten und Staaten, die eine **Reform der politischen Ordnung** durchlaufen, im Mittelpunkt. Aus Revolutions- und Unabhängigkeitskriegen neu entstandene Staaten werden seltener friedlich in die internationale Staatengemeinschaft aufgenommen als Staatsgründungen, die evolutionär verlaufen. Auch bestehende Staaten, die eine revolutionäre politische Transformation durchführen, sehen sich mit einer höheren Wahrscheinlichkeit mit Krieg konfrontiert, da Staaten, die noch die alte Ordnung aufrechterhalten, sie als Bedrohung wahrnehmen. Auf Basis der Datenbank *Militarized Interstate Disputes* von 1816 bis 1976 stellt Maoz fest:

- Revolutionäre Staatsgründungen und Regimewechsel führen eher zu Kriegen als evolutionäre Gründungs- bzw. Transformationsprozesse.

Die auf Arnold Toynbee (1954) zurückgehende **Kriegsermüdungstheorie** (*war weariness theory*) besagt:

- Staaten, die kürzlich einen langen und kostspieligen Krieg durchlaufen haben, neigen eher zu Friedfertigkeit. Im Gegensatz dazu tendieren Staaten, die eine lange Friedenszeit erfahren haben, eher dazu einen Krieg zu beginnen.

Die Kriegsermüdungstheorie ist eher eine Kriegsinitiierungs- als eine Kriegsteilnahmetheorie, da im Verteidigungsfall Kriegsmüdigkeit keine Option darstellt. Der Ansatz geht von folgenden psychologischen Annahmen aus:

- Staatslenker werden aufgrund ihrer Kriegserfahrungen dem Ausbruch weiterer Kriege während ihrer Amtszeit entgegenwirken. Sobald jedoch eine neue Generation die Führung des Staates übernimmt, ist die Gefahr größer, dass sie sich für Krieg entscheidet.

Obwohl der Ansatz den Anschein erweckt, auf der Analyseebene „Individuum“ angesiedelt zu sein, hat er doch wichtige Implikationen für die Staatsanalyseebene, denn neben der Staatsführung hat auch das Staatsvolk die zerstörerische Kraft von Kriegen erfahren, was die **kollektive Psyche** der Gesellschaft nachhaltig beeinflusst. Kriegsmüdigkeit wird dadurch ein Bestandteil des „kollektiven nationalen Bewusstseins“ und der „politischen Kultur“ einer Nation und führt so zu Friedfertigkeit (Cashman 2000: 153).

### *Zwischenfazit*

Die Erklärungsansätze, die sich auf außenpolitische Entscheidungen von Entscheidungsträgern und Kleingruppen auf der Staatsanalyseebene konzentrieren, sind eng verwoben mit den biologischen und kulturellen Determinanten der Individualanalyseebene. Sowohl *rational choice*- als auch der BPM-Ansatz liefern Kriegsursachenerklärungen, die zumindest zum Teil auf psychologische Faktoren der beteiligten Personen zurückzuführen sind. Der Ansatz des **Demokratischen Pazifismus** scheitert am empirischen Befund, dass demokratische Staaten genau so kriegesrisch sind wie Nicht-Demokratien (Sarkees/Wayman 2010). Der Ansatz des **Demokratischen Friedens** hingegen hat sich etabliert, auch wenn von Kritikern zwei Fälle (Britisch-Amerikanischer Krieg 1812 und Kargil-Krieg 1999) angeführt werden, in denen Demokratien gegeneinander Krieg führten. Zudem ist die Theorie im Grunde eine Friedens- und keine klassische Kriegsursachentheorie.

Sowohl die Hobsonsche als auch leninistische Lesart der **Imperialismustheorie** leiden an ihren Prämissen. Nationaler Unterverbrauch und Profitgier können zwar zu Kriegen führen, sind aber nur eines von vielen verfügbaren Mitteln, um ökonomische Krisen zu bewältigen. Auch Lenins Annahme, dass Kapitalismus Krieg benötigt, um ökonomisches Wachstum zu generieren, widerspricht

dem Ideal eines friedlichen Umfelds, in dem unternehmerische Tätigkeit florieren kann. Zudem gibt es einige kapitalistische Staaten (etwa Schweden und Schweiz), die keinen Imperialismus betrieben haben, während andererseits nicht-kapitalistische Staaten (etwa Russland und Japan) exzessiv imperialistisch agierten.

Bei den intern-extern Konflikttheorien fußt die **Sündenbocktheorie**, obwohl durchaus intuitiv, auf schwachen empirischen Befunden. Wie Blainey (1988) im *kick them while they are down-Ansatz* zeigt, ist in der Regel der sich in einer innenpolitischen Krise oder in einem Bürgerkrieg befindliche Staat Ziel eines Angriffs. Diese Internationalisierung von Bürgerkriegen führt also einerseits zu Interventionen von außen oder zu Hilfeleistungen für eine der Bürgerkriegsparteien. Der **Revolutionskriegsansatz** zeigt die Korrelation zwischen revolutionären Staaten und der Wahrscheinlichkeit eines Kriegsausbruchs auf, kann allerdings nicht eindeutig erklären, ob der revolutionäre Staat eher der Initiator oder das Ziel eines militärischen Konflikts ist. Die **Kriegsermüdungstheorie** kann den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, der nur 20 Jahre nach dem Ersten begann, nicht erklären. Zudem unterscheidet die Theorie nicht zwischen Sieger und Verlierer. Bei Staaten, die einen vorhergehenden Krieg gewonnen haben, wird sich das nationale Bewusstsein nicht hin zu mehr Friedfertigkeit entwickeln (Levy/Morgan 1986). Aber auch Staaten, die Kriege verlieren, werden nicht zwangsläufig friedfertiger, da sich neben Kriegsmüdigkeit auch revanchistische Tendenzen in Teilen der Gesellschaft entwickeln können.

### 2.1.2.1.3 Das internationale System als Analyseebene

Forschungsansätze, die das internationale System in den Mittelpunkt stellen, gehen von der Annahme aus, dass die Ursachen von Kriegen in der **Interaktion** von Staaten begründet liegen. Einige Ansätze konzentrieren sich dabei auf die konkreten Interaktionen von Staaten *im System* (*Internationale Rivalität*, *Steps to war-Modell*), während andere das System als Ganzes in den Blick nehmen.

#### *Internationale Rivalität*

Der Forschungsansatz der **internationalen Rivalität** ist vergleichsweise neu. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass alle Staaten gleichermaßen kriegerisch sind, obwohl es einige Staaten im internationalen System gibt, die noch nie an Kriegen teilgenommen haben und andere, die an überproportional vielen Kriegen beteiligt waren.

- Grundsätzlich ist die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen Staaten, die sich nicht gegenseitig erreichen können, gering.

Sollte etwa zwischen Ecuador und Mali ein bewaffneter Konflikt ausbrechen, so verfügt keine der beiden Konfliktparteien über die Fähigkeit, ihre militärische Stärke über den Atlantik hinweg auf das Territorium des jeweiligen Gegners zu projektieren. Aufgrund der geographischen Entfernung ist es allerdings auch unwahrscheinlich, dass es einen Interessenkonflikt zwischen den beiden Staaten gibt.

Im Falle geographischer Nähe ist das Gegenteil der Fall. Israel kämpfte noch nie gegen einen europäischen Staat, dafür aber schon mehrmals gegen Ägypten oder Syrien. Der aufgrund der geographischen Nachbarschaft entstandene Interessenkonflikt ist der entscheidende Grund für israelisch-ägyptische oder israelisch-syrische Rivalität. Da sich diese Staaten gegenseitig als die jeweils größte Bedrohung wahrnehmen und gleichzeitig um das gleiche Territorium, die gleichen Einflussbereiche, Märkte und Ressourcen ringen, etablieren sich langanhaltende Konfliktmuster und Rivalitäten, die auch dann weiterbestehen, wenn etwa territoriale Interessenkonflikte bereits beigelegt wurden.

Zwei Varianten internationaler Rivalität haben sich innerhalb des Forschungsansatzes etabliert: **anhaltende Rivalität** und **strategische Rivalität**. Nach Diehl und Goertz (2000) erkennt man **anhaltende Rivalität** an der Frequenz, mit der zwei rivalisierende Staaten gegeneinander Krieg führen. **Strategische Rivalität** hingegen untersucht, ob Entscheidungsträger einen rivalisierenden Staat als größte Bedrohung wahrgenommen haben und diese Rivalität die Außenpolitik nachhaltig bestimmt hat (Colerasi et al. 2007).

Die Tragweite internationaler Rivalitäten lässt sich auch statistisch erfassen:

- Bis zu 75 % aller zwischenstaatlichen Konflikte seit 1816 gehen auf internationale Rivalitäten zurück, also auf Staaten, die überproportional oft gegeneinander Kriege führen (Levy/Thompson 2010: 57).

Hinsichtlich der relativen Machtverteilung zwischen Staaten kann man annehmen, dass schwache Staaten es vermeiden, Offensivkriege gegen übermächtige Großmächte zu führen. Zwar gibt es Ausnahmen (etwa der Angriff Japans auf Hawaii oder die Besetzung der Falklands durch Argentinien), jedoch bestätigen eben diese Ausnahmen die Regel, dass eine große Diskrepanz relativer Machtverteilung schwache Staaten von Kriegen gegen Großmächte abhält. Daher bleibt festzuhalten, dass die geographische Nähe einen signifikanten Faktor für den Ausbruch von Kriegen darstellt und auch deshalb nicht alle Staaten per se gleich kriegsgeris sind.

### *Steps to war-Modell*

Das *steps to war-Modell* von Senese und Vasquez (2008) konzentriert sich, anders als die bisher angeführten Erklärungsansätze, nicht auf die Frage, warum sich Staaten bekriegen, sondern untersucht spezifische Streitfälle zwischen Staaten und **Prozesse, die zu Kriegen führen**. Zu den Disputarten zählen Territorialstreitigkeiten, politische Konflikte und *regime-type*-Konflikte (etwa zwischen Demokratien und autoritären Regimen). Gestützt durch eine quantitativ-statistische Großstudie, die alle zwischenstaatlichen Kriege seit 1816 umfasst, zeigen Senese und Vasquez, wie jede dieser Konfliktstufen (*steps*) einen Kriegausbruch wahrscheinlicher macht. Territorialkonflikte führen dabei mit größerer Wahrscheinlichkeit zu Kriegen als die anderen Streitfälle (Senese/Vasquez 2008: 9).

Als erste Konfliktstufe ist ein zwischenstaatlicher Streitfall zu verstehen. Bei einem Territorialkonflikt ist die Kriegsgefahr hoch und führt zudem zu weiteren Territorialkonflikten. Sollte eine der beiden Konfliktparteien daraufhin eine Allianz eingehen, steigt die Kriegswahrscheinlichkeit wiederum. Dieser Effekt wird verstärkt, wenn die Reaktion des anderen Staates die Gründung einer Gegenallianz ist. Wenn auf die Allianzbildung ein Rüstungswettlauf folgt und internationale Rivalität vorhanden ist, steigt die Wahrscheinlichkeit für einen Kriegausbruch noch einmal.<sup>10</sup> Zudem tendieren Krisen dazu, weitere Krisen hervorzurufen (Leng 2000). Grundsätzlich gilt:

- Die Wirkung der Konfliktstufen ist kumulativ. Je mehr Konfliktstufen durchlaufen werden, desto wahrscheinlicher kommt es zum Krieg.

Die quantitative Studie des Ansatzes seit 1816 untermauert den Erklärungsansatz, obwohl er für die Zeit des Kalten Krieges nicht immer anwendbar ist, da etwa ein Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion ausgeblieben ist.

### *Internationale Anarchie, Balance of Power und Krieg*

In den Theorien der Internationalen Beziehungen etablierten die realistischen Theorien (klassischer Realismus und Neorealismus) die Annahme, dass die Struktur des internationalen Systems anarchisch ist.<sup>11</sup>

10 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Kapitel zu *Allianzen* und *Rüstung und Rüstungskontrolle* (2.3 und 2.4).

11 Für eine Einführung in die verschiedenen Theorien der Internationalen Beziehungen vgl. Krell (2009), für eine Einführung in die realistische Theorie vgl. Krell (2009: Kap. 6). Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen zu IB-Theorien im Kapitel über *Rüstung und Rüstungskontrolle* (S. 121–122 und Unterkapitel 2.4.2.1).



- **Anarchie** bezeichnet in diesem Zusammenhang nicht Chaos, sondern nur die Abwesenheit einer übergeordneten Sanktionsinstanz.

Die handelnden Akteure (Staaten) sind hinsichtlich ihrer Funktion im System grundsätzlich gleich. Einzig die Verteilung der materiellen Fähigkeiten (*capabilities*), etwa konventionelle Kapazitäten und Nuklearwaffen, technologisches Niveau und wirtschaftliche Stärke, variiert. Die Struktur des internationalen Systems ist durch Sozialisation und Wettbewerb zwischen den Akteuren geprägt. Ziel des Handelns der Akteure ist, das eigene Überleben zu sichern. Aufgrund der gegenwärtigen Anarchie besteht allerdings ein Sicherheitsdilemma (Herz 1959), da sich Staaten nicht über die tatsächlichen Intentionen anderer Staaten sicher sein können und aus dem daraus resultierenden Gefühl der Unsicherheit stets nach mehr Macht als ihre Konkurrenten streben, um ihre eigene Sicherheit zu erhöhen. Daher etabliert sich ein Selbsthilfesystem (Waltz 1959: 159), in dem Staaten als die zentralen Akteure nach Macht streben bzw. Sicherheit zu maximieren suchen, um ihr Überleben zu garantieren.

Der *Balance of Power*-Ansatz ist in diesem Zusammenhang eines der ältesten Konzepte der internationalen Beziehungen. Der Ansatz ist jedoch ambivalent, da er herangezogen wird, um die tatsächliche Machtverteilung im internationalen System, die Machtverteilung zugunsten eines Staates oder jegliche existierende Machtverteilung zu beschreiben (Levy/Thompson 2010: 38). Zudem ist nicht eindeutig geklärt, ob *Balance of Power* eine Theorie oder eine Staatsstrategie im Sinne von Realpolitik ist, was zu unterschiedlichen Lesarten führt.<sup>12</sup>

Versteht man das Machtgleichgewicht als systemische Theorie, teilt man die grundsätzlichen Annahmen des Neorealismus:

---

#### Grundannahmen des Neorealismus

- (1) Das internationale System ist anarchisch.
- (2) Die wesentlichen Akteure sind Staaten.
- (3) Staaten streben nach Macht- und/oder Sicherheitsmaximierung.

Aufgrund des Sicherheitsdilemmas etabliert sich ein Nullsummenspiel, was bedeutet, dass jeder Gewinn/Verlust des einen Akteurs mit einem Gewinn/Verlust

---

12 Die Vielfalt und Ausdifferenzierung der zahlreichen *balance of power*-Ansätze kann hier nicht adäquat wiedergegeben werden. Es werden deshalb nur die zentralen Annahmen und jene Gemeinsamkeiten thematisiert, die Implikationen für die Kriegsursachenforschung mit sich bringen. Vgl. im Zusammenhang mit Staatsstrategie auch die Ausführungen zu *Grand Strategy* im Kapitel *Strategie* (2.2.3.2).

eines anderen Akteurs einhergeht (relative Gewinne). Aus diesem Grund müssen Akteure, um ihr eigenes Überleben zu gewährleisten, relative Gewinne anderer Akteure ausgleichen (*balancing*). Staaten können dabei versuchen, ihre materiellen Fähigkeiten durch Rüstung (internes *balancing*) oder durch die Bildung von Allianzen (externes *balancing*) zu erhöhen. Kleinere Akteure können allerdings auch versuchen, ihr Überleben zu sichern, indem sie sich auf die Seite des stärksten Akteurs schlagen (*bandwagoning*) (Waltz 1979: 124–128).<sup>13</sup>

Hinsichtlich der Kriegsursachenforschung ist es im Zusammenhang mit *Balance of Power* wichtig, die Systemkonstellationen, in denen *balancing* stattfindet, zu untersuchen.

- Bipolare Systeme, in denen zwei Großmächte und ihre jeweiligen Allianzen in Konkurrenz stehen, sind stabiler, da es für die beiden Akteursblöcke einfacher ist, die Intentionen und Fähigkeiten des Gegenübers einzuschätzen.

Zudem findet in bipolaren Systemen primär internes *balancing* statt. Die erhöhte Transparenz ermöglicht es, ein stabiles Gleichgewicht zu etablieren, was den Ausbruch eines globalen Kriegs verhindert (Waltz 1964: 883).

- Multipolare Systeme, in denen sich drei oder mehrere Großmächte und ihre jeweiligen Allianzen gegenüberstehen, sind hingegen fragiler, da es für die Akteure schwierig ist, die Intentionen und Fähigkeiten richtig einzuschätzen und die richtigen *balancing* Maßnahmen zu ergreifen.

Das daraus entstehende Ungleichgewicht erhöht die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Eskalation.

In Anlehnung an Stephen Walts (1987) „*balance of threat*“-Theorie argumentieren Vertreter des **defensiven Realismus**, dass Staaten nicht zwangsläufig gegen den stärkeren Akteur im System, sondern gegen die größte wahrnehmbare Bedrohung balancieren. Bedeutend für eine Gegnerschaft ist also die **Bedrohungswahrnehmung** und nicht die tatsächliche materielle Machtverteilung im System. Zudem legen defensive Realisten ihrem Ansatz eine verfeinerte Konzeption von Macht zugrunde. Sie verweisen einerseits auf die räumliche Komponente, indem sie argumentieren, dass geographische Nähe die Wahrscheinlichkeit eines Krieges erhöht, während eine große Entfernung die Chance eines Kriegsausbruchs verringert. Zudem verweisen sie auf die entscheidende Rolle militärischer Technologie. Jervis (1978) und Van Evera (1999) zeigen etwa im *offense-defence-balance*-

---

13 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Kapitel zu *Allianzen* und *Rüstung und Rüstungskontrolle* (2.3 und 2.4).

**Ansatz**, dass, wenn aufgrund eines technologischen Vorteils von Offensivwaffen Eroberung einfacher wird, Staaten in einen intensiveren Konkurrenzkampf um Macht und Sicherheit treten und sich somit die Wahrscheinlichkeit eines Kriegsausbruchs erhöht. Wenn aber im Gegensatz dazu der technologische Vorteil bei den Defensivwaffen liegt, entschärft sich der Wettbewerb um Macht und Sicherheit zwischen den Staaten und verringert spürbar die Kriegswahrscheinlichkeit (Jervis 1978: 188–189). Beide Trends werden durch die geographische Entfernung zwischen den Akteuren zusätzlich ver- bzw. entschärft (Levy/Thompson 2010: 35).

Das Verfolgen defensiver Strategien reduziert die Wahrscheinlichkeit von Kriegen, denn obwohl sich alle Staaten in einem anarchischen System befinden, können sie dadurch friedliche Intentionen signalisieren.

- Durch die defensive Ausrichtung der Rüstung kann die **Balance of Power** Konflikte und Kriege verhindern.

Dies ermöglicht Kooperation, auch unter den Bedingungen des Sicherheitsdilemmas (Jervis 1978). Um den Ausbruch von Kriegen zu erklären, erweitern defensive Realisten den systemischen Ansatz durch innerstaatliche Variablen. Kriege brechen demnach nicht aus, weil Staaten nach Sicherheit streben, sondern weil innerhalb einzelner Staaten revisionistische Politik, machthungrige Eliten oder extreme Fehlkalkulationen vorherrschen (Kydd 1997).

Für Vertreter des **offensiven Realismus** ist das internationale System hingegen so feindselig, dass aufgrund der allgegenwärtigen Unsicherheit über die Intentionen eines konkurrierenden Staates im Zustand der Anarchie selbst Staaten, die eigentlich die Aufrechterhaltung des Status quo anstreben, offensive Strategien übernehmen. Gepaart mit einer *worst-case*-Analyse führt dieser Offensivdrang oft zu Kriegen, die den Selbsterhalt und die Sicherheit der Großmächte garantieren sollen (Mearsheimer 2001).

Der von den defensiven Realisten angeführte **offense-defence-balance-Ansatz** ist aus Sicht des offensiven Realismus unzureichend, da es unmöglich ist, das defensive bzw. offensive Potential heutiger Waffensysteme zu unterscheiden (Lynn-Jones 1995). Deshalb lässt sich auch das Sicherheitsdilemma nicht umgehen. Nach Sicherheit strebende Großmächte müssen eine Hegemonie anvisieren und *bandwagoning* durch Anreize fördern. Da eine globale Hegemonie mit zu hohen Kosten verbunden ist, ist das Erreichen einer regionalen Hegemonie wahrscheinlicher.

- Trotz des zu erwartenden *counterbalancing* und der Möglichkeit eines Krieges bietet das Streben nach regionaler Hegemonie den höchsten Grad an Sicherheit.

### *Hegemoniale, zyklische und historisch-strukturelle Theorien*

Ganz im Sinne des offensiven Realismus argumentieren auch Vertreter sogenannter hegemonialer Theorien, dass Hegemonien bzw. Hierarchien weniger kriegsanfällig sind als andere Machtverteilungskonzepte.

### *Power Transition Theory*

A. F. K. Organski (1958) hat in *World Politics* eine Kriegsursachentheorie etabliert, die sich vornehmlich mit Veränderungen der Machtverteilung im internationalen System beschäftigt. Organski argumentiert, dass in jeder historischen Epoche eine Großmacht das internationale System dominiert, aufgrund ihrer Machtposition eine Sphäre politischer und ökonomischer Stabilität generiert und dadurch Hegemon<sup>14</sup> einer zufriedenen Gruppe von Staaten, die sich freiwillig untergliedern, wird. Jene Staaten, die sich unterordnen, profitieren sowohl politisch und ökonomisch als auch sicherheitspolitisch von der Allianz mit dem Hegemon. Jene Staaten, die mit dem Status quo unzufrieden sind, sind zu schwach, um den Hegemon herauszufordern (Levy/Thompson 2010: 44).

Anders als bei den **Balance of Power**-Ansätzen basiert der Machtbegriff der **Power Transition Theory** nicht ausschließlich auf militärischen Fähigkeiten.

- **Macht** ist vielmehr ein Produkt von Bevölkerungszahl, ökonomischer Produktivität und der politischen Befähigung, staatliche und gesellschaftliche Ressourcen zur Durchsetzung internationaler Politik zu mobilisieren.

Die **Power Transition Theory** ist insofern eine dynamische Theorie, als sie die unterschiedlichen Wachstumsraten der Macht zwischen Staaten untersucht und den Aufstieg und Fall von Führungsstaaten zu erklären versucht (Organski/Kugler 1980). Die Gefahr eines Krieges besteht dann, wenn sich ein unzufriedener Staat dem Machtniveau des Hegemons nähert und versucht, durch Krieg die Machtverschiebung zu seinen Gunsten zu beschleunigen. Die zentralen Annahmen der Theorie bezüglich der Kriegsursachen zwischen einem Hegemon und einem Herausforderer lauten wie folgt:

### **Kriegsursachen in der Power Transition Theory**

- (1) Machtverschiebung zwischen Hegemon und Herausforderer.
- (2) Ein nahezu ausgeglichenes Machtverhältnis.
- (3) Unzufriedenheit des Herausforderers mit dem Status quo.

14 Organski verwendet nicht den Begriff „Hegemon“, sondern „Führungsmacht“.

*Hegemonic War Theory*

Die **Hegemonialkriegstheorie** von Robert Gilpin (1981) ist keine allgemeine Kriegsursachentheorie, sondern richtet ihr Augenmerk auf Großmachtkriege. Gilpin konzentriert sich auf den dominantesten Staat im internationalen System, den Hegemon, auch wenn seine Theorie grundsätzlich auf alle Staaten im internationalen System anwendbar ist. Die Führungsposition des Hegemons im System basiert auf einer im Vergleich zu anderen Staaten überproportionalen relativen Machtposition im militärischen und ökonomischen Bereich. Diese Dominanz erlaubt es dem Hegemon, anderen Staaten im System kollektive Güter bereitzustellen, wie etwa militärische Sicherheit, eine internationale Währung, die Aufrechterhaltung des Status quo, die Wahrung von Eigentumsrechten und ein internationales Handelssystem.<sup>15</sup>

In Anlehnung an die *Power Transition Theory* gilt:

- Das Kriegsrisiko steigt, sobald es zu einer Veränderung der Machtverteilung kommt und der Hegemon nicht in der Lage ist, den ungleichen Machtzuwachs zu kompensieren.

Da sich Gilpin auf die Verschiebung der Machtverhältnisse konzentriert, ist es irrelevant, ob es sich dabei um ein bipolares oder ein multipolares System handelt, denn sowohl Bipolarität als auch Multipolarität garantieren keinen Frieden (Gilpin 1981: 92–93). Sobald die Struktur des internationalen Systems instabil wird, also die Kosten-Nutzen-Kalkulation für Mitglieder des Systems ungünstig ist, streben Herausforderstaaten nach einer Revision der territorialen, politischen und ökonomischen Machtverteilung, bis schließlich ein Staat die Fähigkeiten und das Interesse erlangt, das internationale System zu seinen Gunsten zu formen.

Grundsätzlich folgt Gilpin bei seiner Theorie den Grundannahmen des Realismus: Die Natur des internationalen Systems ist seit Jahrtausenden unverändert, während internationale Beziehungen ein immerwährender Kampf um Macht und Wohlstand zwischen unabhängigen Akteuren unter dem Zustand der Anarchie sind (Gilpin 1981: 7). Seiner Hegemonialkriegstheorie legt Gilpin fünf Annahmen zu Grunde:

**Annahmen der Hegemonialkriegstheorie nach Gilpin**

- (1) Ein internationales System ist stabil, solange kein Staat es für vorteilhaft erachtet, einen Wandel voranzutreiben (Gilpin 1981: 10).

---

15 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen zu hegemonialer Stabilität im Kapitel über *Allianzen* (2.3.3.1.).

- (2) Auch wenn internationale Systeme lange stabil bleiben können, ist es unvermeidbar, dass eine Veränderung eintritt, sobald ein Staat den durch Wandel erwarteten Nutzen höher einschätzt als die daraus resultierenden Kosten (Gilpin 1981: 50).
- (3) Staaten, die einen Wandel des internationalen Systems anstreben, werden diesen solange vorantreiben, bis die Kosten einer Weiterführung des Wandels identisch oder größer sind als der Nutzen des Wandels (Gilpin 1981: 106), also bis schließlich die Kosten-Nutzen-Kalkulation ausgeglichen ist.
- (4) Sobald diese Kosten-Nutzen-Kalkulation des Systemwandels in ein Gleichgewicht (*equilibrium*) gebracht wird, sind die ökonomischen Kosten für den Hegemon immer höher als die tatsächlich vorhandenen Fähigkeiten des Hegemons, dieses Gleichgewicht aufrechtzuerhalten.
- (5) Auch wenn der Hegemon und seine Partnerstaaten über längere Zeit den Status quo aufrechterhalten können, ist dieser Zustand inhärent unhaltbar, sodass sich ein Ungleichgewicht (*disequilibrium*) zwischen der politischen Organisation des Systems und der tatsächlichen Machtverteilung einstellt. Aufgrund des ungleichen Machtwachstums zwischen dem Hegemon und einem Herausfordererstaat ist ein Hegemonialkrieg die Folge, in dem entweder das alte Gleichgewicht wieder hergestellt wird oder ein neues Gleichgewicht auf Grundlage der tatsächlichen Machtverteilung entsteht (Gilpin 1981: 186).

In der Hegemonialkriegstheorie ist die Kriegsursache also die ungleiche Verteilung des **Prestiges** des Hegemons und der tatsächlichen Macht eines Herausforderers. Der Grund für den Kriegsausbruch ist demnach entweder auf den Hegemon, der durch einen Präventivkrieg versucht einen Herausforderer frühzeitig zu bezwingen, oder auf einen Herausforderer, der die aktuelle Machtverteilung dazu nützt das internationale System neu zu ordnen, zurückzuführen.

### *Zwischenfazit*

Das Konzept der **Internationalen Rivalität** ist ein empirisch gut begründetes und hilfreiches Mittel, um die Frequenz von Konflikten zwischen bestimmten Dyaden von Staaten zu erklären. Jedoch ist es noch notwendig, die untertheoretisierten Fragen nach Entstehung, Ursachen, Entwicklung und Beendigung von Rivalitäten in den Ansatz zu integrieren. Auch das *steps to war-Modell* beweist, wie einzelne Disputfaktoren kumulativ die Wahrscheinlichkeit eines Kriegsausbruchs erhöhen. Kritiker weisen aber auf die Bedeutung von strukturellen Zwängen hin. Nicht die strategischen Präferenzen der Staaten, sondern die strukturellen Notwendigkeiten zwingen Staaten realpolitische Ziele zu verfolgen, die ihr Überleben garantieren, was wiederum Kriege wahrscheinlicher macht.

Die neorealistischen Kriegsursachentheorien der Systemanalyseebene gehen alle von Anarchie als zentraler Konstante der internationalen Beziehungen aus. Internationale Anarchie kann als Ursache für Kriege herangezogen werden, jedoch kann sie nicht erklären, warum in manchen historischen Zeiträumen mehr Kriege geführt wurden als in anderen. Es ist also notwendig, Variablen in der Struktur des internationalen Systems zu identifizieren, welche die unterschiedliche Frequenz von Kriegen erklären.

Wie *Balance of Power* und die *Power Transition*-Theorie zeigen, können rapide Machtverschiebungen den Ausbruch von Großmachtkriegen erklären. Historisch-strukturelle Ansätze wie Organskis *Power Transition*-Theorie und Gilpins *Hegemonic War*-Theorie haben beim Versuch, Kriegsursachen zu erklären mehrere Gemeinsamkeiten: (1) Sie beziehen sich auf das moderne Staatensystem seit 1500; (2) sie befassen sich nur mit Großmachtkriegen und nicht mit allen staatlichen Kriegen; (3) sie konzentrieren sich auf den Antagonismus zwischen einem Hegemon und einem Herausforderer; (4) beide betonen die Bedeutung von Langzeitursachen von globalen Kriegen; (5) sie untersuchen ungleiche Wachstumsraten, die zu einem Machtungleichgewicht führen und somit Kriege wahrscheinlicher machen; und (6) ein unipolares System wird als das sicherste und friedlichste erachtet, obwohl sie einräumen, dass es nicht aufrechtzuerhalten ist. Eine zentrale Problematik der historisch-strukturellen Ansätze ist **die Konzentration auf globale Kriege**.

Wie einleitend vermerkt, können also auch die Ansätze auf der systemischen Ebene keine systematische Kriegsursachentheorie liefern, die alle Kriege gleichermaßen erklären kann.

### 2.1.2.2 Innerstaatliche und transnationale Kriege

Die Zahl klassischer zwischenstaatlicher und extra-staatlicher Kriege (also Kriege, in denen mindestens ein Akteur ein Staat ist) nimmt ab, während die Anzahl innerstaatlicher und nicht-staatlicher Kriege zunimmt (Sarkees/Wayman 2010: 190, 335, 565, 568). In Anbetracht der steigenden Zahl innerstaatlicher Konflikte und der rapide ansteigenden Zahl von Kriegsopfern in Bürgerkriegen seit 1945 widmet sich die jüngere Kriegsursachenforschung zunehmend diesem Forschungsfeld.<sup>16</sup>

---

16 Vgl. hierzu auch die Ausführungen zu neueren Ansätzen internationaler Sicherheit (3.), insbesondere das Unterkapitel zur *Vertiefung des Sicherheitsbegriffs* (3.1.2).

### 2.1.2.2.1 Bürgerkriege und Kriegsökonomien

Die Ursachen von ethnisch, religiös, politisch, ideologisch oder ökonomisch motivierten Bürgerkriegen sind wenig erforscht. Zeitgenössische Ansätze konzentrieren sich bei der Erforschung von Bürgerkriegen zunächst auf zwei zentrale Kriegsursachen: **Gier** (*greed*) und **Unmut bzw. Missstand** (*grievance*). Das Missstand-Argument geht von der Annahme aus, dass ein Teil der Bevölkerung eines Staates unzufrieden ist und durch Gewaltanwendung versucht, diesen Missstand zu revidieren.

Der Grund für die Unzufriedenheit der Bevölkerung ist weniger entscheidend als das Potential, große Bevölkerungsgruppen gegen die Regierung zu mobilisieren bzw. die Unfähigkeit der Regierung, eine Verbesserung der Situation herbeizuführen (Sobek 2009: 177). Dabei verursachen, wie etwa Davies (1962) und Gurr (1970) zeigen, nicht die untersten sozialen Schichten Aufstände, da sie zu sehr damit beschäftigt sind, ihr tägliches Überleben zu sichern, sondern jene gesellschaftliche Mittelschicht, der ein weiterer sozialer oder ökonomischer Aufstieg verwehrt bleibt.

- Das Problem des Missstand-Ansatzes ist, dass es in nahezu jedem Staat unzufriedene Bevölkerungsgruppen gibt, aber im Vergleich zur Anzahl der Staaten, Bürgerkriege relativ rar sind.

Aus diesem Grund haben Collier und Hoeffler (1998, 2004) die Variable der Gier als Ursache für Bürgerkriege angefügt. Gruppen, die sich ausgebeutet fühlen, aber keine Möglichkeit haben ihren Kampf zu finanzieren, werden selten einen Bürgerkrieg beginnen. Erst wenn die Möglichkeit besteht, durch einen internen Konflikt Profit zu machen, so das Gier-Argument, werden unzufriedene Bevölkerungsteile eine Revolution anstreben. Die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs steigt, wenn sich in der Konfliktregion natürliche Ressourcen befinden, da sich Rebellen Gruppen durch deren Abbau finanzieren und sich Bürgerkriege dadurch selbst perpetuieren können (Ross 2003: 30).

Eine **weitere Entwicklung** im Zusammenhang mit der Frage nach den Ursachen von Bürgerkriegen spiegelt sich in der Debatte zwischen den Vertretern des **Möglichkeiten- und des Motivationsmodells** wider. Dabei konzentriert sich das **Möglichkeiten-Modell** auf vorhandene Ressourcen, also das Bruttoinlandsprodukt, das Pro-Kopf-Einkommen, den Bildungsstand junger Männer, die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens, die Bevölkerungsdichte sowie die geographische Beschaffenheit und den sozialen Zusammenhalt in komplexen Kriegsökonomien. Dadurch wird versucht, die notwendigen Voraussetzungen für eine Insurrektion genau zu definieren. Aufstände und Bürgerkriege sind wahr-



scheinlicher, wenn alle diese Variablen gegeben und somit die organisatorischen Bedürfnisse von Rebellengruppen gedeckt sind.

Fearon und Laitin (2003) erweitern das **Möglichkeiten-Modell**, indem sie darauf verweisen, dass mehr als die Hälfte der Bürgerkriege mit der Unfähigkeit des beteiligten Staatsakteurs zusammenhängt, die externen, transnationalen Basen von Rebellengruppen zu bekämpfen. Ein Großteil der Bürgerkriege sind daher regionale Konflikte und gerade diese geographische Dimension ermöglicht es Rebellengruppen, Aufstände zu initiieren und nachhaltig zu führen.

Um den Ausbruch von Bürgerkriegen besser erklären zu können, erweitert Boix (2008) das **Möglichkeiten-Modell** um das Konzept der **Motivation**. Ungleichheiten innerhalb einer Gesellschaft führen dazu, dass die reicheren Schichten im Falle eines Bürgerkriegs mehr zu verlieren haben als ärmere Schichten. Daher arbeiten die oberen Schichten auf einen Erhalt des etablierten Gesellschafts-systems hin. Arme Schichten hingegen sind motiviert, die Reichen durch Besteuerung ihrer Werte dazu zu bringen zum gesellschaftlichen Wohl beizutragen. Boix unterscheidet zwischen mobilen und fixen steuerbaren Werten. Sollten die fixen Werte die mobilen übersteigen, handelt es sich in der Regel um autoritäre Systeme und Insurrektion bietet den einzigen Ausweg, um die Vermögensverhältnisse zugunsten der Armen zu ändern. Eine vornehmlich aus mobilen Werten bestehende Vermögensverteilung fördert dagegen demokratische Strukturen und verringert das Risiko eines Bürgerkrieges.

#### 2.1.2.2.2 Ethnische Konflikte

Hinsichtlich der Ursachen ethnischer Konflikte gibt es keine systematische Theorie, die es vermag, den Ausbruch von Konflikten zu erklären (Brown 1993: 12). Zudem ist nicht klar, warum einige ethnische Konflikte durch friedliche Koexistenz oder unblutige Revolutionen (etwa im Fall der französischen Minderheit in Quebec oder die friedliche Spaltung der Tschechoslowakei) beigelegt werden, während andere zu hochgradig gewalttätigen Konflikten mutieren, in denen Grausamkeit und Brutalität ihres Gleichen suchen (wie etwa in den 90er Jahren im Bosnien-Krieg oder in Ruanda).

Erste Versuche, eine systematische Theorie über die Ursachen ethnischer Konflikte zu etablieren, untersuchen multiethnische Staaten und prüfen, ob die nationalen, regionalen und internationalen Kontrollmächte zu schwach sind, um ethnische Konflikte zu vermeiden bzw. individuelle Gruppen zu schützen. Weitere Annahmen gehen davon aus, dass eine Gruppe, die Unabhängigkeit in Vielvölkerstaaten anstrebt, eine Kettenreaktion auslöst (wie etwa in Jugoslawien 1991–1999). Auch wenn Minoritäten eines benachbarten Staates A an einem ethnischen Konflikt in Staat B beteiligt sind, kann dies zu Sezessions- und Angliederungskriegen

oder zu Hilfsinterventionen durch Staat A führen (etwa Armenien, Berg-Karabach und Aserbaidzhan 1991). Diese unterschiedlichen Prämissen und Annahmen deuten darauf hin, dass es aufgrund der Komplexität ethnischer Konflikte bisher nicht gelungen ist, eine umfassende Kriegsursachentheorie zu etablieren.

### *Zwischenfazit*

Jener Strang der Kriegsursachenforschung, der den Ausbruch von Revolutionen, Bürgerkriegen und ethnischen Konflikten untersucht, steckt noch in den Kinderschuhen. Die aktuellen Debatten konzentrieren sich auf die Gier-Misstands- und Motivations-Möglichkeiten-Modelle. Aufgrund der höheren Komplexität innerstaatlicher Kriege, etwa durch diffuse Akteurskonstellationen und Kriegsziele, bedarf es mehr analytischer Tiefe, als dies bei der Erforschung zwischenstaatlicher Konflikte der Fall ist. Zudem gibt es äußerst wenige Forscher und Erklärungsansätze, die sich mit den Kriegsursachen von Konflikten zwischen zwei oder mehr nicht-staatlichen Akteuren befassen. Auch der bisher im Kapitel bevorzugte Analyseebenenansatz lässt sich aufgrund der Komplexität innerstaatlicher Konflikte nicht anwenden, da sich die bisherigen Erklärungsansätze ausschließlich auf die Individuums- und Staats- bzw. Regionalebene konzentrieren.

## **2.1.3 Debatten**

Die in diesem Beitrag verwendeten Analyseebenen sind hilfreich, um ähnliche kausale Faktoren zu bündeln und innerhalb dieser Kategorien zu analysieren. Alternativ dazu ließen sich die verschiedenen Erklärungsansätze aber auch anhand der verschiedenen Theorien der Internationalen Beziehungen kategorisieren. Eine theoriebasierte Kategorisierung würde allerdings dazu führen, dass eine Vielzahl von Erklärungsvariablen aus verschiedenen Analyseebenen gemeinsam angeführt wird. Beispielsweise konzentrieren sich Theorien des Liberalismus zwar primär auf staatliche Entscheidungsprozesse und dyadische Interaktionen von Staaten, beziehen aber auch systemische Variablen wie etwa Ansätze zur internationalen politischen Ökonomie mit ein.<sup>17</sup>

Auch der Analyseebenenansatz als Herangehensweise bei der Kategorisierung von Kriegsursachen ist weiterhin umstritten. Ein grundsätzliches Problem liegt in der Verquickung und Reziprozität der Individuums- und Staatsanalyseebene, da sich die persönlichen und psychologischen Charakteristika von Individuen auf

---

17 Für eine Einführung in den Liberalismus vgl. Krell (2009: Kap. 7). Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen zu IB-Theorien im Kapitel über *Rüstung und Rüstungskontrolle* (S. 121–122 und Unterkapitel 2.4.2.1).

**Tabelle 2** Überblick über verschiedene Denk- und Forschungsansätze der Kriegsursachenforschung

Analyseebene			
	Individuum	Staat	Internationales System
Zwischen-staatliche Kriege	<b>Mikroebene:</b> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Psychohistorie</li><li>▪ Psychobiographie</li></ul>	<b>Entscheidungsprozesse:</b> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ <i>Rational Actor Model</i></li><li>▪ <i>Bureaucratic Politics</i></li><li>▪ <i>Organizational Process Model</i></li></ul>	<b>Staateninteraktion:</b> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Internationale Rivalität</li><li>▪ <i>Steps to War</i></li></ul>
	<b>Makroebene:</b> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Ethologie</li><li>▪ Soziobiologie</li><li>▪ Anthropologische Ansätze</li></ul>	<b>Konfliktneigung:</b> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Demokratischer Pazifismus</li><li>▪ Demokratischer Frieden</li><li>▪ Imperialismustheorie</li><li>▪ Intern-externe Konflikttheorien</li></ul>	<b>Balance of Power-Theorien:</b> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Defensiver Neorealismus</li><li>▪ Offensiver Neorealismus</li></ul> <b>Hegemonialtheorien:</b> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ <i>Power Transition</i>-Theorie</li><li>▪ <i>Hegemonic War</i>-Theorie</li></ul>
Inner-staatliche Kriege	<b>Bürgerkriege und ethnische Konflikte:</b> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Gier-Modell</li><li>▪ Missstand-Modell</li><li>▪ Möglichkeiten-Modell</li><li>▪ Motivations-Modell</li></ul>		

jene Erklärungsansätze auswirken, die sich mit Entscheidungsfindungsprozessen auf Staatsebene befassen. Eine Entscheidung eines rational agierenden staatlichen Entscheidungsträgers ist immer auch ein Produkt seines persönlichen, kulturellen und psychologischen Hintergrunds (vgl. Tabelle 2). Dadurch ist eine klare Trennung zwischen Individual- und Staatenebene nicht immer eindeutig möglich. Dieselbe Problematik besteht teilweise auch bei Versuchen die Staaten- und Systemebene eindeutig zu differenzieren.

Ein weiteres Problem des Analyseebenenansatzes ist die unter Forschern geführte Debatte zur Frage: Welche Analyseebene bzw. welcher Faktor hat die meiste Erklärungskraft? Jahrzehntelange Forschungen haben hinsichtlich dieser Frage zu keinem Konsens unter Kriegsursachenforschern geführt, da quantitative und qualitative Studien es nicht geschafft haben, einer bestimmten Variablen ausreichend korrelatives Gewicht zu verleihen. Die Gründe für den fehlenden Konsens liegen auf der Hand: die Komplexität des Phänomens „Krieg“, die unterschiedlichen theoretischen und methodischen Herangehensweisen, die Verschiedenartigkeit der untersuchten Kriege und Konflikttypen sowie die unterschiedlichen und teils versteckten Annahmen einzelner Erklärungsansätze (Levy/Thompson 2010: 208).

Als Reaktion auf die anhaltende Debatte zur relativen Erklärungskraft der einzelnen Ebenen und Faktoren hat sich in der neueren Forschung der Konsens etabliert, dass keine einzelne Theorie eine umfassende Erklärung liefern kann und multiple Erklärungen herangezogen werden müssen. Kriege entstehen aufgrund von Missperzeption, Rivalitäten, inneren Unruhen, Systemzwängen und vielen anderen Faktoren. Die Möglichkeit, dass verschiedene kausale Faktoren zum selben Ergebnis führen, nennt man **Äquifinalität**. In der neueren Forschung wird versucht, multiple Variablen zu kausalen Entwicklungssträngen zu bündeln, um eine systemische und generelle Theorie der Kriegsursachen zu formulieren. Jedoch ist nicht klar, wie viele oder welche Variablen ausreichen, um einen Entwicklungsstrang zu konstituieren, der zum Kriegsausbruch führt. Ziel der neueren Forschung wird es daher weiterhin sein, eine allgemeingültige und systemische Kriegsursachentheorie zu entwickeln, die der Komplexität des Phänomens Krieg gerecht wird und es ermöglicht, Variablen aus allen Analyseebenen zu kombinieren. In diesem Kapitel wurden Denk- und Forschungsansätze vorgestellt, die den Ausbruch von Kriegen zu erklären versuchen. Da Kriege auch weiterhin die größte Gefahr für die internationale Sicherheit darstellen, wird die Kriegsursachenforschung wohl auch weiterhin eines der wichtigsten Betätigungsfelder in der Forschung zu diesem Thema bleiben.

---

#### Fragen zum Kenntnisstand

- (1) Welche drei Kriegsdefinitionen gibt es?
- (2) Ist der Analyseebenenansatz eine eigenständige Theorie?
- (3) Was ist der Unterschied zwischen Mikro- und Makroebene auf der individuellen Erklärungsebene?
- (4) Welche verschiedenen Erklärungen haben sich auf der Staatsanalyseebene etabliert?
- (5) Welche Gemeinsamkeiten haben die historisch-strukturellen Theorien?

---

#### Fragen zum selbständigen Weiterdenken

- (1) Welche alternativen Erklärungsansätze für Krieg gibt es?
- (2) Kann eine Kriegsausbruchtheorie das gesamte Spektrum der Kriegsursachen erklären?
- (3) Wie lassen sich zukünftige Kriege verhindern?
- (4) Welche Analyseebene ist die entscheidende und warum?

### Empfohlene Literatur

Einen guten Überblick über verschiedene Erklärungsansätze auf Grundlage einer historischen Analyse dyadischer Konflikte bietet:

- *Blainey, Geoffrey* 1988: *The Causes of War*, New York, NY.

Eine übersichtliche und gut strukturierte kritische Auseinandersetzung mit allen auf den unterschiedlichen Analyseebenen angesiedelten Erklärungsansätzen bieten:

- *Cashman, Greg* 2000: *What Causes War? An Introduction to Theories of International Conflict*, Boston/Oxford;
- *Levy, Jack S./Thompson, William R.* 2010: *Causes of War*, Oxford.

Als Klassiker der Kriegsursachenforschung auch heute noch besonders zu empfehlen:

- *Wright, Quincy* [1965]: *A Study of War*, Chicago, IL.

### Literatur

*Allison, Graham T.* 1971: *Essence of Decision*, New York, NY.

*Allison, Graham T./Zelikow, Philip* 1999: *Essence of Decision*, New York, NY.

*Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung (AKUF)*: Kriegstypologie, in: [http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege\\_aktuell.htm#Typ](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege_aktuell.htm#Typ;); 01.02.2013.

*Bandura, Albert* 1980: *The Social Learning Theory of Aggression*, in: Falk, R./Kim, S. S.: *The War System*, Boulder, CO, 141–156.

*Betts, Richard* 2003: *Politicization of Intelligence: Costs and Benefits*, in: Betts, Richard/Mahnken (Hrsg.): *Paradoxes of Strategic Intelligence*, London, 59–79.

*Boix, Carles* 2008: *Civil Wars and Guerilla Warfare in the Contemporary World: Toward a Joint Theory of Motivations and Opportunities*, in: Kalyvas, Stathis N./Shapiro, Ian/Massoud, Tarek (Hrsg.): *Order, Conflict, and Violence*, Cambridge, MA, 197–218.

*Bonacker, Thorsten/Imbusch, Peter* 2010: *Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden*, in: *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*, Wiesbaden, 67–142.

*Blainey, Geoffrey* 1988: *The Causes of War*, New York, NY.

*Brown, Michael E.* 1993: *Causes and Implications of Ethnic Conflict*, in: Brown, Michael E. (Hrsg.): *Ethnic Conflict and International Security*, Princeton, NJ, 3–26.

*Cashman, Greg* 2000: *What Causes War? An Introduction to Theories of International Conflict*, Oxford.

*Chan, Steve* 1984: *Mirror, Mirror on the Wall ...: Are the Freer Countries More Pacific?*, in: *Journal of Conflict Resolution* 28: 4, 617–648.

- Clausewitz, Carl von [1980]: Vom Kriege. hinterlassenes Werk/Carl von Clausewitz. Ungekürzter Text, Frankfurt a. M.
- Colerasi, Michael/Rasler, Karen/Thompson, William R. 2007: *Strategic Rivalry: Space, Position and Conflict Escalation in World Politics*, Cambridge, MA.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke 1998: On Economic Causes of Civil War, in: *Oxford Economic Papers* 50, 563–73.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke 2004: Greed and Grievance in Civil War, in: *Oxford Economic Papers* 56, 563–95.
- Davies, James, C. 1962: Towards a Theory of Revolution, in: *American Sociological Review* 27: 1, 5–19.
- Diehl, Paul F./Goertz, Gary 2000: *War and Peace in International Rivalry*, Ann Arbor, MI.
- Doyle, Michael 1983: Kant, Liberal Legacies and Foreign Affairs, in: *Philosophy and Public Affairs* 12: 3, 205–35.
- Dyer, Gwynne 1985: *War*, New York, NY.
- Fabbro, David 1978: Peaceful Societies, in: *Journal of Peace Research* 15: 1, 67–83.
- Fearon, James D./Laitin, David D. 2003: Ethnicity, Insurgency and Civil Wars, in: *American Science Review* 90: 4, 75–90.
- Freud, Sigmund [1989]: Why War?, in: Singer, David J./Small, Melvin (Hrsg.): *International War: An Anthology*, 2. Aufl., Chicago, IL, 176–181.
- Galtung, Johan 1975: Gewalt, Frieden und Friedensforschung, in: Galtung, Johan (Hrsg.): *Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung*, Reinbek, 7–36.
- Geis, Anna (2006): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse, in: Geis, Anna (Hrsg.): *Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse* (Schriftenreihe der DVPW-Sektion Politische Theorien und Ideengeschichte), Baden-Baden, 9–43.
- Geller, Daniel S./Singer, J. David 1998: *Nations at War: A Scientific Study of International Conflict* (Cambridge Studies in International Relations, 58), New York, NY.
- George, Alexander L. 1969: „The Operational Code“: A Neglected Approach to the Study of Political Leaders and Decision-Making, in: *International Studies Quarterly* 13: 2, 190–222.
- Gilpin, Robert 1981: *War and Change in World Politics*, Cambridge, MA.
- Gurr, Ted R. 1970: *Why Men Rebel*, Princeton, NJ.
- Haager Abkommen über den Beginn der Feindseligkeiten, 18.10.1907, in: [http://avalon.law.yale.edu/20th\\_century/hague03.asp](http://avalon.law.yale.edu/20th_century/hague03.asp); 01.02.2013.
- Hallett, Brien 1998: *The Lost Art of Declaring War*, Champaign, IL.
- Herz, John H. 1959: *Political Realism and Political Idealism*, Chicago, IL.
- Hobson, John [1965]: *Imperialism: A Study*, Ann Arbor, MI.
- Holsti, Kalevi J. 1991: *Peace and War: Armed Conflicts and International Order 1648–1989* (Cambridge Studies in International Relations, 14), New York, NY.
- Krell, Gert 2009: *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Baden-Baden.
- Jervis, Robert 1978: Cooperation under the Security Dilemma, in: *World Politics* 30: 2, 167–214.
- Keegan, John 1993: *A History of Warfare*, London.
- Kydd, Adrew 1997: Sheep in Sheep's Clothing: Why Security Seekers Do Not Fight One Another, in: *Security Studies* 7: 1, 114–154.

- Leaky, Richard* 1981: *The Making of Mankind*, New York, NY.
- Lebow, Richard N.* 1981: *Between Peace and War*, Baltimore, MD.
- Leng, Russell* 2000: *Bargaining and Learning in Recurring Crises: The Soviet-American, Egyptian-Israeli and Indo-Pakistan Rivalries*, Ann Arbor, MI.
- Lenin, Wladimir Illjitsch* [1962]: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, Berlin.
- Levy, Jack* 1983: Misperception and the Causes of War: Theoretical Linkages and Analytical Problems, in: *World Politics* 36: 1, 76–99.
- Levy, Jack S./Morgan T. C.* 1986: The War-Weariness Hypothesis: An Empirical Test, in: *American Journal of Political Science* 30: 1, 26–49.
- Levy, Jack S./Thompson, William R.* 2010: *Causes of War*, Oxford.
- Lorenz, Konrad* 1966: *On Aggression*, New York, NY.
- Lynn-Jones, Sean M.* 1995: Offense-Defense Theory and Its Critics, in: *Security Studies* 4: 4, 660–691.
- Maoz, Zeev* 1989: Joining the Club of Nations: Political Development and International Conflict, 1816–1976, in: *International Studies Quarterly* 32: 2, 199–231.
- Maoz, Zeev/Abdolali, Nasrin* 1989: Regime Types and International Conflict 1816–1976, in: *Journal of Conflict Resolution* 33: 1, 3–35.
- Mearsheimer, John J.* 2001: *The Tragedy of Great Power Politics*, New York, NY.
- Montagu, Ashley* 1980: *Sociobiology Examined*, New York, NY.
- Organski, A. F. K.* 1958: *World Politics*, New York, NY.
- Organski, A. F. K./Kugler, Jacek* 1980: *The War Ledger*, Chicago, IL.
- Ottmann, Henning* 2006: *Geschichte des politischen Denkens. Die Neuzeit. Von Machiavelli bis zu den großen Revolutionen*, Bd. 3/1, Stuttgart.
- Rosecrance, Richard* 1963: *Action and Reaction in World Politics*, Boston, MA.
- Ross, Michael* 2003: The Natural Resource Curse: How Wealth Can Make You Poor, in: Bannon, Ian/Collier, Paul (Hrsg.): *Natural Resources and Violence Conflict: Options and Actions*, Washington, DC, 17–42.
- Rummel, Rudolph J.* 1979: *Understanding Conflict and War: Volume 4: War, Power, Peace*, Beverly Hills, CA.
- Ruloff, Dieter/Schubinger, Livia* 2007: Kriegerische Konflikte: Eine Übersicht, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 16-17/2007, Bonn, 10–16.
- Sarkees, Meredith Reid/Wayman, Frank Whelon* 2010: *Resort to War: A Guide to Inter-State, Extra-State, Intra-State, and Non-State Wars 1816–2007*, Washington, DC.
- Schellenberg, James A.* 1982: *The Science of Conflict*, New York, NY.
- Schmookler, Andrew* 1984: *The Parable of the Tribes: The Problem of Power in Social Evolution*, Boston, MA.
- Schumpeter, Joseph* 1950: *Capitalism, Socialism, and Democracy*, New York, NY.
- Senese, Paul D./Vasquez, John A.* 2008: *The Steps to War: An Empirical Study*, Princeton, NJ.
- Singer, David J./Small, Melvin* 1972: *The Wages of War 1816–1965: A Statistical Handbook*, New York, NY.
- Singer, David J./Small, Melvin* 1989: *International War: An Anthology*, 2. Aufl., Chicago, IL.
- Sobek, David* 2009: *The Causes of War*, Cambridge, MA.
- Toynbee, Arnold* 1954: *A Study of History*, Vol. IX, London.
- Uppsala Conflict Data Program*, in: <http://www.pcr.uu.se/>; 01.02.2013.
- Van Evera, Stephen* 1999: *Causes of War: Power and the Roots of Conflict*, New York, NY.

- Walt, Stephen* 1987: *The Origins of Alliances*, Ithaca, NY.
- Waltz, Kenneth N.* 1959: *Man, the State and War*, New York, NY.
- Waltz, Kenneth N.* 1964: The Stability of a Bipolar World, in: *Daedalus* 93: 3, 881–909.
- Waltz, Kenneth N.* 1979: *Theory of International Politics*, New York, NY.
- Weede, Erich* 1984: Democracy and War Involvement, in: *Journal of Conflict Resolution* 28: 4, 649–664.
- Weller, Christoph* 2005: Gewalt, Frieden, Friedensforschung, in: Jahn, Egbert/Fischer, Sabine/Sahm, Astrid (Hrsg.): *Die Zukunft des Friedens, Band 2: Die Friedens- und Konfliktforschung aus der Perspektive der jüngeren Generationen*, Wiesbaden, 91–110.
- Wilson, Edward O.* 1978: *Sociobiology: The New Synthesis*, Cambridge, MA.
- Wright, Quincy* [1965]: *A Study of War*, Chicago, IL.







*Dieses Gemälde des deutschen Malers Philipp Foltz zeigt den griechischen „Strategen“ Perikles. Die so genannten strategoi (deutsch auch „Strategen“) waren im antiken Athen vom Volk gewählte Heerführer, die neben der Heeresführung im eigentlichen Sinne auch viele andere politisch-strategische Aufgaben wahrnahmen. Für den altgriechischen Historiker Thukydides verkörpert Perikles, der das einflussreiche Strategenamt lange Zeit innehatte, in vielerlei Hinsicht das Ideal des klugen, unbestechlichen, dem Gemeinwohl dienenden, großen Staatsmannes.*

Bildquelle: Wikimedia Commons.

---

## 2.2.1 Definitionen

Strategisches Denken ist so alt wie die Menschheit selbst. Ob beim Jagen und Sammeln, der Partnersuche oder dem Führen von Kriegen – von jeher ist derjenige im Vorteil, der zum Erreichen seines Ziels einen konkreten Plan, eine Strategie, verfolgt.

- **Strategie** ist „der Entwurf und die Durchführung eines Gesamtkonzeptes, nach dem der Handelnde [...] ein bestimmtes Ziel zu erreichen sucht“.

Diese Definition stammt aus Meyers Enzyklopädischem Lexikon (1978: s. v. Strategie), das damit in gewisser Weise auch ein Missverständnis perpetuiert. In seiner derart ausgedehnten, uns aus der modernen Alltagssprache geläufigen Bedeutung unterscheidet sich der Strategiebegriff nämlich erheblich von dem, was klassischerweise als Strategie bezeichnet wird – und in diesem Kapitel im Mittelpunkt steht.

**Etymologisch** lässt sich das deutsche „Strategie“ auf das altgriechische Wort *strategía* (στρατηγεία) für „Heeresführung“ oder „Feldherrenamt“ bzw. *strategós* (στρατηγός) für „Heerführer“ oder „Feldherr“ zurückführen (Knaurs etymologisches Lexikon 1983: s. v. Strategie). In diesem, seinem engeren Sinne lässt sich strategisches Denken – wenn auch nicht die Verwendung des Begriffes selbst (Gray 2010: 4) – bis mindestens zu Sunzi, also rund 2500 Jahre zurückverfolgen (vgl. die Ausführungen zu Sunzi unter 2.2.2.1).<sup>1</sup>

---

1 Im Deutschen wird der Begriff „Strategie“ etwa seit Beginn des 18. Jahrhunderts verwendet (Deutsches Wörterbuch 1957: s. v. Strategie).

Neben einer etymologischen Annäherung an den Strategiebegriff lässt sich dem, was Strategie ist, aber auch näherkommen, indem man der Frage nachgeht, was Strategie *nicht* ist. Klassisch ist dabei vor allem die Unterscheidung zwischen **Strategie** und **Taktik**. Zwar haben in den vergangenen Jahrhunderten durchaus nicht alle Autoren Strategie und Taktik in der gleichen Art und Weise oder überhaupt trennscharf voneinander unterschieden. Allerdings findet sich bereits im byzantinischen Sprachgebrauch des 6. Jahrhunderts jene hierarchische Unterscheidung zwischen „übergeordneter“ Strategie und „untergeordneter“ Taktik, die heute als weitgehend etabliert gelten kann (Heuser 2010a: 18).<sup>2</sup>

Der angloamerikanische Militärstrategie Colin S. Gray bringt diese Unterscheidung prägnant auf den Punkt, wenn er in Anlehnung an das Zitat von Wayne Hughes (1986: 10, Hervorh. dort) „strategists *plan*, tacticians *do*“ schreibt: „You *have* a strategy, but you *do* tactics“ (Gray 1999a: 20, m. Hervorh.). Wenn man sich daran orientiert, lässt sich klar unterscheiden, was Strategie ist und was zum Bereich des Taktischen gehört: Alle militärischen Aktivitäten, also Streitkräfte in Aktion, sind von Natur aus taktisch, die Konsequenzen dieser Aktivitäten und das Nachdenken darüber strategisch (Gray 1999a: 18).

Strategie ist der Einsatz militärischer Mittel zu politischen Zwecken, aber Strategie *ist* nicht Politik. Auch diese Unterscheidung zwischen **Strategie** auf der einen und **Politik** auf der anderen Seite ist wesentlich für die Entwicklung des Strategiebegriffs seit der Antike (Heuser 2010a: 33–34). Im Dreiklang von **Taktik**, **Strategie** und **Politik** ist die Strategie gewissermaßen das Bindeglied, die Brücke (Gray 1999a: 17; 2010: 7), die militärische Mittel mit politischen Zwecken verbindet. Je nach konkretem Anforderungsprofil und entsprechendem Abstraktionsgrad können strategische Überlegungen dabei nahe am Bereich des Taktischen verbleiben oder sich, etwa in Form so genannter *Grand Strategies* (vgl. die Ausführungen zu *Grand Strategy* unter 2.2.3.2), stark dem Bereich des Politischen annähern.

Aus dem bisher Gesagten lässt sich eine vorläufige Definition des Strategiebegriffs ableiten, die sich – wie später noch zu zeigen sein wird – noch immer an die fast 200 Jahre alten Überlegungen des preußischen Offiziers und Militärtheoretikers Carl von Clausewitz anlehnt (vgl. 2.2.2.3). So heißt es beispielsweise bei Heuser (2010a: 18):

- **Strategie** „ist Einsatz jeglicher verfügbaren Mittel, vor allem des Mittels der Streitkräfte, zu politischen Zwecken, mit dem Ziel, dem Gegner die eigene Politik und den eigenen Willen aufzuzwingen bzw. seinem Willen zu widerstehen.“

---

2 Vgl. hierzu auch die Ausführungen zur Unterscheidung von Strategie und Taktik bei Clausewitz (S. 77–79).

Oder ähnlich, allerdings auf Englisch und etwas konziser formuliert, bei Gray (1999a: 17):

- „By **strategy** I mean the use that is made of force and the threat of force for the ends of policy.“

Beide Definitionen stehen stellvertretend für das, was Heuser (2010a: 18) als den „heutigen Konsens unter Experten“ bezeichnet. Trotzdem wird anhand der im Folgenden erläuterten Denkansätze und Debatten immer wieder deutlich werden, dass auch diese Definitionen nur zwei von vielen und vor allem nur eine Momentaufnahme sind. Die Verwendung des Strategiebegriffs hat sich im Laufe der Jahrhunderte erheblich gewandelt und wird sich wohl auch in Zukunft weiter verändern.

---

### 2.2.2 Denkansätze

Denkansätze zu strategischen Fragen füllen ganze Bibliotheken. Das alles auf wenigen Seiten zusammenzufassen, ist deshalb eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit und kann nur gelingen, wenn aus der Not eine Tugend gemacht und die Kunst des Weglassens zum Prinzip erhoben wird. Statt vieler werden im Folgenden deshalb „nur“ drei Autoren vorgestellt. Diese drei können allerdings für sich beanspruchen, mehr zu sein, als nur ein kleiner Ausschnitt aus der gewaltigen Bibliothek strategischen Denkens. Colin Gray (2007: 58) bringt diese Überzeugung in der für ihn typischen Weise zum Ausdruck, wenn er als eine von vierzig Maximen zu Krieg, Frieden und Strategie die folgende formuliert: „If Thucydides, Sun-tzu, and Clausewitz did not say it, it probably is not worth saying“. Für ihn steckt in *Thukydides' Geschichte des Peloponnesischen Krieges*, *Sunzis Die Kunst des Krieges* und *Clausewitz' Vom Kriege* alles, was man über Strategie wissen muss:

„Can just three books, written in ca. 400 bc in Ancient Greece and in China, and in Prussia in the 1820s, really contain all that one needs to know, perhaps all that there is to know, about strategy and war? The answer to that not unreasonable objection based on ignorance is an uncompromising ‚yes‘“ (Gray 2007: 60).

Im Lichte moderner Phänomene wie dem Heraufziehen des Atomzeitalters, der so genannten *Revolution in Military Affairs* oder auch dem Aufkommen des internationalen Terrorismus scheint zumindest fraglich, ob sich Grays Maxime in ihrer Absolutheit halten lässt. Eines lässt sich allerdings mit Sicherheit sagen:

- Wer sich mit der Geschichte des strategischen Denkens vertraut machen möchte, ist in jedem Fall gut beraten, mit den drei hier vorgestellten Klassikern zu beginnen.<sup>3</sup>

Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass der Zugriff der drei Autoren auf das Thema Strategie unterschiedlicher kaum sein könnte. Sunzi hat der Nachwelt ein 13 kurze Kapitel umfassendes **Regelwerk** des Krieges hinterlassen, von Gray (1999a: 84) etwas despektierlich als „cook-book guidance for statecraft“ bezeichnet. Thukydides formuliert im Gegensatz dazu gar keine Regeln. Strategische Lehren sind bei ihm in das kunstvoll aus Erzählung, Rede und Gegenrede arrangierte Ganze einer monumentalen Geschichtsschreibung **eingebettet**. Clausewitz schließlich geht es um eine mitunter abstrakte, **philosophische Reflexion** über die Natur des Krieges und die Möglichkeit einer entsprechenden Theorie.

Diese Unterschiede spiegeln sich auch in den folgenden Ausführungen wieder. Sie machen einen Vergleich der drei Denkansätze nicht immer leicht. Gleichwohl sind es vor allem auch die Gemeinsamkeiten, die die Lektüre dieser drei Klassiker so aufschlussreich machen.

### 2.2.2.1 Sunzi

Rund 2500 Jahre alt, in einer Sprache verfasst, derer in der westlichen Welt kaum jemand mächtig ist und einer Kultur entstammend, die von der abendländischen in vielerlei Hinsicht verschieden ist. Was lässt sich aus einem solchen Text heute noch über Strategie lernen? Im Fall von Sunzis *Die Kunst des Krieges* lautet die Antwort: ungeheuer viel. Für Basil H. Liddel Hart, inzwischen selbst ein Klassiker des strategischen Denkens, ist Sunzi allen anderen Klassikern an Reichweite und Tiefe überlegen, aktueller gar als sein mehr als 2000 Jahre jüngerer westliches Pendant Carl von Clausewitz (Liddell Hart 1971: v).<sup>4</sup>

Wer also war dieser Sunzi und was hat er uns in seinen 13 kurzen Kapiteln zur *Kunst des Krieges* für Denkansätze hinterlassen, die ihn auch heute noch lesenswert machen? Schon der erste Teil dieser Frage entpuppt sich als nicht ganz leicht zu beantworten. Gemeinhin wird *Die Kunst des Krieges* einem Mann mit dem Na-

3 Für einen Einblick in das Denken einiger anderer, deutlich weniger bekannter Klassiker vgl. Heuser (2010b).

4 Während Sunzi in der westlichen Welt deutlich weniger bekannt ist als etwa Clausewitz, gilt er in Asien als bedeutendster Klassiker zum Thema Kriegsführung. Bis heute wird das strategische Denken in China und seinen Nachbarländern maßgeblich von Sunzis Werk beeinflusst (Lau 1965: 319; O'Dowd/Waldron 1991: 26–34). Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen unter 2.2.2.3.

men Sun Wu zugeschrieben, der als Zeitgenosse des Konfuzius um 500 v. Chr. in China gelebt haben soll. „Sunzi“ (je nach Transkription aus dem Chinesischen auch Sun Zi, Sun Tzu, Sun-tzu, Sun Tsu, Sun Tse) wäre dann die Kombination aus dem Familiennamen dieses Mannes, Sun, ergänzt um das Suffix „zi“, was so viel wie „Meister“ bedeutet und als Zeichen des Respekts von den Schülern eines solchen Meisters oder der Nachwelt verliehen wird (Klöpsch 2009b: 105).<sup>5</sup> Ob *Die Kunst des Krieges* aber tatsächlich von besagtem Sun Wu zu dessen Lebzeiten verfasst worden ist, ja ob es diesen Sun Wu überhaupt gegeben hat, ist in der Forschung bis heute umstritten. „**Authorship Unsettled**“ lautet deshalb das Fazit von Samuel Griffith (1971: 12).

Wer verstehen will, warum die Frage nach der Autorschaft des Werks so kompliziert ist, muss wissen, dass es im China der damaligen Zeit üblich war, das geistige Erbe vergangener Generationen in Form von Leitsätzen und Merksprüchen mündlich weiterzugeben, bevor es (im besten Fall) irgendwann schriftlich fixiert wurde. Das Werk eines verehrten Lehrers oder Vorbilds weiter zu bearbeiten und um eigene Gedanken zu ergänzen, war dabei nicht nur unanstößig, sondern sogar ein Zeichen echter Wertschätzung (Klöpsch 2009b: 104, 110). Es wäre deshalb falsch davon auszugehen, *Die Kunst des Krieges* sei in einem einzelnen schöpferischen Akt, von einem einzelnen Autor zu einem bestimmten Zeitpunkt hervorgebracht worden. Angemessener scheint da schon die Perspektive von Volker Klöpsch, der das Entstehen des Werks als einen **Prozess der „geistigen Sedimentierung“** beschreibt, in dessen Verlauf sich das militärische Gedankengut jener Zeit nach und nach an der idealtypischen Gestalt des Sunzi abgelagert hat (Klöpsch 2009b: 109; Ames 1993: 20; Mair 2007: 1).

Den spezifischen kulturellen Entstehungskontext gilt es aber nicht nur bei der Frage nach der Autorschaft, sondern erst recht bei der Übersetzung und Interpretation des Textes zu berücksichtigen. Das fängt schon beim Titel des Werkes an. Seit inzwischen mehr als hundert Jahren wird dessen chinesischer Titel „Bing fa“ im Englischen mit „The Art of War(fare)“ im Deutschen mit „Die Kunst des Krieges“ bzw. „der Kriegsführung“ übersetzt. Klöpsch weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Titel mit „**Die Gesetze des Krieges**“ oder „**Das Regelwerk des Krieges**“ besser und genauer übersetzt wäre. Hier hat sich offenbar die vor allem von der Antike geprägte westliche Vorstellung von der Kriegsführung als einer Kunstform in einer irreführenden Übersetzung niedergeschlagen (Klöpsch 2009a: 71).<sup>6</sup>

5 „Sunzi“ ist eine insbesondere im Deutschen gebräuchliche Form der Transkription, während die Variante „Sun Tzu“ vor allem im anglo-amerikanischen Raum verbreitet ist.

6 Victor Mair bläst ins selbe Horn, wenn er als Alternative zum gängigen „The Art of War“ eine Übersetzung mit „Military Methods/Tactics/Strategy“ vorschlägt (Mair 2007: 1, 55–56).

Vergleicht man *Die Kunst des Krieges* beispielweise mit dem Werk von Clausewitz, in dem die Orientierung an der Kunst tatsächlich eine zentrale Rolle spielt, wird deutlich, dass die alternative Übersetzung, die Klöpsch für den Titel vorschlägt, auch im Hinblick auf den Inhalt des Textes angemessener ist. Clausewitz wählt den Kunstvergleich nämlich vor allem deshalb, weil er im Hinblick auf die Möglichkeit, den Krieg mit Hilfe der Wissenschaft vollständig zu entschlüsseln, außerordentlich skeptisch ist (vgl. 2.2.2.3). Sunzi ist im Vergleich dazu deutlich zuversichtlicher, wenn es darum geht, **Gesetzmäßigkeiten** des Krieges zu identifizieren und das Führen eines solchen mit einer Strategie, die sich an klaren Regeln orientiert, plan- und vorhersehbar zu machen. Sunzi sagt:

„Der Feldherr, der meiner Bewertung folgt, wird im Einsatz siegreich bleiben, und er wird das Kommando behalten. Der Heerführer, der meiner Bewertung nicht folgt, wird im Einsatz unterliegen, und ihm wird das Kommando entzogen“ (Sunzi [2009]: 12).

Was aber ist Sunzis „Bewertung“, der es zu folgen gilt, wenn man als Heerführer im Einsatz siegreich bleiben und sein Kommando behalten will? Welche Strategie muss hierfür befolgt werden? Welche Regeln gilt es zu beachten?

- Die wohl wichtigste aller Regeln ist der mittlerweile zur Alltagsweisheit gewordene Leitsatz: **kenne deinen Gegner**.<sup>7</sup>

Das ist allerdings erst der zweite Schritt. Um die eigenen Chancen, das Kräfteverhältnis und etwaige strategische Vorteile wirklich beurteilen zu können, muss man zunächst **sich selbst kennen**. Sunzi sagt:

„Wer den Gegner kennt *und* sich selbst, wird in hundert Schlachten nicht in Not geraten. Wer den Gegner nicht kennt, sondern nur sich selbst, wird das eine Mal siegen, das andere Mal unterliegen. Wer aber weder den Gegner kennt noch sich selbst, der wird in jeder Schlacht unweigerlich geschlagen werden“ (Sunzi [2009]: 20, meine Hervorh.).

Die Einsicht in die Bedeutung möglichst genauer Kenntnisse über potentielle Gegner und die sich daraus ergebenden Kräfteverhältnisse ist heute noch so aktuell wie vor 2500 Jahren – und das nicht nur in China, wo das so genannte *net assessment* traditionell eine wichtige Rolle spielt (McNeilly 2001: 86). Auch im amerikanischen Verteidigungsministerium gibt es seit Anfang der 1970er Jahre ein

---

<sup>7</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen zu Rüstungskontrollmaßnahmen im Kapitel *Rüstung und Rüstungskontrolle* (2.4.2.2).



*Office of Net Assessment*, vom riesigen amerikanischen Geheimdienstapparat ganz zu schweigen.

Wenn auch noch nicht so ausgeklügelt, sind die Methoden der **Informationsgewinnung** bei Sunzi den heutigen nicht unähnlich. Neben Spionen, denen er ein ganzes Kapitel widmet, lernt man den Gegner am besten kennen, indem man ihn genau beobachtet. Sunzi sagt:

„Spricht er zurückhaltend und verstärkt dennoch die Vorbereitungen, wird er angreifen; redet er großspurig und erweckt den Anschein eines baldigen Angriffs, wird er sich zurückziehen [...]. Stehen seine Soldaten auf ihre Waffen gestützt, sind sie hungrig, trinken sie zuerst, bevor sie Wasser schöpfen, sind sie durstig; haben sie einen Vorteil vor Augen und greifen nicht an, sind sie erschöpft“ (Sunzi [2009]: 42).

Neben dem Gegner gilt es für eine angemessene Lagebeurteilung aber auch andere Faktoren zu berücksichtigen, darunter die Jahreszeiten, das Wetter, die Beschaffenheit des Geländes, Grenzverläufe und vieles mehr. Nur wer alle relevanten Faktoren mit einkalkuliert, kann als umsichtiger Feldherr gelten. Sunzi sagt:

„Kennst du dich selbst und den Gegner,  
ist der Sieg dir unbenommen;  
kennst du Himmel und Erde,  
ist der Sieg vollkommen“ (Sunzi [2009]: 48).

Genauso wichtig wie den Gegner zu durchschauen, ist für Sunzi, den Gegner an Selbigem zu hindern. Diesem Zweck dient bei ihm das strategische Mittel der **Täuschung**. Es bildet für Sunzi einen wesentlichen Bestandteil jeder Kriegsführung. Kein anderes Thema wird in *Die Kunst des Krieges* so häufig thematisiert (Handel 2005: 167). Sunzi sagt:

„Die Kriegsführung gehorcht dem Prinzip der Täuschung. Der Fähige gibt sich daher den Anschein der Unfähigkeit, Einsatzbereitschaft gibt sich den Anschein von Zurückhaltung, Nähe gibt sich den Anschein von Ferne, und Ferne gibt sich den Anschein von Nähe“ (Sunzi [2009]: 12).

Im Gegensatz zur westlichen Tradition der Kriegsführung, wo der Kampf mit offenem Visier als heroisches Ideal gilt,<sup>8</sup> nehmen List und Täuschung in der chinesischen Strategie-Kultur von jeher einen zentralen Platz ein und sind keineswegs negativ konnotiert. Gleiches gilt für eine Strategie, die stets darum bemüht ist,

---

8 Das trojanische Pferd ist hier die vielleicht berühmteste Ausnahme von der Regel.

Schwächen des Gegners zu identifizieren und diese zum eigenen Vorteil zu nutzen. Für Sunzi und seine Zeitgenossen ist es weder unfair noch feige ein „echtes“ Kräfteressen in Form einer direkten Konfrontation zu vermeiden. Im Gegenteil, die Suche nach dem **komparativen Vorteil** und das strategische Ausnutzen solcher Vorteile bilden einen wesentlichen Bestandteil in Sunzis strategischen Überlegungen.<sup>9</sup> Sunzi ([2009]: 27) sagt: „der erfolgreiche Angriff greift Ziele an, die nicht verteidigt werden“. Er vergleicht diese Strategie mit dem Verhalten von Wasser, das stets den Weg des geringsten Widerstandes geht (Sunzi [2009]: 30).

Die Suche nach einem strategischen Vorteil beschränkt sich bei Sunzi aber keineswegs auf das Schlachtfeld. Vielmehr versteht er das Kriegführen als einen Prozess, der lange vor dem Einsatz von Gewalt beginnt. In diesem Sinne sind seine Überlegungen so umfassend, dass man sie mit einem modernen Vokabular wohl als *Grand Strategy* bezeichnen müsste (vgl. die Ausführungen zu *Grand Strategy* unter 2.2.3.2). Sunzi sagt:

„Als die höchste Kriegskunst gilt es, die Strategie des Gegners zu bekämpfen, danach kommt die Bekämpfung der Allianzen, wieder danach die Bekämpfung der Truppen und erst am Ende der Angriff auf die befestigten Städte“ (Sunzi [2009]: 17).

In der Hierarchie der vier hier genannten Spielarten der Kriegskunst steht der bewaffnete Kampf nicht zufällig nur an dritter Stelle. Die Strategie und die Allianzen des Gegners zu bekämpfen, sind die höchsten Formen der Kriegskunst.<sup>10</sup> Alle bis hierher erläuterten strategischen Überlegungen dienen deshalb immer auch dem Zweck, die militärische Auseinandersetzung zu vermeiden.

- So paradox das bei einem Werk mit diesem Titel klingen mag, in gewisser Weise ist Sunzis *Die Kunst des Krieges* auch ein Anti-Kriegstext.

Sunzi ist sich stets der Kosten bewusst, die Krieg verursacht und zwar sowohl der wirtschaftlichen Kosten als auch der Kosten in Form des Verlusts von Menschenleben. Sunzi sagt:

„Wer sich über den Schaden eines militärischen Einsatzes nicht völlig im klaren ist, der vermag auch den Nutzen eines solchen Einsatzes nicht vollständig zu begreifen“ (Sunzi [2009]: 14).

9 McNeilly (2001: 33–67, 88), Klöpsch (2009b: 87), Boorman (1972: 315, 325, 328), Mair (2007: 55).

10 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen zu *Allianzen* (2.3).

Wer sich über den Schaden eines militärischen Einsatzes im Klaren *ist*, wird dagegen stets darum bemüht sein, einen Krieg zu vermeiden. Der **kampflose Sieg** gilt Sunzi deshalb als höchstes Ideal. Er sagt:

„Daher ist nicht derjenige der Inbegriff der Tüchtigkeit, der in hundert Schlachten hundert Siege erringt, sondern derjenige, der sich die Truppen des Gegners ohne Kampf unterwirft“ (Sunzi [2009]: 17).

Sunzi ist sich sehr wohl bewusst, dass der kampflose Sieg ein schwer zu erreichendes Ideal ist. Eingehend widmet er sich deshalb der Frage, wann gekämpft werden soll und wann nicht (Sunzi [2009]: 21–23). Gleichzeitig betont er, dass man sich, wenn man schon Krieg führt, stets darum bemühen sollte, diesen so schnell wie möglich zu beenden und die Verluste gering zu halten – und zwar nicht nur die eigenen, sondern auch die Verluste auf Seiten des Gegners (Sunzi [2009]: 14–20; vgl. auch Klöpsch 2009a: 72).

- Aus all dem spricht eine Haltung zum Krieg, die diesen als (manchmal leider nur schwer zu vermeidendes) Übel und **Ultima Ratio** begreift.

Sunzi ist damit Spiegelbild einer Kultur, die dem Einsatz von Gewalt, geprägt vor allem von den Einflüssen des Konfuzianismus und des Daoismus, traditionell ablehnend gegenübersteht. Krieg überhaupt führen zu müssen, ist in diesem Verständnis schon für sich eine Niederlage. Kein Wunder, dass die Kriegsführung in der traditionellen chinesischen Kultur weder gefeiert noch glorifiziert wird und militärisches Heldentum ein vergleichsweise unterentwickeltes Konzept ist (Ames 1993: 31, 58–60; Fairbank 1974: 7, 25; Handel 2005: 102–104; Mair 2007: 47–49).

Das spezifisch Chinesische an Sunzis Haltung zum Krieg lässt sich abschließend vielleicht am besten mit einem Vergleich veranschaulichen. Demnach lässt sich das strategische Denken des Abendlandes am besten mit dem dort populärsten Brettspiel Schach vergleichen. Beim Schach stehen sich zu Spielbeginn jeweils 16 Spielfiguren – die das Landvolk, die Streitkräfte und den Hofstaat eines Königreichs verkörpern – auf dem Spielbrett gegenüber. Ziel des Spiels ist es, den gegnerischen König schachmatt zu setzen. Dazu werden im Spielverlauf die Spielfiguren des Gegners „geschlagen“, um sich so strategische Vorteile zu verschaffen. Am Ende eines Schachspiels gleicht das Spielbrett in der Regel einem mittelalterlichen Schlachtfeld (McNeilly 2001: 22; Handel 2005: 184).

Ganz anders beim Go, dem Jahrtausende alten chinesischen Strategiespiel. Hier ist das Spielbrett zu Beginn des Spiels leer. Die beiden Spieler setzen abwechselnd ihre schwarzen bzw. weißen Spielsteine mit dem Ziel auf das Spielbrett, mit möglichst wenig Steinen ein möglichst großes Territorium zu besetzen. Zwar ist es

auch beim Go möglich, Spielsteine des Gegners zu schlagen, dies ist aber nur selten die beste Option und gerade bei versierten Spielern ganz klar die Ausnahme (McNeilly 2001: 22–23; Handel 2005: 184).<sup>11</sup>

### 2.2.2.2 Thukydides<sup>12</sup>

Jede Wissenschaftsdisziplin hat ihre Säulenheiligen, jene Klassiker, die als unverrückbarer Bezugspunkt allen Nachdenkens über ein Themengebiet oder gar Gründerväter der jeweiligen Disziplin gelten. Die Naturwissenschaften haben ihren Newton, die Ökonomen Adam Smith, die Soziologen beanspruchen Max Weber, die Historiker Thukydides (Handel 2005: 1). Tatsächlich kann es am Stellenwert von Thukydides für die Historiographie kaum einen Zweifel geben. Wilhelm Hennis (2003: 12) nennt ihn den „unbestrittenen Meister der abendländischen Geschichtsschreibung“. Wer deshalb aber meint, Thukydides sei nur für Historiker interessant, die etwas über das antike Griechenland oder die Anfänge der Historiographie erfahren wollen, irrt. Seine monumentale *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* ist alles andere als ein rein narratives Geschichtswerk. Als „deliberative brief composed to instruct officers and members of the Athenian council“ hat es Mark Munn (2000: 323) beschrieben, ein **Handbuch der Staatskunst und Strategie** also (Kateb 1964). Kein Wunder, dass die Lektüre von Thukydides von jeher nicht nur Historiker, sondern auch alle an strategischen Fragen Interessierten gefesselt hat.

Im Vergleich zu Sunzi, dessen strategische Lehren sich sehr konkret und im engeren Sinne mit dem Führen von Kriegen befassen und ganz explizit an den Feldherren richten, sind die zentralen strategischen Einsichten bei Thukydides auf einer höheren Abstraktionsebene angesiedelt und eher im Bereich der Staatsführung zu verorten. Dabei gilt sein Werk vielen als klassischer Beleg für die Einsicht, dass sich die Sicherheit und das Überleben eines Staates letztlich nur durch eine Strategie gewährleisten lassen, die sich einzig und allein am **Faktor Macht** orientiert. Thukydides vermittele mit seiner Geschichtsschreibung, so die Anhänger dieser Lesart, die Einsicht, dass es im Bereich zwischenstaatlicher Beziehungen keine übergeordnete Regelungs- und Sanktionsinstanz gibt, Macht und deren Verteilung entscheidende Bedeutung zukommt und Krieg unter der Bedingung von An-

---

11 Clausewitz vergleicht das Kriegführen im Gegensatz dazu mit einem Kartenspiel, um das Unberechenbare und den Einfluss des Zufalls herauszustellen (Clausewitz: Buch 1/Kapitel 1; Handel 2005: 184; vgl. auch die Ausführungen unter 2.2.2.3).

12 Für eine ausführlichere Beschäftigung mit den im Folgenden behandelten Fragen vgl. Enskat (2005).

archie auf Dauer kaum zu verhindern ist (Doyle 1997: 51; Waltz 1979: 66, 102). Ganz in diesem Sinne beschreibt Thukydides – in einer der am häufigsten zitierten Passage aus dem *Peloponnesischen Krieg* – auch „den wahrsten Grund“ für den Krieg zwischen Athen und Sparta:

„Es fing damit an, dass Athener und Peloponnesier den dreißigjährigen Vertrag aufhoben, den sie nach der Einnahme Euboias geschlossen hatten. Die Ursachen, warum sie ihn aufhoben, und die Streitpunkte schreibe ich vorweg, damit nicht später einer fragt, woher denn ein solcher Krieg in Hellas ausbrach. Den wahrsten Grund freilich, zugleich den meistbeschwiegenen, sehe ich im Wachstum Athens, das die erschreckten Spartaner zum Krieg zwang“ (Thukydides [1993]: I.23.4–6).

Wenn Thukydides dann auch noch die Athener im so genannten **Meliierdialog** ihr kaltblütiges Plädoyer für das Recht des Stärkeren halten lässt, scheinen spätestens damit auch die letzten Zweifel ausgeräumt, was die strategischen Lehren aus seiner *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* sein könnten:

„Wir glauben nämlich, vermutungsweise, dass das Göttliche, ganz gewiss aber, dass alles Menschenwesen allezeit nach dem Zwang seiner Natur, soweit es Macht hat, herrscht. Wir haben dies Gesetz weder gegeben noch ein vorgegebenes zuerst befolgt, als gültig überkamen wir es, und zu ewiger Geltung werden wir es hinterlassen, und wenn wir uns daran halten, so wissen wir, dass auch ihr und jeder, der zur selben Macht wie wir gelangt, ebenso handeln würde“ (Thukydides [1993]: V.105.2, meine Hervorh.).

Ist Thukydides also ein Verfechter kühl kalkulierter, gar amoralischer Machtstrategien?<sup>13</sup> Diese Frage erübrigte sich nur dann, wenn das, was bisher zu Gunsten dieser Perspektive angeführt worden ist, alles und die *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* nur einige wenige und nicht hunderte Seiten lang wäre.

- Tatsächlich ist das Werk des Thukydides mehr als die drei oder vier immer wieder zitierten Passagen.

Die Athener des Meliierdialogs sind nicht die einzigen, die bei Thukydides zu Worte kommen und machtstrategische Argumente dementsprechend nur eine der

---

13 Diese und die im Folgenden im Zusammenhang mit Thukydides thematisierten Fragen zum Thema Strategie sind der höchsten Strategieebene zuzuordnen, jener Ebene also, die sich stark dem Bereich des Politischen bzw. der Staatsführung annähert und gemeinhin als *Grand Strategy* bezeichnet wird, vgl. dazu auch die Ausführungen unter 2.2.3.2 sowie Platias/Koliopoulos (2006: 16).

zahlreichen Facetten seiner in Wirklichkeit äußerst **komplexen und vielschichtigen Geschichte des Peloponnesischen Krieges** (Gustafson 2000: 179–180; Krell 2009: 130).

Wenn es um die strategischen Lehren aus der *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* geht, spielen vor allem Thukydides' Ausführungen zu **Perikles** eine entscheidende Rolle. Hier „verdichtet [Thukydides] seinen strategischen Denkstil am eindrucksvollsten“, schreiben etwa Joachim Raschke und Ralf Tils (2007: 47).

- Tatsächlich kann es kaum Zweifel daran geben, dass Perikles für Thukydides die nahezu idealtypische Verkörperung des klugen, unbestechlichen, dem Gemeinwohl dienenden großen Staatsmannes ist.<sup>14</sup>

An einer Stelle schreibt er über ihn:

„Denn solange er die Stadt [Athen] leitete im Frieden, führte er sie mit Mäßigung und erhielt ihre Sicherheit, und unter ihm wurde sie so groß, und als der Krieg ausbrach, da hatte er, wie sich zeigen lässt, auch hierfür die Kräfte richtig vorausberechnet“ (Thukydides [1993]: II.65.5).

Als Perikles jedoch wenige Jahre nach dem Ausbruch des Peloponnesischen Krieges stirbt, hat dies für Thukydides einen radikalen Wandel in der athenischen Kriegspolitik zur Folge:

„Denn er [Perikles] hatte ihnen [den Athenern,] gesagt, sie sollten sich nicht zersplittern, die Flotte ausbauen, ihr Reich nicht vergrößern während des Krieges und die Stadt nicht aufs Spiel setzen, dann würden sie siegen. Sie aber taten von allem das Gegenteil und rissen außerdem aus persönlichem Ehrgeiz und zu persönlichem Gewinn den ganzen Staate in Unternehmungen, die mit dem Krieg ohne Zusammenhang schienen und die, falsch für Athen selbst und seinen Bund, solange es gut ging, eher einzelnen Bürgern Ehre und Vorteile brachten, im Fehlschlag aber die Stadt für den Krieg schwächten“ (Thukydides [1993]: II.65.7).

Thukydides betont hier die erhebliche Diskrepanz zwischen der Strategie des Perikles auf der einen und der seiner Nachfolger auf der anderen Seite und vertritt damit – zumindest implizit – auch das kontrafaktische Argument, wenn Perikles nur länger gelebt hätte, wäre alles anders gekommen. Insofern ist Thukydides'

---

14 Thukydides ([1993]: II.60.5., II.65); vgl. auch Doyle (1997: 64, 77), Lebow (2001: 551), Lebow (2003: 71, 131), Leppin (1999: 143–170), Waggaman (2000: 202).

Diagnose zu den Ursachen des Aufstiegs und Niedergangs Athens nicht zuletzt auch ein Urteil über die Strategie des Perikles.<sup>15</sup>

Während Perikles Athen in Friedenszeiten mit einer **Strategie der Mäßigung** zu Macht und Größe führt und auch in Kriegszeiten eine von den Launen des Volkes unabhängige gemäßigte Politik im Interesse des Gemeinwohls betreibt, schreibt Thukydides über die kurzsichtigen, nur an eigenen Interessen orientierten Entscheidungen „der Späteren“ – gemeint sind die nachperikleischen Führer Athens, u. a. Alkibiades, Kleon, Nikias, Phrynichos, Antiphon, Theramenes (Leppin 1999: 144):

„Die Späteren, einer ziemlich wie der andere und jeder nur bemüht, der Erste zu werden, sanken so tief, den Launen des Volkes sogar in der Staatsführung nachzugeben. Daher wurden wegen der Größe der Stadt und ihrer Herrschaft immer wieder Fehler begangen, so vor allem die Fahrt nach Sizilien“ (Thukydides [2000]: II.65.10–11).

Wenn Thukydides hier einen Bogen vom Tod des Perikles hin zur desaströsen Expedition nach Sizilien spannt – die letztlich den Niedergang Athens einleitet –, wird deutlich, inwiefern dieses Ereignis ein entscheidender Wendepunkt in seiner *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* ist. Während die Athener unter Perikles noch stets um die Legitimierung ihrer Macht, Mäßigung bei deren Ausübung, eine Balance von Macht und Gerechtigkeit sowie die Achtung der Gesetze bemüht sind, setzt spätestens mit dessen Tod eine Entwicklung ein, in deren Verlauf alles dies immer stärker zugunsten eines **ungezügelter Machstrebens** in den Hintergrund rückt.<sup>16</sup>

- Vieles spricht dafür, dass Thukydides den Melierdialog ganz bewusst als symbolischen Höhepunkt dieser strategischen Fehlentwicklung inszeniert hat.

In dieser vielleicht berühmtesten Passage aus der *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* versuchen die Athener, die Bewohner der Insel Melos davon zu überzeugen, ihre Neutralität aufzugeben und sich ihnen kampfflos zu unterwerfen. Täten sie dies nicht, so die Athener, werde man Melos vernichten. Recht könne schließlich nur unter Gleichstarken gelten, während unter Ungleichem der Stärkere herrsche. Zwar enthält sich Thukydides auch in diesem Zusammenhang, wie so oft,

15 Boucher (1998: 83), Doyle (1997: 65, 77), Hawthorn (2003: 17), Johnson Bagby (1994: 139–140), Lebow (2001: 551), Lebow (2003: 71–95), Platias/Koliopoulos (2006: 136–138), Waggaman (2000: 202).

16 Thukydides ([1993]: II.65.12, VIII.1–2); vgl. auch Boucher (1998: 83), Gilpin (1988: 605), Lebow/Kelly (2001: 593, 596, 598, 602), Platias/Koliopoulos (2006: 237, 246).

eines expliziten Kommentars, die Einbettung des Melierdialogs in das kunstvoll arrangierte Ganze seiner Geschichtsschreibung spricht allerdings eine fast ebenso deutliche Sprache.<sup>17</sup>

- Es ist eine solche **holistische Perspektive** auf Thukydides' Werk, die deutlich macht, inwiefern seine *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* eine Geschichte vom Aufstieg und Fall Athens ist.

Aus einer solchen Perspektive zeigt uns Thukydides, wie Kühnheit und Wagemut der Athener, dank der Strategie des Perikles gepaart mit **Mäßigung und Selbstbeschränkung**, den Aufstieg der Stadt zur größten Macht des antiken Griechenlands begründen, wie Kühnheit und Wagemut zu **Selbstüberschätzung und Hybris** führen, als diese Strategie aufgegeben wird, und wie das In-den-Hintergrund-treten von Mäßigung und Selbstbeschränkung zu jenem ungezügelten Machtstreben führt, das Athen schließlich in den Untergang treibt.<sup>18</sup>

### 2.2.2.3 Clausewitz

Viel zitiert, wenig gelesen, berühmt, aber nicht bekannt (Münkler 2003: 5; Aron 1980: 17–18) – dieses Schicksal teilt Carl von Clausewitz – Autor des für Bernard Brodie „einzig wahrhaft großen Buches über den Krieg“ (Brodie 1989: 53, meine Übersetzung) – mit Thukydides. „Krieg ist eine bloße Fortsetzung der **Politik mit anderen Mitteln**“ (Clausewitz [1991]: 210). Wohl kein anderer Satz aus Clausewitz' opus magnum *Vom Kriege* ist so häufig zitiert – und so häufig missverstanden worden. Als Ausdruck einer militaristischen Philosophie der zwischenstaatlichen Beziehungen ist er interpretiert, um nicht zu sagen verballhornt worden (Aron 1980: 155; Münkler 2003: 5).<sup>19</sup> Inwiefern eine solche Interpretation die Intention, die Clausewitz mit diesem Satz verfolgte, gewissermaßen in ihr Gegenteil verkehrt, wird später noch Thema sein. Zunächst soll jedoch die Frage im Vordergrund stehen, warum derartige **Missverständnisse** bei der Clausewitz-Lektüre leider keine Seltenheit sind.

17 Thukydides ([1993]: V.85–113); Connor (1984: 149, 151–157), Forde (2000: 165–172), Lebow/Kelly (2001: 593, 600), Monoson/Loriaux (1998: 292).

18 Gilpin (1988: 605), Gustafson (2000: 186, 194), Krell (2009: 131–132), Lebow (2003: 365), Lebow/Kelly (2001: 594, 596).

19 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen zu Clausewitz im Kapitel *Krieg und Frieden* (S. 22–23).



Genau wie die *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* ist auch Clausewitz' *Vom Kriege* alles andere als leicht zugänglich (Lebow 2003: 188).<sup>20</sup> Clausewitz' Gegenstand ist **komplex**, seine Sprache **kompliziert**, seine Gedankenführung häufig **abstrakt** (Heuser 2005: IX–XI; Rothfels 1980: 261). Obwohl Clausewitz bereits zwischen 1815 und 1818 mit den Arbeiten an *Vom Kriege* begann, war es ihm nicht vergönnt, das Werk vor seinem Tod abzuschließen. Als er 1830, zu diesem Zeitpunkt Direktor der Allgemeinen Kriegsschule in Berlin, wieder in den aktiven Militärdienst berufen wurde, riss ihn das aus einer Phase, in der er sich daran gemacht hatte, sein Werk noch einmal grundlegend zu überarbeiten. Nur ein Jahr später starb er an den Folgen einer Cholera-Erkrankung (Hahlweg 1969: 62–63, 70; Heuser 2005: 5–6, 51–52).

Clausewitz selbst war sich des Risikos, der Nachwelt ein unter Umständen unfertiges Werk zu hinterlassen, sehr wohl bewusst. Fast schon prophetisch schrieb er 1827:

„Sollte mich ein früher Tod in dieser Arbeit unterbrechen, so wird das, was sich vorfindet, freilich nur eine unförmliche Gedankenmasse genannt werden können, die, unaufhörlichen Mißverständnissen ausgesetzt, zu einer Menge unreifer Kritik Veranlassung geben wird“ (Clausewitz [1991]: 180–181).

Missverständnisse rühren bei Clausewitz aber nicht nur daher, dass sein Werk unvollendet und mitunter widersprüchlich ist, sondern auch daher, dass *Vom Kriege* immer wieder als etwas gelesen wird, was es nicht ist, ja ganz explizit nicht sein *will*: ein Regelwerk des Krieges. Auch wenn die Nachfrage nach derartigen Regeln für das Kriegführen, insbesondere bei jenen, die eben dafür ausgebildet werden, durchaus nachvollziehbar ist, darf unter keinen Umständen außer Acht gelassen werden, dass es Clausewitz in *Vom Kriege* eben gerade nicht darum geht, ein „positives Lehrgebäude“ zu errichten oder Handlungsanweisungen zu formulieren (Clausewitz [1991]: 289–290).

- Worum es ihm geht, ist eine **philosophische Reflexion** über die Natur des Krieges.<sup>21</sup>

---

20 Zum Vergleich zwischen *Vom Kriege* und der *Geschichte des Peloponnesischen Krieges* vgl. auch Aron (1980: 37).

21 Aron (1980: 19); (Heuser 2005). Gerade bei Clausewitz ist es deshalb auch besonders problematisch, Einzelnes aus dem komplexen Gesamtzusammenhang zu reißen oder sein Werk als „Zitatenschatz“ zu missbrauchen. Zahlreiche Clausewitz-Interpreten haben (leider ohne großen Erfolg) auf diese Problematik aufmerksam gemacht. Vgl. stellvertretend für viele Hahlweg (1969: 82–83).

Es ist die Einsicht in ebendiese Natur, die Clausewitz schon früh von der Vorstellung Abstand nehmen lässt, ein so komplexes Phänomen wie der Krieg lasse sich in ein starres Regelwerk, eine abstrakte Theorie pressen. Bereits mit Mitte Zwanzig schreibt er:

„Da, wo bei der Abstraktion nichts zur Sache gehöriges verloren geht, wie in der Mathematik, erreicht sie ihren Zweck vollkommen. Aber wo sie unaufhörlich das Lebendige fallen lassen muß, um sich an das zu halten, was freilich am leichtesten zu abstrahieren ist, die tote Form, wird sie am Ende ein trockenes Gerippe von faden Wahrheiten und Gemeinplätzen, in eine Schulform gezwängt, und man muß wirklich verwundert sein, Menschen zu finden, die ihre Zeit mit solchen Entwicklungen verlieren, wenn man bedenkt, daß gerade das, was im Kriege und in der Strategie vorzüglich das wichtigste ist, nämlich die größten Besonderheiten, Eigentümlichkeiten und Lokalitäten, sich den Abstraktionen und wissenschaftlichen Systemen am ärgsten entziehen“ (Clausewitz [1941]: 82).

Ist eine **Theorie des Krieges** also unmöglich? Clausewitz hat sich ein Leben lang mit dieser Frage beschäftigt und mit seinem unvollendeten Werk den Versuch einer Antwort vorgelegt. Zentral ist dabei die Einsicht, dass sich physikalische und soziale Phänomene fundamental unterscheiden.

- Wenn eine Theorie des Krieges möglich sein soll, muss sie also eine andere Art Theorie sein als etwa eine Theorie der Physik.

Sie muss dem Umstand Rechnung tragen, dass sich soziale Phänomene immer wieder ähnlich, aber nie ganz gleich darstellen, dass der konkrete Kontext einer Situation, der Zufall, Emotionen, das Subjektive, das Unberechenbare oftmals eine entscheidende Rolle spielen<sup>22</sup>.

Clausewitz' Anspruch an eine Theorie des Krieges ist deshalb in gewisser Weise bescheiden. Er schreibt: „Die Theorie soll mit einem klaren Blick die Masse der Gegenstände beleuchten, damit der Verstand sich leichter in ihnen finde“ (Clausewitz [1991]: 949). Oder an anderer Stelle:

„Daß also nicht jeder von neuem aufzuräumen und sich durcharbeiten habe, sondern die Sache geordnet und gelichtet finde, dazu ist die Theorie vorhanden. Sie soll den Geist des künftigen Führers im Kriege erziehen oder vielmehr ihn bei seiner Selbsterziehung leiten, nicht aber ihn auf das Schlachtfeld begleiten; so wie ein weiser Erzieher

---

22 Lebow (2003: 169, 178–180, 183–184).

die Geistesentwicklung eines Jünglings lenkt und erleichtert, ohne ihn darum das ganze Leben hindurch am Gängelbände zu führen“ (Clausewitz [1991]: 290).

Wenn Clausewitz in *Vom Kriege* nach einem „Ausweg für die Möglichkeit einer Theorie“ (Clausewitz [1991]: 290) sucht, dann findet er ihn, indem er sich vor allem die Beschränktheit einer solchen Theorie bewusst macht, indem er sich statt an den Naturwissenschaften an der Kunst, der Architektur und der Medizin orientiert und indem er darauf abzielt, mit seiner Theorie keine Handlungsanweisungen zu formulieren, sondern die Urteilskraft zu schärfen (Lebow 2003: 184; Howard 2002: 35, vgl. auch 22–34).<sup>23</sup>

Den Vertretern der „alten Schule“, all jenen also, die sich nach wie vor an einem mechanistischen Regelwerk des Krieges und der Strategie abarbeiten, steht Clausewitz, wie nicht anders zu erwarten, außerordentlich kritisch, ja verächtlich gegenüber. Zu spüren bekommt dies unter anderem der damals einflussreiche Militärschriftsteller Dietrich Heinrich von Bülow, zu dessen 1805 erschienenen Buch *Lehrsätze des neuern Krieges oder reine und angewandte Strategie* (Bülow 1805) der zu diesem Zeitpunkt Fünfundzwanzigjährige einen Verriss verfasst. Clausewitz' *Bemerkungen über die reine und angewandte Strategie des Herrn von Bülow; oder Kritik der darin enthaltenen Ansichten* (Clausewitz [1979]) ist vor allem deshalb auch heute noch interessant, weil Clausewitz hier, in der Auseinandersetzung mit von Bülows Strategie- und Taktikbegriff, zu einem sehr frühen Zeitpunkt seine eigene für das spätere Werk zentrale Unterscheidung von **Strategie** und **Taktik** entfaltet (Aron 1980: 76–85; Paret 1976: 89).<sup>24</sup>

Für von Bülow unterscheiden sich Strategie und Taktik wie folgt: „Strategie ist [...] die Wissenschaft kriegereischer Bewegungen außerhalb der Gesichtswerte oder dem Kanonenschusse [eines Feindes]. Taktik sind alle Bewegungen innerhalb dieser Grenzen“ (Bülow 1805: 1). Clausewitz weist diese Definition entschieden zurück, weil sie ein Wahrnehmungs- bzw. Raumkriterium – die Gesichtswerte bzw. die Reichweite der Kanonen – zur Unterscheidung heranzieht. Für ihn aber muss der Gegensatz in der Natur des Gegenstandes begründet sein. Es geht ihm um ein abstraktes Unterscheidungskriterium, ein intellektuelles Prinzip, mithilfe dessen sich Taktik und Strategie definieren lassen (Clausewitz [1979]: 67–68; Aron 1980: 79, 151; Paret 1986: 190).

23 Als Theorie einer Praxis lässt sich Clausewitz' Theorie, will man einen modernen Begriff verwenden, auch als Praxeologie bezeichnen (Aron 1980: 80). Für eine systemtheoretische Interpretation von Clausewitz' Handlungstheorie vgl. auch Beckmann (2011).

24 Die für sein späteres Werk zentrale Definition von Strategie und Taktik findet sich bereits in der *Strategie von 1804* (Clausewitz [1941]). Für einen entwicklungsgeschichtlichen Nachvollzug der Entfaltung von Clausewitz' Strategiebegriff vgl. auch Schössler (1997).

Auch in diesem Zusammenhang spielt Clausewitz' spezifisches Theorieverständnis eine wichtige Rolle.

- An die Stelle des bei von Bülow zentralen Wissenschaftsbegriffs tritt bei Clausewitz die **Kunst**.

Er schreibt: „Der Gegenstand einer Kunst ist der Gebrauch der vorhandenen Mittel zum vorgesetzten Zweck“ (Clausewitz [1979]: 68) und führt damit die für sein gesamtes Werk zentralen Analysekategorien ein: das Mittel und den Zweck. Es sind diese beiden Kategorien, die Clausewitz heranzieht, um seinen Untersuchungsgegenstand systematisch zu zergliedern, um Taktik und Strategie zu unterscheiden und später auch das Verhältnis von Krieg und Politik zu bestimmen (Aron 1980: 80, 147; Lebow 2003: 182).

Wie aber lassen sich Taktik und Strategie anhand von **Mittel** und **Zweck** unterscheiden? Clausewitz schreibt dazu an einer der unzähligen Stellen, an denen er sich zum Verhältnis der beiden Begriffe äußert: „Es ist also nach unserer Einteilung die Taktik die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte *im* Gefecht, die Strategie die Lehre vom Gebrauch *der* Gefechte zum Zweck des Krieges“ (Clausewitz [1991]: 271, meine Hervorh.). Relativ mühelos lässt sich anhand dieses Satzes identifizieren, inwiefern sich Taktik und Strategie im Hinblick auf ihre Mittel unterscheiden:

- Die Streitkräfte sind das Mittel der Taktik, die Gefechte das Mittel der Strategie.

Dieser Unterschied hinsichtlich ihrer Mittel ist für Clausewitz der *wesentliche* Unterschied zwischen Taktik und Strategie (Aron 1980: 149).

Taktik und Strategie lassen sich für Clausewitz aber auch anhand ihrer Zwecke unterscheiden. Er schreibt: „In der Taktik sind die Mittel die ausgebildeten Streitkräfte, welche den Kampf führen sollen. Der Zweck ist der Sieg“ (Clausewitz [1991]: 292). Clausewitz beschränkt den Ausdruck Sieg damit auf den Bereich des Taktischen. Siege werden auf dem Schlachtfeld errungen. Erfolgreich geführte Gefechte sind *Mittel* aber nicht *Zweck* von Strategie (Aron 1980: 149, 159; Paret 1976: 372). Hieran wird deutlich, wie Clausewitz mithilfe der Mittel-Zweck-Relation die bereits eingangs erwähnte Hierarchisierung von übergeordneter Strategie und untergeordneter Taktik vornimmt (vgl. die Ausführungen zur Unterscheidung von Strategie und Taktik unter 2.2.1). Was aber ist der Zweck von Strategie? Clausewitz führt aus: „Die Strategie hat ursprünglich nur den Sieg, d. h. den taktischen Erfolg, als Mittel und, in letzter Instanz, die Gegenstände, welche unmittelbar zum Frieden führen sollen, als Zweck“ (Clausewitz [1991]: 293–294; vgl. Tabelle 1).

Wenn Clausewitz an dieser Stelle den **Frieden** als eigentlichen Zweck von Strategie und Kriegsführung ausmacht, dann ist das in seiner „Vorstellung vom Krieg

Tabelle 1 Unterscheidung von Taktik und Strategie bei Clausewitz

	Taktik	Strategie
Mittel	Streitkräfte	(siegreiche) Gefechte
Zweck	Sieg	Frieden

als eines durch die Hierarchie von Mitteln und Zwecken strukturierten Ganzen“ (Aron 1980: 150) nur der vorletzte Schritt. Frieden ist schließlich nicht gleich Frieden. Ein Frieden kann zustande kommen, nachdem ein Angriff auf das eigene Territorium zurückgeschlagen wurde. Er kann geschlossen werden, nachdem der Gegner durch einen eigenen Angriff vernichtet und sein Territorium vollständig besetzt wurde. Frieden kann aber auch das Ergebnis einer Strategie sein, die sich auf die glaubwürdige Androhung von Gewalt beschränkt und dadurch gänzlich ohne Blutvergießen auskommt.<sup>25</sup>

Im Zusammenhang mit der Frage, *was für ein Frieden* Ziel einer spezifischen Strategie ist, kommt nun die anfangs zitierte Formel „Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ wieder ins Spiel. Immer wieder ist dieser Satz so interpretiert worden, als wolle Clausewitz damit in erster Linie zum Ausdruck bringen, Krieg sei etwas *Selbstverständliches*, ein Instrument wie jedes andere auch. Tatsächlich geht es Clausewitz an dieser Stelle aber vor allem darum herauszustellen, dass Krieg „nichts *Selbstständiges*“ (Clausewitz [1991]: 990, meine Hervorh.) ist.

- Es geht ihm um die Unterordnung des Militärischen unter die Führung der Politik.

Im Sinne seiner Mittel-Zweck-Systematik ist der Krieg **ein Mittel der Politik**, dessen Zweck, Ziele und Intensität einzig und allein von der Politik festzulegen sind (Clausewitz [1991]: 990–998; Aron 1980: 159; Münkler 2003: 12–14; Heuser 2005: 39).

Clausewitz ist damit alles andere als ein Advokat des bedenkenlosen Einsatzes von Streitkräften. Er warnt vielmehr ausdrücklich vor einer Entwicklung, bei der der Krieg zum Selbstzweck verkommt: „Man fängt keinen Krieg an, oder man sollte vernünftigerweise keinen anfangen, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will“ (Clausewitz [1991]: 952). Was man mit und in einem Krieg erreichen will, ist allerdings eine *politische* und keine *militärische*

25 Vgl. hierzu auch die Ausführungen zu Abschreckung unter 2.2.3.1.

Frage (Clausewitz [1991]: 994). Das ist gemeint, wenn Clausewitz davon spricht, dass Krieg eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist.

## 2.2.3 Debatten

Was für Denkansätze zu strategischen Fragen gilt, gilt für Debatten allemal. Die Zahl an Beiträgen, die sich unter der losen Formel „Debatten zu strategischen Fragen“ versammeln ließen, ist schier unüberschaubar. Auch hier gilt es also, eine Auswahl zu treffen. Im Folgenden werden deshalb im bewussten Kontrast zu den klassischen Denkansätzen der vorangegangenen Ausführungen zwei in der Moderne zu verortende Debatten vorgestellt: die Debatte um **nukleare Abschreckungsstrategien** in der Folge des 2. Weltkriegs und – beispielgebend für etliche Debatten rund um das Thema *Grand Strategy* – die Debatte um **Kontinuität und Wandel deutscher Außenpolitik**.

### 2.2.3.1 Nukleare Abschreckung<sup>26</sup>

Bei jeder Abschreckungsstrategie geht es simpel gesprochen darum, ein Gegenüber von einem bestimmten Vorhaben abzuhalten, indem man ihm **Furcht** einflößt (Waltz 2003: 5). Dies geschieht in aller Regel durch eine irgend geartete Demonstration der Stärke. Auch wenn es ein solches Verhalten zwischen Menschen – und auch Tieren – wohl schon immer gegeben hat, entwickelt die Abschreckung im modernen Staatensystem eine ganz eigene Dynamik. Dies liegt zum einen am Fehlen einer der innerstaatlichen Sphäre vergleichbaren Regelungs- und Sanktionsinstanz (*self help system*), zum anderen an der Existenz von **Nuklearwaffen**. Zwar ist eine Abschreckungsstrategie zwischen Staaten grundsätzlich auch mit konventionellen Waffen möglich, die grundlegenden Mechanismen der Abschreckung kommen aber erst durch die Vernichtungskraft von Nuklearwaffen voll zum Tragen (Freedman 2004: 9–10; Jervis 1979: 290; Mearsheimer 1990: 30–31):

„Nuclear weapons purify deterrent strategies by removing elements of defense and war-fighting. Nuclear warheads eliminate the necessity of fighting and remove the possibi-

26 Dieses Unterkapitel gründet sich im Wesentlichen auf Ausführungen aus Frank Sauters (2008) „Die Rückkehr der Bombe“. Ich verwende Sie hier mit seiner freundlichen Genehmigung.

lity of defending, because only a small number of warheads need to reach their targets“ (Waltz 1990: 732).

Mit dem Aufkommen der **nuklearen Abschreckung** nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verlagerte sich dementsprechend der Schwerpunkt strategischer Überlegungen. Strategische Konzepte beschäftigten sich jetzt nicht mehr in erster Linie mit der Frage, wie ein Krieg am besten zu führen sei, sondern immer stärker mit der **Kunst, einen Krieg nicht zu führen**, also der Kriegsvermeidung (Brodie 1946: 76).<sup>27</sup>

Den Vordenkern der nuklearen Abschreckung drängte sich das Konzept schon deshalb auf, weil es den USA und ihren Verbündeten eine effiziente und sofort umsetzbare Möglichkeit zu bieten schien, um die Sowjetunion in Europa in Schach zu halten (McNamara 1983: 62–63; Freedman 2004: 38–40; Bundy 1988: 248). Insofern lieferte die Abschreckungsstrategie die vermeintlich passenden Antworten auf die drängendsten sicherheitspolitischen Fragen – vor allem jene, wie ein Krieg zwischen den beiden Supermächten zukünftig vermieden werden könne.

- Abschreckung war das dem Zeitgeist entsprechende **sicherheitspolitische „Allheilmittel“**.<sup>28</sup>

Befördert wurde die Dominanz des Abschreckungskonzeptes allerdings nicht allein durch die historischen Umstände im Kalten Krieg und die Implementierung der Abschreckungsstrategie, sondern ganz wesentlich auch durch die akademische Beschäftigung mit dem Konzept in den USA und seinem Ausbau zur **Abschreckungstheorie**.<sup>29</sup> Initiator der so genannten **ersten Welle** auf dem Weg zur Abschreckungstheorie war der Politikwissenschaftler Bernard Brodie. In Abwesenheit einer übergeordneten Regelungsinstanz und angesichts zweier nuklear bewaffneter Kontrahenten, identifizierte Brodie die Sicherstellung von Kapazitäten zur **Vergeltung von nuklearen Angriffen mit gleichen Mitteln** als ersten und lebenswichtigen Schritt. Nur mittels dieser Kapazitäten und der Drohung mit einem

27 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen zu Sunzi unter 2.2.2.1.

28 Bundy (1988: 289–290), Freedman (2004: 11).

29 „Abschreckungstheorie“ wird hier verstanden als die akademische Beschäftigung mit dem Konzept der Abschreckung als einer Form von Nötigungen und Drohungen zwischen Akteuren in der internationalen Politik, die zum Nichthandeln (*deterrence*) oder Handeln (*compellence*) aus Furcht vor Konsequenzen zwingen sollen. Es sei an dieser Stelle jedoch angemerkt, dass die akademischen Schriften zur Abschreckung die strikten Kriterien für eine „Theorie“ nicht erfüllen, der Terminus „Theorie“ aber in dieser Literatur allgemein üblich und daher auch hier beibehalten worden ist, vgl. dazu Bundy (1988: 289; Anm. 1, 292) und Aron (1964: 26–27).

vernichtenden nuklearen „Zweitschlag“ kann nach dieser Logik ein potenzieller Aggressor vom „Erstschlag“, dem überfallartigen Angriff mit Nuklearwaffen, abgeschreckt werden. Mit diesem muss der Aggressor mindestens ebenso hart zurückgeschlagen werden können – auf dass er gar nicht erst in die Versuchung eines Erstschlags gerät. „If such arrangements are made, the bomb cannot but prove in the net a powerful inhibition to aggression“ (Brodie 1946: 75).

Mit der stetig steigenden Zahl von Atombomben in den 1950er Jahren, vor allem aber mit der Erfindung der Wasserstoffbombe, hob die **zweite Welle** in der Literatur an, in der Brodies Vorarbeit nun systematischer ausgeführt wurde (Freedman 2004: 11; Aron 1964: 44). Die zentrale Frage für die Autoren war dabei, wie ein Zweitschlag effektiv angedroht werden konnte. Den Theoretikern war klar, dass die Drohung mit dem Zweitschlag nur dann effektiv sein konnte, wenn sie absolut glaubwürdig war. Ohne absolut **glaubwürdige Drohung mit Vergeltung** konnte Abschreckung nicht funktionieren – was im Sinne der Abschreckungslogik einer Einladung des Gegners zum Angriff gleichkam. Es musste also ein Weg gefunden werden, die Glaubwürdigkeit der Drohung sicherzustellen, damit Abschreckung sowohl in der Theorie als auch in der Praxis funktionieren konnte.

Der Großteil der Literatur aus der zweiten Welle zur Abschreckungstheorie verfolgte die Lösung des „Glaubwürdigkeitsproblems“ mittels möglichst eleganter spieltheoretischer Modelle.<sup>30</sup> In den Mittelpunkt rückte damit die **Annahme rational handelnder Akteure**. Der ursprüngliche, basale Gedanke des „Furcht-Einflößens“ wurde in diesem Zug also ersetzt durch ausgeklügelte, formalisierte Überlegungen in Modellform, mittels derer Entscheidungssituationen und die Beeinflussung von Verhalten systematisch durchdacht werden sollte. In den abschreckungstheoretischen Modellen ging es dementsprechend darum, die „Kosten-Nutzen-Abwägungen“ des Gegenübers – mit bisweilen mathematischer Exaktheit (etwa Fink 1965) – zu kalkulieren und zu eigenen Gunsten zu manipulieren. Entscheidend war dabei, Entschlossenheit zu demonstrieren, um damit die Erwartungen des Gegenübers im Hinblick auf die eigenen Handlungen zu beeinflussen – sei es, indem man ihm das unkontrollierbare Risiko der totalen Vernichtung oder die stufenweise, stoische Eskalation von Gewalt in Aussicht stellte.<sup>31</sup>

30 Zur Definition von Spieltheorie heißt es bei Calvert (2011: 947): „Game theory is the study of rational behavior in situations of interactive decision making – that is, situations in which two or more individuals make decisions that jointly determine an outcome about which the participants have differing preferences or information. As a theory, it aims to articulate the criteria and implications of such decision making, defining principles of idealized strategic choice“.

31 Mit der Ablösung von „massive retaliation“ durch „flexible response“ fanden solche, aus konkurrierenden Modellen der Abschreckungstheorie stammenden, Überlegungen zu Be-



In der **dritten Welle** der Abschreckungstheorie wurde zwar weiterhin versucht, die Arbeiten der zweiten Welle fortzuführen und zu verfeinern (stellvertretend Achen/Snidal 1989), immer mehr Forscherinnen und Forscher widmeten sich aber auch den **Widersprüchlichkeiten** der bis dato existierenden Modelle und hinterfragten sie kritisch (Aron 1964: 22–23). Dabei wurden erstmals auch umfassendere empirische Studien durchgeführt, um zu überprüfen, ob staatliche Entscheidungsträger sich überhaupt so verhielten, wie es nach den Modellen zu erwarten gewesen wäre (George/Smoke 1989; Jervis 1989).

- Tatsächlich zeigte sich, dass modellhafte Kosten-Nutzen-Abwägungen und Wahrscheinlichkeitskalküle die Realität nicht adäquat abbildeten.

Mit den Rationalitätsannahmen der zweiten Welle ging das Verhalten echter Entscheidungsträger offenbar kaum zusammen. So gut wie nie wählten diese in einer Krise absichtlich und in kalkulierter Weise Handlungsoptionen, mit denen Eskalationsrisiken absichtlich in die Höhe getrieben und somit übermäßiger Druck auf ihr Gegenüber ausgeübt worden wäre (Bundy 1988: 303, 310–311). Richard Ned Lebow und Janice Gross Stein formulierten plakativ: „Rational deterrence theory may be elegant but irrelevant“ (Lebow/Stein 1989: 218).

Die Ergebnisse der empirischen Studien schürten erhebliche Zweifel an der Eignung der Abschreckungstheorie als Richtschnur für die politische Praxis (Jervis 1979: 208, 213); vernachlässigte diese doch nicht nur die Nuancen des politischen Geschäfts. Auch ganz entscheidende Aspekte, wie etwa der Einfluss dritter Akteure, Belohnungen aufgrund bewältigter Krisen oder auch die Möglichkeit eines Kompromisses blieben in den abstrakten Modellen völlig außen vor. Die dritte Welle kritisierte, dass die Abschreckungstheorie damit Gefahr lief, die eigenen Grundannahmen durch die enge Rückkopplung mit der strategisch-politischen Ebene *ad infinitum* zu reproduzieren.

Um das Missverhältnis zwischen den Erwartungen, die die Theorie bis dato nahegelegt hatte, und dem tatsächlich beobachtbaren Verhalten politischer Entscheidungsträger besser zu verstehen und die Abschreckungstheorie in diesem Zuge auch „praxisrelevanter“ zu machen, wurde im Rahmen des kritischen Hinterfragens rationalistischer Akteursmodelle unter anderem die **kognitive Psychologie** befragt (Krell 2009: 385–423). Auf diese Weise ließen sich die Ergebnisse der Fallstudien systematisieren und für die Weiterentwicklung der Abschreckungstheorie fruchtbar machen.

---

ginn der 1960er Jahr auch ihren Niederschlag in den außenpolitischen Strategien der Vereinigten Staaten und der NATO.

### Erkenntnisse der dritten Welle<sup>32</sup>

- (1) Aufgrund der Komplexität der Welt verlassen sich Entscheidungsträger auf bereits bestätigtes Wissen und neigen dazu, neue Informationen in bestehende Überzeugungssysteme einzuordnen.
- (2) Geschichte ist entscheidend. Der Zweite Weltkrieg und die Erfahrungen mit Nazi-Deutschland waren für die Entwicklung der Abschreckungstheorie und die Wahl der Abschreckungsstrategie wichtige Einflussgrößen.
- (3) Die Rollen von Verwirrung, Engstirnigkeit und eigenem Selbstverständnis auf Seiten des Gegenübers werden regelmäßig unterschätzt.
- (4) Entscheidungsträger denken stets wohlmeinend über das eigene Land, an dessen „Innenseite der Außenpolitik“ (also die Ministerialbürokratie oder auch das Militär) sie zudem in ihren Entscheidungen und Handlungen gekoppelt sind.
- (5) Entscheidungsträger neigen dazu, die Erfolgsaussichten ihrer Politik zu überschätzen, obgleich die Implementierung konkreter Politiken nicht selten von ihren Anordnungen und Erwartungen abweicht.

Für die Abschreckungstheorie ergaben sich aus den Erkenntnissen der dritten Welle zahlreiche Implikationen. Deren Kern aber machte die stete Gefahr der „**Fehlwahrnehmung und Fehlkalkulation**“ aus (Jervis 1979: 215–216; Mearsheimer 1990: 381–386). Die Autorinnen und Autoren der dritten Welle pochten daher darauf, dass eine bessere Abschreckungstheorie, die – möglicherweise auf Kosten von „Eleganz“ – auch wieder mehr „Relevanz“ für die Praxis beanspruchen wollte, dieser Erkenntnis würde Rechnung tragen müssen.

Das **zentrale Paradox** der nuklearen Abschreckung konnte derweil keine der drei Theorie-Wellen auflösen. Schon 1946 hatte Frederick Dunn (1946: 17) nämlich erkannt:

„Thus we come to the final paradox that [...] the strongest present ally in the effort to get rid of war is the capacity to resort to atomic warfare at a moment's notice.“

Mit anderen Worten: Der Theorie entsprechend in die Praxis umgesetzt zwingt die nukleare Abschreckung mit ihren zur glaubwürdigen Zweitschlagsdrohung im permanenten Alarmzustand gehaltenen Waffenarsenalen paradoxerweise dazu, eben jene Situation zu *befördern*, die man eigentlich unter allen Umständen zu *verhindern* sucht – die totale nukleare Vernichtung nämlich.

32 Waltz (1990: 195–199), Jervis (1985).

- Der prekäre „nukleare Frieden“ hat unterdessen Bestand.

Wenngleich die Risiken, gegen welche die Abschreckung Schutz verspricht, also zugleich von dieser perpetuiert werden, vertrauen viele Praktiker auch weiterhin auf eine nukleare Abschreckungsstrategie. Ob diese Strategie den Nichtgebrauch von Nuklearwaffen auch in Zukunft verhindern kann, ist allerdings ungewiss. Trotz jahrzehntelanger Erfahrung in Theorie und Praxis, bleiben auch heute noch viele Fragen offen – insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von Theorie und Praxis. Dementsprechend mahnt auch Colin Gray (1999b: 12): „The elegance and sophistication of the theory of [...] nuclear deterrence [...] stand in sharp contrast with the difficulties that can impede the successful practice of deterrence“.

### 2.2.3.2 *Grand Strategy*

Seit inzwischen mehr als einem Jahrzehnt erlebt das Nachdenken und Debattieren über *Grand Strategy* seine jüngste Renaissance. Die Frage nach der US-amerikanischen *Grand Strategy* für das 21. Jahrhundert ist dabei nur ein, wenn auch sehr prominenter Gesichtspunkt, unter dem über das Thema diskutiert wird (Layne 1998: 8).<sup>33</sup> Was ist überhaupt eine *Grand Strategy*? Hat Staat XY eine *Grand Strategy* und wenn ja, was für eine? Beziehungsweise: Braucht Staat XY eine *Grand Strategy* und wenn ja, was für eine? Es sind solche Fragen, um die sich die unzähligen Debattenbeiträge zum Thema *Grand Strategy* ranken und die in den folgenden Ausführungen eine Rolle spielen werden. Dabei wird es zunächst darum gehen, sich dem Thema auf einer allgemeinen, eher abstrakten Ebene zu nähern und die seit vielen Jahrzehnten andauernde Debatte um die Frage, was *Grand Strategy* überhaupt ist, zu beleuchten. Anschließend soll das Thema *Grand Strategy* am konkreten Beispiel der Debatte um die deutsche Außenpolitik nach 1990 veranschaulicht werden.

Auf den ersten Blick scheint die Frage, was *Grand Strategy* – im Deutschen am ehesten „Gesamt-“ oder „Leitstrategie“ – überhaupt ist, nicht sonderlich kontrovers.

- *Grand Strategy* „is the art of reconciling ends and means“.

---

33 Zum Einstieg in die Debatte um eine US-amerikanische *Grand Strategy* für das 21. Jahrhundert vgl. Posen/Ross (1996), Mead (2005), Flournoy/Brimley (2008), Art (2009), Fontaine/Lord (2012).

So definiert beispielsweise Peter Feaver (2009) den Begriff und liefert damit eine Definition, unter die sich die allermeisten *Grand Strategy*-Definitionen subsumieren ließen. Sobald es allerdings konkret wird, sobald es darum geht, besagte *ends* und *means*, also **Zwecke** und **Mittel** von *Grand Strategy*, genauer zu bestimmen, gehen die Vorstellungen einzelner Autoren weit auseinander. Dabei wird das Spektrum unterschiedlicher Auslegungen auf der einen Seite durch eine Perspektive begrenzt, die **Sicherheit** als höchsten Zweck staatlichen Strebens und das **Militär** als ultimatives Mittel zur Verwirklichung dieses Zwecks begreift (vgl. Abbildung 1).

Nahezu idealtypisch wird dieses Ende des Spektrums von John Mearsheimer verkörpert. An einer der wenigen Stellen, an denen er sich explizit zu *Grand Strategy* äußert, heißt es:

- **Grand Strategy** „encompasses two important questions. First, what are the principal military threats from abroad and how should they be ordered? [...] Second, what kinds of military forces should a state develop to support those commitments?“<sup>34</sup>

Die Auslegung dessen, was *Grand Strategy* ausmacht, wird sukzessive breiter, wenn man sich der Mitte des Spektrums zuwendet. Dort lassen sich Autoren wie Basil Liddell Hart verorten, die betonen, dass sich die im Rahmen einer *Grand Strategy* eingesetzten Mittel nicht auf den Einsatz des Militärs beschränken müssen. Schon Anfang der 1950er Jahre schreibt Liddell Hart:

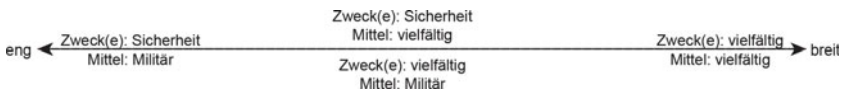
- „The role of **grand strategy** – higher strategy – is to co-ordinate and direct *all the resources* of a nation, or band of nations, towards the attainment of the political object of the war. [...] Fighting power is but one of the instruments of grand strategy – which should take into account of and apply the power of financial pressure, of diplomatic pressure, of commercial pressure, and, not least of ethical pressure, to weaken the opponent's will.“<sup>35</sup>

Ebenfalls in der Mitte des Spektrums ist Robert J. Art anzusiedeln, auch wenn er das Argument von der Vielfalt der Mittel einer *Grand Strategy* gewissermaßen auf den Kopf stellt. Er schreibt:

- **Grand Strategy** „refers to the ways that a state [...] employs its military power to support its national interests. Grand Strategy differs from foreign policy. The

<sup>34</sup> Mearsheimer (1988: 17, Hervorh. dort); vgl. auch Mearsheimer (2001: 4, 31, 55–56).

<sup>35</sup> Liddell Hart ([1967]: 322, m. Hervorh.).

**Abbildung 1** Spektrum unterschiedlicher Perspektiven auf Grand Strategy

latter posits the national interests a state should pursue and then figures out the best way to integrate all the instruments of state power – economic, political, military, diplomatic, and so on – to attain and protect those interests. Grand strategy has a narrower focus: it concentrates on how the military instrument can best be used to support foreign policy goals. Foreign policy deals with all the goals and all the instruments of statecraft; grand strategy deals with *all the goals but only one instrument*.<sup>36</sup>

Während also einige Autoren die enge Definition von *Grand Strategy* vor allem im Hinblick auf die zum Einsatz kommenden Mittel erweitern, betonen andere die Vielfalt der Zwecke, halten aber an einer engen Auslegung im Hinblick auf die Mittel fest (vgl. Abb. 1).

Bleibe noch das der engen Definition von *Grand Strategy* entgegengesetzte Ende des Spektrums. Dieses Ende wird von Autoren markiert, die eine sowohl im Hinblick auf die Mittel als auch im Hinblick auf die Zwecke von *Grand Strategy* außerordentlich **breite Auslegung** vertreten. Einer dieser Autoren ist John Lewis Gaddis, der in einem Text mit dem passenden Titel „What Is Grand Strategy?“ schreibt:

- **Grand Strategy** „is the calculated relationship of means to large ends. It’s about how one uses whatever one has to get to wherever it is one wants to go.“<sup>37</sup>

Aus einer solchen Perspektive geht es für Staaten bei der Konzeption einer *Grand Strategy* sowohl darum, sich über die eigenen Ziele klar zu werden (*wherever one wants to go*), als auch sich zu fragen, welche Mittel zur Verfolgung dieser Ziele zur Verfügung stehen (*whatever one has*) bzw. gerade im Hinblick auf den Einsatz von Streitkräften: Welche der ihm zur Verfügung stehenden Mittel er unter welchen Bedingungen einzusetzen bereit ist (*how one uses what he has*). Insofern betont eine solche Perspektive vor allem die **Vielfalt politischer Entscheidungsmöglichkeiten** (Doyle 1993: 47). In diesem Sinne schreibt auch Edward N. Luttwak:

36 Art (2009: 1, m. Hervorh.).

37 Gaddis (2009: 7).

„At the level of grand strategy, some governments above all seek power over other states or actual territorial expansion; other governments desire only to keep what external power and influence they have, while dedicating their greater efforts to domestic purposes, including the increase of prosperity; some are active on the world scene primarily to claim economic aid in various forms and can measure their achievement with rare precision; others see a fullness of success if they are simply left alone, and still others seek external support precisely to be left alone by states they fear“ (Luttwak 1987: 182).

Eine solche, breite Auslegung von *Grand Strategy* umfasst häufig auch eine **normative Dimension**. In diesem Sinne schreibt etwa Stephen Krasner:

- „Eine **Grand Strategy** entwirft ein Bild, wie die Welt ist, entwickelt eine Vorstellung, wie sie sein sollte und benennt Richtlinien, wie diese Vorstellung umgesetzt werden könnte. Grand Strategies dienen dazu, das internationale Umfeld zu gestalten, um mit ihrer Hilfe die Architektur einer internationalen Ordnung zu prägen, auf die außenpolitischen Entscheidungen anderer Staaten einzuwirken und den Systemcharakter anderer Staaten zu beeinflussen oder sogar zu bestimmen.“<sup>38</sup>

„Milieu-oriented“ *Grand Strategies* nennt John Ikenberry (2007: 2) diese Art von *Grand Strategies*. Staaten, die eine solche *Grand Strategy* verfolgen, geben sich nicht mit der Gewährleistung der eigenen Sicherheit durch Streitkräfte zufrieden, sondern wollen die Welt und die eigene Rolle darin aktiv und ganz bewusst auch mit einem normativen Impetus gestalten.

Wie ist die Welt bzw. das internationale Staatensystem beschaffen? Wie lassen sich die internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert gestalten? Und vor allem: welche Rolle kann und soll Deutschland dabei spielen? Es sind solche Fragen, die auch in der Debatte um die **deutsche Außenpolitik nach 1990** – die vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen nicht zuletzt eine Debatte um *Grand Strategy* (im weiten Sinne) ist<sup>39</sup> – im Mittelpunkt stehen.

Nachdem 1990 der Eiserne Vorhang gefallen und Deutschland wiedervereintigt ist, stellt sich unter anderem die Frage nach der zukünftigen Ausrichtung deutscher Außenpolitik. Um diese Frage entspinnt sich schon bald eine Debatte, die

---

<sup>38</sup> Krasner (2010: 10).

<sup>39</sup> Dass der Begriff *Grand Strategy* in der Debatte um die deutsche Außenpolitik nach 1990 so gut wie nie gebraucht wird, sagt für sich schon viel über die Besonderheiten deutscher Außenpolitik aus. Ausnahmen bestätigen aber auch hier die Regel: Krause (2005), Roos (2012: 7), Stelzenmüller (2010).

zunächst auf der Grundlage vornehmlich theoretisch begründeter **Prognosen** geführt wird. Während eine Reihe von Autoren prognostiziert, Deutschland werde sich auch nach der Wiedervereinigung an den außenpolitischen Traditionen der „Bonner Republik“ – Zurückhaltung, Multilateralismus, Integration – orientieren (stellvertretend Katzenstein 1991: 78–79; von Bredow/Jäger 1991: 37), sagen andere einen grundlegenden Wandel in der deutschen Außenpolitik und die Rückkehr zu einer am nationalen Interesse orientierten klassischen Großmachtpolitik voraus (stellvertretend Waltz 1993: 64–67; Schwarz 1994: 92–93; vgl. auch Roos 2010: 9–10, 13–15; Hellmann 2000: 16–18, 24–32).

Indem die „neue“ deutsche Außenpolitik im Laufe der 1990er Jahre an Kontur gewinnt, entwickelt sich die Debatte jedoch mehr und mehr zu einer Auseinandersetzung um die treffende **Beschreibung des Ist-Zustands**. Dabei scheint die außenpolitische Praxis den Anhängern der Kontinuitätsthese zunächst die besseren Argumente zu liefern (Roos 2010: 15–16). Einflussreich ist in diesem Zusammenhang vor allem das **Zivilmachtkonzept** von Hanns Werner Maull, das sich stark vereinfacht auf die beiden Formeln „never again“ und „never alone“ bringen lässt. Maull führt aus:

„Never again“: Gemeint ist damit die dauerhafte Abkehr von deutschen „Sonderwegen“, von autoritären und totalitären Versuchungen in der Politik und den Gräueln, die sie hervorbrachte, sowie von der macht- und expansionsorientierten Außenpolitik nicht nur des nationalsozialistischen, sondern auch des wilhelminischen Deutschlands. Daraus folgt außenpolitisch die Integration in westliche Bündnisstrukturen, die Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik an den Zielen der Friedenswahrung, Friedensmehrung und des gewaltfreien Konfliktaustrags sowie das Engagement für Demokratie und Menschenrechte weltweit. „Never again“ impliziert schließlich vor dem Hintergrund der deutschen Erfahrungen mit militärischer Machtpolitik zwar keinen grundsätzlichen Pazifismus, aber doch eine profunde Skepsis gegenüber militärischen Machtmitteln (Maull 2004: 20; vgl. auch Maull 1992).

Um die Jahrtausendwende ist Maulls Zivilmachtkonzept auf dem besten Weg, sich als dominante Beschreibung deutscher Außenpolitik nach 1990 durchzusetzen. Das ändert sich allerdings mit dem deutschen Nein zur Beteiligung am Irakkrieg 2003 (Roos 2010: 16–17; Maull 2006: 3–4). Gunther Hellmann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die einseitige Festlegung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, Deutschland werde sich unter keinen Umständen an UN-Zwangsmaßnahmen gegen Saddam Hussein beteiligen, und der damit verbundene Bruch in den transatlantischen Beziehungen vor allem als Indiz für einen grundlegenden **Wandel deutscher Außenpolitik** gewertet werden kann (Hellmann 2004: 82–83).

- Es ist damit paradoxerweise die *Nicht*-Beteiligung Deutschlands an einer bewaffneten Intervention – und nicht etwa die lange Zeit undenkbbare Entsendung deutscher Truppen in Kampfeinsätze – die der Diagnose eines grundlegenden Wandels deutscher Außenpolitik neuen Auftrieb verleiht.

Ganz im Sinne der oben erläuterten Dimensionen von *Grand Strategy* spielt auch in der Debatte um die deutsche Außenpolitik nicht nur die Frage nach dem Sein (Hat Deutschland eine *Grand Strategy* und wenn ja, was für eine?), sondern auch die Frage nach dem Sollen (Braucht Deutschland eine *Grand Strategy* und wenn ja, was für eine?) eine wichtige Rolle. In dieser, normativen Hinsicht wird ein vermeintlicher Wandel deutscher Außenpolitik von den einen als „Normalisierung“ begrüßt (stellvertretend Bahr 1999) von den anderen als „machtpolitische Resozialisierung“ (stellvertretend Hellmann 2004) kritisiert. Gleiches gilt für Kontinuität: Was dem Einen das Festhalten an bewährten Traditionen (stellvertretend Rode 1992: 222–227), ist dem anderen Stillstand und naiver Idealismus unter Verkenning des dramatischen Wandels der weltpolitischen Rahmenbedingungen (stellvertretend Link 2004).

Vor diesem Hintergrund ist nicht damit zu rechnen, dass die Debatte um die Ausrichtung deutscher Außenpolitik, ihre *Grand Strategy*, ein baldiges Ende finden wird. Im Gegenteil, kritische Entscheidungen wie die deutsche Enthaltung bei der Abstimmung zur Libyen-Resolution des UN-Sicherheitsrates (Resolution 1973) bieten immer wieder Anlass, um die Auseinandersetzung mit neuen Argumenten fortzuführen (vgl. auch Hellmann 2011; Maull 2011; Roos 2012). Einige Autoren ziehen deshalb auch grundsätzlich in Zweifel, ob sich das Ideal einer *Grand Strategy*, einer kohärenten, alles umfassenden außenpolitischen Strategie, unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts überhaupt je wird verwirklichen lassen (Mead 2005: 14–18; Sinnreich 2011: 254–256). Möglicherweise ist es aber gerade in Demokratien weniger das Erreichen des Ziels, als vielmehr der Weg, der eine Debatte über *Grand Strategy* lohnenswert macht.

### Fragen zum Kenntnisstand

- (1) Was ist Strategie?
- (2) Worin unterscheiden sich Strategie und Taktik?
- (3) Was haben die Denkansätze von Sunzi, Thukydides und Clausewitz gemeinsam und worin unterscheiden sie sich?



### Fragen zum selbständigen Weiterdenken

- (1) Inwieweit sind die Denkansätze von Sunzi, Thukydides und Clausewitz auch heute noch aktuell?
- (2) Kann die nukleare Abschreckung Krieg zwischen Großmächten auf Dauer verhindern?
- (3) Braucht Deutschland eine *Grand Strategy* und wenn ja, was für eine?

### Empfohlene Literatur

Wer sich mit der Geschichte des strategischen Denkens vertraut machen möchte, ist gut beraten, zuallererst die im Rahmen dieses Kapitels vorgestellten Klassiker zu lesen – und zwar am besten in folgenden Ausgaben:

- *Sunzi* [2009]: Die Kunst des Krieges. Aus dem Chinesischen übertragen und mit einem Nachwort versehen von Volker Klöpsch, Frankfurt am Main.
- *Thukydides* [1993]: Geschichte des Peloponnesischen Krieges, griechisch-deutsch, übersetzt von Georg Peter Landmann, München.
- *Clausewitz, Carl von* [1991]: Vom Kriege. Vollständige Ausgabe im Urtext, drei Teile in einem Band, Bonn.

In der Debatte um nukleare Abschreckung führt kein Weg an folgendem, bereits 1946 erschienenen Sammelband vorbei:

- *Brodie, Bernard* (Hrsg.) 1946: *The Absolute Weapon: Atomic Power and World Order*, New York, NY.

Und nicht zuletzt zum Thema *Grand Strategy* lohnt sich vor allem die Lektüre eines modernen Klassikers:

- *Liddell Hart, Basil H.* [1967]: *Strategy*, New York, NY.

## Literatur

- Achen, Christopher H./Snidal, Duncan* 1989: Rational Deterrence Theory and Comparative Case Studies, in: *World Politics* 41: 2, 143–169.
- Ames, Roger T.* 1993: Preface to the Ballantine Edition, in: Ames, Roger T. (Übs.): *Sun-tzu: The Art of Warfare*, New York, NY, 9–65.
- Aron, Raymond* 1964: Einführung in die Atomstrategie. Die atlantische Kontroverse, Köln.
- Aron, Raymond* 1980: Clausewitz. Den Krieg denken, Frankfurt am Main.
- Art, Robert J.* 2009: *America's Grand Strategy and World Politics*, New York, NY.
- Bahr, Egon* 1999: Die „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik, in: *Internationale Politik* 54: 1, 41–52.

- Beckmann, Rasmus* 2011: Clausewitz trifft Luhmann. Eine systemtheoretische Interpretation von Clausewitz' Handlungstheorie, Wiesbaden.
- Boorman, Scott A.* 1972: Deception in Chinese Strategy, in: Whitson, William W. (Hrsg.): The Military and Political Power in China in the 1970s, New York, NY, 313–337.
- Boucher, David* 1998: Political Theories of International Relations: From Thucydides to the Present, New York, NY.
- Brodie, Bernard* 1946: Implications for Military Policy, in: Brodie, Bernard (Hrsg.): The Absolute Weapon: Atomic Power and World Order, New York, NY, 70–107.
- Brodie, Bernard* 1989: The Continuing Relevance of On War, in: Howard, Michael/Paret, Peter (Hrsg.): Carl von Clausewitz: On War, Princeton, NJ, 45–58.
- Bülow, Adam Heinrich Dietrich von* 1805: Lehrsätze des neuern Krieges oder reine und angewandte Strategie aus dem Geist des neuern Kriegssystems, hergeleitet von dem Verfasser des Geistes des neuern Kriegssystems und des Feldzuges von 1800, Berlin.
- Bundy, McGeorge* 1988: Danger and Survival: Choices about the Bomb in the First Fifty Years, New York, NY.
- Calvert, Randall* 2011: Game Theory, in: Badie, Bertrand/Berg-Schlosser, Dirk/Morlino, Leonardo (Hrsg.): International Encyclopedia of Political Science, Thousand Oaks, CA, 947–962.
- Clausewitz, Carl von* [1941]: Strategie aus dem Jahr 1804 mit Zusätzen von 1808 und 1809, hrsg. von Eberhardt Kessel, Hamburg.
- Clausewitz, Carl von* [1979]: Bemerkungen über die reine und angewandte Strategie des Herrn von Bülow oder Kritik der darin enthaltenen Ansichten. 1805, hrsg. von Hahlweg, Werner, Osnabrück.
- Clausewitz, Carl von* [1991]: Vom Kriege. Vollständige Ausgabe im Urtext, drei Teile in einem Band, Bonn.
- Connor, Robert W.* 1984: Thucydides, Princeton, NJ.
- Deutsches Wörterbuch* 1957: Zehnter Band dritte Abteilung (STOB – STROLLEN), hrsg. von Jacob und Wilhelm Grimm, Leipzig.
- Doyle, Michael W.* 1993: Politics and Grand Strategy, in: Rosencrance, Richard/Stein, Arthur A. (Hrsg.): The Domestic Bases of Grand Strategy, Ithaca, NY, 22–47.
- Doyle, Michael W.* 1997: Ways of War and Peace: Realism, Liberalism, and Socialism, New York, NY.
- Dunn, Frederick S.* 1946: The Common Problem, in: Brodie, Bernard (Hrsg.): The Absolute Weapon: Atomic Power and World Order, New York, NY, 3–20.
- Enskat, Sebastian* 2005: How IR Theorists Should Go On Reading Thucydides. Die Geschichte des Peloponnesischen Krieges als Prüfstein für die Theorie der Internationalen Beziehungen (Magisterarbeit), Frankfurt a. M., unv. Ms.
- Fairbank, John K.* 1974: Introduction: Varieties of the Chinese Military Experience, in: Kierman, Frank A. Jr./Fairbank, John K. (Hrsg.): Chinese Ways in Warfare, Cambridge, MA, 1–26.
- Feaver, Peter* 2009: What Is Grand Strategy and Why Do We Need It?, in: [http://shadow.foreignpolicy.com/posts/2009/04/08/what\\_is\\_grand\\_strategy\\_and\\_why\\_do\\_we\\_need\\_it](http://shadow.foreignpolicy.com/posts/2009/04/08/what_is_grand_strategy_and_why_do_we_need_it); 8.8.2012.
- Fink, Clinton F.* 1965: More Calculations about Deterrence, in: The Journal of Conflict Resolution 9: 1, 54–65.

- Flournoy, Michèle A./Brimley, Shawn (Hrsg.) 2008: *Finding Our Way: Debating American Grand Strategy*, Washington, DC.
- Fontaine, Richard/Lord, Kristin M. (Hrsg.) 2012: *America's Path: Grand Strategy for the Next Administration*, Washington, DC.
- Forde, Steven 2000: Power and Morality in Thucydides, in: Gustafson, Lowell S. (Hrsg.): *Thucydides' Theory of International Relations: A Lasting Possession*, Baton Rouge, LA, 151–173.
- Freedman, Lawrence 2004: *Deterrence*, Cambridge.
- Gaddis, John Lewis 2009: What Is Grand Strategy? (keynote address for a conference on „American Grand Strategy after War“, Duke University, 26. 2. 2009), in: <http://www.ndu.edu/capstone/docUploaded/What%20is%20Grand%20Strategy.pdf>; 12. 7. 2012.
- George, Alexander L./Smoke, Richard 1989: Deterrence and Foreign Policy, in: *World Politics* 41: 2, 170–182.
- Gilpin, Robert G. 1988: The Theory of Hegemonic War, in: *Journal of Interdisciplinary History* 28: 4, 591–613.
- Gray, Colin S. 1999a: *Modern Strategy*, New York, NY.
- Gray, Colin S. 1999b: *The Second Nuclear Age*, Boulder, CO.
- Gray, Colin S. 2007: *Fighting Talk: Forty Maxims on War, Peace, and Strategy*, Westport, CT.
- Gray, Colin S. 2010: *The Strategy Bridge: Theory for Practice*, New York, NY.
- Griffith, Samuel B. 1971: Introduction, in: Griffith, Samuel B. (Übs.): *Sun Tzu: The Art of War*, Oxford, 1–56.
- Gustafson, Lowell S. 2000: Thucydides and Pluralism, in: Gustafson, Lowell S. (Hrsg.): *Thucydides' Theory of International Relations: A Lasting Possession*, Baton Rouge, LA, 174–194.
- Hahlweg, Werner 1969: *Carl von Clausewitz. Soldat – Politiker – Denker*, Göttingen.
- Handel, Michael I. 2005: *Masters of War: Classical Strategic Thought*, London.
- Hawthorn, Geoffrey 2003: Thucydides Then and Now (revised version of a lecture given at Birkbeck College, University of London, 8. 5. 2003), unv. Ms.
- Hellmann, Gunther 2000: Rekonstruktion der „Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen“? Zwischenbilanzen nach zehn Jahren neuer deutscher Außenpolitik (Beitrag zum 21. Wissenschaftlichen Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Halle/Saale, 1.–5. 10. 2000), in: <http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/hellmann-halle.pdf>; 21. 7. 2012.
- Hellmann, Gunther 2004: Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus, in: *Welt-Trends* 12: 42, 79–88.
- Hellmann, Gunther 2011: Berlins Große Politik im Fall Libyen, in: *Welt-Trends* 19: 80, 19–22.
- Hennis, Wilhelm 2003: Die „hellenische Geisteskultur“ und die Ursprünge von Webers politischer Denkart, in: Hennis, Wilhelm: *Max Weber und Thukydides. Nachträge zur Biographie des Werks*, Tübingen, 3–52.
- Heuser, Beatrice 2005: *Clausewitz lesen! Eine Einführung*, München.
- Heuser, Beatrice 2010a: *Den Krieg denken. Die Entwicklung der Strategie seit der Antike*, Paderborn.
- Heuser, Beatrice 2010b: *The Strategy Makers: Thoughts on War and Society from Machiavelli to Clausewitz*, Santa Barbara, CA.
- Howard, Michael 2002: *Clausewitz. A Very Short Introduction*, New York, NY.

- Hughes, Wayne P. 1986: *Fleet Tactics: Theory and Practice*, Annapolis, MD.
- Ikenberry, G. John 2007: *Grand Strategy as Liberal Order Building* (paper prepared for a conference on „After the Bush Doctrine: National Security Strategy for a New Administration“, University of Virginia, 7.–8. 6. 2007), in: <http://www.princeton.edu/~gji3/Ikenberry-Grand-Strategy-as-Liberal-Order-Building-2007-word.pdf>; 12. 7. 2012.
- Jervis, Robert 1979: Deterrence Theory Revisited, in: *World Politics* 31: 2, 289–324.
- Jervis, Robert 1985: Perceiving and Coping with Threat, in: Jervis, Robert/Lebow, Richard N./Stein, Janice G. (Hrsg.): *Psychology & Deterrence*, Baltimore, MD, 13–34.
- Jervis, Robert 1989: Rational Deterrence: Theory and Evidence, in: *World Politics* 41: 2, 183–207.
- Johnson Bagby, Laurie M. 1994: The Use and Abuse of Thucydides in International Relations, in: *International Organization* 48: 1, 131–153.
- Kateb, George 1964: Thucydides' History: A Manual of Statecraft, in: *Political Science Quarterly* 79: 4, 481–503.
- Katzenstein, Peter J. 1991: Die Fesselung der deutschen Macht im internationalen System: der Einigungsprozeß 1989–90, in: Blank, Bernhard/Wollmann, Hellmut (Hrsg.): *Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel*, Opladen, 68–80.
- Klöpsch, Volker 2009a: Anmerkungen, in: Klöpsch, Volker (Übs.): *Sunzi: Die Kunst des Krieges*, Frankfurt am Main, 71–84.
- Klöpsch, Volker 2009b: Nachwort, in: Klöpsch, Volker (Übs.): *Sunzi: Die Kunst des Krieges*, Frankfurt am Main, 85–130.
- Knaurs *etymologisches Lexikon* 1983: 10 000 Wörter unserer Gegenwartssprache – Herkunft und Geschichte, hrsg. von Ursula Hermann, München.
- Krasner, Stephen D. 2010: Verantwortliche Souveränität. Ein Orientierungsprinzip für das 21. Jahrhundert, in: *Internationale Politik* 65: 5, 10–20.
- Krause, Joachim 2005: Auf der Suche nach einer Grand Strategy. Die deutsche Sicherheitspolitik seit der Wiedervereinigung, in: *Internationale Politik* 60: 8, 16–25.
- Krell, Gert 2009: *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*, 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Baden-Baden.
- Lau, D. C. 1965: Some Notes on the *Sun Tzu*, in: *Bulletin of the School of Oriental and African Studies* 28: 2, 319–335.
- Layne, Christopher 1998: Rethinking American Grand Strategy: Hegemony or Balance of Power in the Twenty-First Century?, in: *World Policy Journal* 15: 2, 8–28.
- Lebow, Richard N./Stein, Janice G. 1989: Rational Deterrence Theory: I Think, Therefore I Deter, in: *World Politics* 41: 2, 208–224.
- Lebow, Richard Ned 2001: Thucydides the Constructivist, in: *American Political Science Review* 95: 3, 547–560.
- Lebow, Richard Ned 2003: *The Tragic Vision of Politics: Ethics, Interests and Orders*, Cambridge.
- Lebow, Richard Ned/Kelly, Robert 2001: Thucydides and Hegenomy: Athens and the United States, in: *Review of International Studies* 27: 4, 593–609.
- Leppin, Hartmut 1999: *Thukydides und die Verfassung der Polis. Ein Beitrag zur politischen Ideengeschichte des 5. Jahrhunderts v. Chr.*, Berlin.
- Liddell Hart, Basil H. 1971: Foreword, in: Griffith, Samuel B. (Übs.): *Sun Tzu: The Art of War*, Oxford, v–vii.

- Liddell Hart, Basil H. [1967]: Strategy, New York, NY.
- Link, Werner 2004: Vom Elend des „offensiven Idealismus“. Eine Antwort auf Hellmanns „Traditionslinie“ und „Sozialisationsperspektive“, in: Welt-Trends 12: 43, 77–81.
- Luttwak, Edward N. 1987: Strategy: The Logic of War and Peace, Cambridge, MA.
- Mair, Victor H. 2007: Introduction, in: Mair, Victor H. (Hrsg.), in: Mair, Victor H. (Übs.): The Art of War: Sun Zi's Military Methods, New York, NY, 1–75.
- Maull, Hanns Werner 1992: Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik, in: Europa-Archiv 47: 10, 269–278.
- Maull, Hanns Werner 2004: „Normalisierung“ oder Auszehrung? Deutsche Außenpolitik im Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 52: 11, 17–23.
- Maull, Hanns Werner 2006: Introduction, in: Maull, Hanns Werner (Hrsg.): Germany's Uncertain Power: Foreign Policy of the Berlin Republic, Basingstoke, 1–12.
- Maull, Hanns Werner 2011: Deutsche Außenpolitik: Orientierungslos, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 21: 1, 93–117.
- McNamara, Robert S. 1983: The Military Role of Nuclear Weapons: Perceptions and Misperceptions, in: Foreign Affairs 62: 1, 59–80.
- McNeilly, Mark 2001: Sun Tzu and the Art of Modern Warfare, Oxford.
- Mead, Walter Russell 2005: Power, Terror, Peace, and War: America's Grand Strategy in a World at Risk, New York, NY.
- Mearsheimer, John J. 1988: Liddell Hart and the Weight of History, London.
- Mearsheimer, John J. 1990: Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War, in: International Security 15: 1, 5–56.
- Mearsheimer, John J. 2001: The Tragedy of Great Power Politics, New York, NY.
- Meyers Enzyklopädisches Lexikon 1978: Band 22, hrsg. von Bibliographisches Institut AG, Mannheim.
- Monoson, S. Sara/Loriaux, Michael 1998: The Illusion of Power and the Disruption of Moral Norms: Thucydides' Critique of Periclean Policy, in: American Political Science Review 92: 2, 285–298.
- Münkler, Herfried 2003: Clausewitz' Theorie des Krieges, Baden-Baden.
- Munn, Mark 2000: The School of History: Athens in the Age of Socrates, Berkeley.
- O'Dowd, Edward/Waldron, Arthur 1991: Sun Tzu for Strategists, in: Comparative Strategy 10: 1, 25–36.
- Paret, Peter 1976: Clausewitz and the State, London.
- Paret, Peter 1986: Clausewitz, in: Paret, Peter (Hrsg.): Makers of Modern Strategy: from Machiavelli to the Nuclear Age, Princeton, NJ, 186–213.
- Platias, Athanassios G./Koliopoulos, Constantinos 2006: Thucydides on Strategy: Athenian and Spartan Grand Strategies in the Peloponnesian War and Their Relevance Today, Athen.
- Posen, Barry R./Ross, Andrew L. 1996: Competing Visions for U.S. Grand Strategy, in: International Security 21: 3, 3–51.
- Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2007: Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden.
- Rode, Reinhard 1992: Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegeemon?, in: Schoch, Bruno (Hrsg.): Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt am Main, 203–228.

- Roos, Ulrich 2010: Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, Wiesbaden.
- Roos, Ulrich 2012: Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung: Zwischen ernüchtertem Idealismus und realpolitischem Weltordnungsstreben, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 19: 2, 7–40.
- Rothfels, Hans 1980: Clausewitz, in: Dill, Günter (Hrsg.): Clausewitz in Perspektive. Materialien zu Carl von Clausewitz: Vom Kriege, Frankfurt am Main, 261–290.
- Sauer, Frank 2008: Die Rückkehr der Bombe? Nichtgebrauch von Nuklearwaffen und internationaler Terrorismus, Saarbrücken.
- Schössler, Dietmar 1997: Der Strategiebegriff bei Clausewitz, in: Schössler, Dietmar (Hrsg.): Die Entwicklung des Strategie- und Operationsbegriffs seit Clausewitz, München, 19–35.
- Schwarz, Hans-Peter 1994: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin.
- Sinnreich, Richard Hart 2011: Patterns of Grand Strategy, in: Murray, Williamson/Sinnreich, Richard Hart/Lacey, Jim (Hrsg.): The Shaping of Grand Strategy: Policy, Diplomacy, and War, New York, NY, 254–270.
- Stelzenmüller, Constanze 2010: Die selbstgefesselte Republik. Eine Polemik in fünf Thesen, in: Internationale Politik 65: 1, 76–81.
- Sunzi [2009]: Die Kunst des Krieges. Aus dem Chinesischen übertragen und mit einem Nachwort versehen von Volker Klöpsch, Frankfurt am Main.
- Thukydides [1993]: Geschichte des Peloponnesischen Krieges, griechisch-deutsch, übersetzt von Georg Peter Landmann, München.
- Thukydides [2000]: Der Peloponnesische Krieg, übersetzt von Helmut Vretska und Werner Rinner, Stuttgart.
- von Bredow, Wilfried 2007: Am Hindukusch. Wen und was deutsche Soldaten in Afghanistan verteidigen und schützen und warum sie unbedingt dort bleiben müssen. Die Welt 15. 6. 2007.
- von Bredow, Wilfried/Jäger, Thomas 1991: Die Außenpolitik Deutschlands. Alte Herausforderungen und neue Probleme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 41: 1–2, 27–38.
- Waggonman, Craig 2000: The Problem of Pericles, in: Gustafson, Lowell S. (Hrsg.): Thucydides' Theory of International Relations: A Lasting Possession, Baton Rouge, LA, 197–220.
- Waltz, Kenneth N. 1979: Theory of International Politics, New York, NY.
- Waltz, Kenneth N. 1990: Nuclear Myths and Political Realities, in: American Political Science Review 84: 3, 731–745.
- Waltz, Kenneth N. 1993: The Emerging Structure of International Politics, in: International Security 18: 2, 44–79.
- Waltz, Kenneth N. 2003: More May Be Better, in: Sagan, Scott D./Waltz, Kenneth N. (Hrsg.): The Spread of Nuclear Weapons: A Debate Renewed, New York, NY, 3–45.





Dieser Kupferstich von Jean Godefroy zeigt die leitenden Staatsmänner Europas bei ihren Verhandlungen im Rahmen des Wiener Kongresses (1814–1815). Mit dem Wiener Kongress begründeten die fünf europäischen Großmächte, Österreich, Großbritannien, Russland, Preußen und Frankreich, die sogenannte Pentarchie. Bei ihren Bemühungen zur Neuordnung Europas bildeten diese fünf Staaten diplomatische und militärische Allianzen. Immer dann, wenn ein Staat zu stark wurde, verbündeten sich die anderen Staaten gegen ihn, um seine Stärke auszugleichen. Während der mehr als 50 Jahre, in denen das sogenannte europäische Konzert existierte, war die Bildung von Allianzen und Gegenallianzen nicht nur fester Bestandteil zwischenstaatlicher Beziehungen in Europa, sondern auch die Voraussetzung dafür, dass die fünf Staaten keine Kriege gegeneinander führten, die zu einer Destabilisierung des gesamten europäischen Kontinents geführt hätten.

Bildquelle: Wikimedia Commons.



Carlo Masala

Schon lange vor der Entstehung des modernen Nationalstaates waren **Allianzen** ein wichtiges Element der Sicherheitspolitik.<sup>1</sup>

- Um ein gemeinsames Ziel erreichen zu können, haben Stämme, Fürstentümer und später Nationalstaaten schon immer Alliierte gesucht, mit denen sie ihre Ressourcen bündeln konnten.

Deshalb ist die Geschichte von Allianzen so alt, wie die Geschichte der Beziehungen sozialer Akteure selbst. Obwohl Allianzen ein Kernbestandteil der Geschichte der Forschungsdisziplin Internationale Beziehungen (IB) sind und das Konzept selbst ein „key term“ (Modelska 1962: 773) im akademischen Diskurs ist, sind sie gleichzeitig „understudied“ (Snyder 1997: 1).

Es gibt zwar viele Studien über Allianzmanagement, aber gleichzeitig ein Forschungsdefizit bezüglich der Fragen, warum Allianzen gebildet werden und unter welchen Bedingungen sie sich auflösen. Dies ist umso erstaunlicher angesichts der Tatsache, dass: „[A]lliances are apparently a universal component of relations between political units, irrespective of time and place“ (Holsti et al. 1973: 2).

Einer der Gründe für dieses Puzzle liegt darin, dass das Thema Allianzen nur schwer von anderen Forschungsfeldern der Internationalen Beziehungen getrennt werden kann. Es ist unmöglich, über Allianzen zu reflektieren, ohne sich auf allgemeinere **Theorien der Internationalen Beziehungen** wie z.B. den Realismus (Morgenthau 1948), den Neorealismus (Waltz 1979), den neoliberalen Institutionalismus (Keohane 1984) oder den Konstruktivismus (Wendt 1999) zu beziehen

---

1 Eine frühere Version dieses Beitrages ist unter dem Titel „Alliances“ erschienen in: *Mauer, Victor/Dunn Myriam* (Hrsg.) 2010: *Handbook of Security Studies*, London, 382–392.

bzw. ohne sogenannte „substantive issues“ (Carlsnaes et al. 2002: iv), etwa Konflikttheorie (Zartman 1985) oder Abschreckung (Freedman 2004), zu streifen.<sup>2</sup>

Weil das Thema Allianzen untrennbar mit anderen Feldern der Disziplin der Internationalen Beziehungen verwoben ist, haben sich Theoretiker aus forschungspragmatischen Gesichtspunkten entweder auf bestimmte Allianzen konzentriert (meistens auf die NATO) oder Theorien mittlerer Reichweite, die sich auf bestimmte Aspekte von Allianzen fokussieren, entwickelt.

- Bis dato hat es lediglich **drei Versuche** gegeben, die der Entwicklung einer **Großtheorie** über Allianzen nahegekommen sind.

Der erste Versuch war George Liskas (1962) „Nations in Alliance“, dem 25 Jahre später Stephen Walts (1987) bahnbrechende Arbeit „The Origins of Alliances“ folgte und eine weitere Dekade später Glenn Snyders (1997) „Alliance Politics“. Alle drei Studien haben ihre Grenzen. Liskas Versuch, eine Allianztheorie auszuarbeiten, leidet an ihrem anekdotenhaften Charakter, obwohl sie einige nützliche Einsichten über Allianzbildung und die Struktur der Zusammenarbeit von Allianzmitgliedern liefert. Walts Studie ist, wie der Titel schon andeutet, auf die Ursprünge von Allianzen beschränkt und Snyders Monografie über Allianzen in multipolaren Systemen konzentriert sich auf das Management der Beziehungen zwischen den Mitgliedern innerhalb einer Allianz.

Das Fehlen grundlegenden Wissens über Allianzen trat deutlich in den 1990er Jahren zutage, als die Frage nach dem Fortbestehen der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges zu einer akademischen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Denkschulen führte,<sup>3</sup> ohne dass dabei konkrete Ergebnisse in Form „kumulierten Wissens“ (Lakatos/Musgrave 1970) oder eines „Paradigmenwechsels“ herauskamen (Kuhn 1962).

Der größte Teil der Debatte schien selbstbezogen zu sein und konzentrierte sich auf die Bestätigung der unterschiedlichen Forschungsprogramme, anstatt nach einer Erweiterung unseres Wissens über Allianzen zu streben.

Dieser Beitrag versucht, eine Schneise in die derzeitige Konfusion zu schlagen, indem er einen Überblick über **Definitionen**, **Denkansätze** und **Debatten** zum Thema Allianzen liefert. Drei Fragen stehen dabei im Mittelpunkt: Erstens, was

---

2 Für eine Einführung in die verschiedenen Theorien der Internationalen Beziehungen vgl. Krell (2009); vgl. auch die Ausführungen zu IB-Theorien im Kapitel über *Rüstung und Rüstungskontrolle* (S. 121–122 und Unterkapitel 2.4.2.1); vgl. zu Abschreckung auch die entsprechenden Ausführungen im Kapitel über *Strategie* (2.2.3.1).

3 Für einen Überblick siehe Hellmann (2008).

sind Allianzen? Zweitens, wie entstehen sie? Und drittens, unter welchen Bedingungen funktionieren Allianzen bzw. unter welchen nicht?

---

### 2.3.1 Definitionen: Was sind Allianzen?

Die Tatsache, dass Allianzen als ein eigenes Forschungsobjekt in den IB lange Zeit „unterbelichtet“ waren, hat unter anderem dazu geführt, dass der Begriff **Allianz** in der Vergangenheit auf zwei sehr unterschiedliche Arten verwendet worden ist:

- ▶ einerseits als Bezeichnung für militärische Bündnisse im engeren Sinne, also multilaterale Verträge, deren einziger und expliziter Grund die Vorbereitung eines Angriffes auf einen Drittstaat bzw. die Abwehr eines bevorstehenden Angriffes eines Nicht-Vertragspartners auf eine der Vertragsparteien war,
- ▶ andererseits umgangssprachlich für fast jeden bilateralen Vertrag, wenn dieser eine langfristige Kooperation zwischen den vertragsschließenden Parteien vorsah.

Die letztere, eher umgangssprachliche als wissenschaftliche Verwendung des Begriffes hat dazu geführt, dass sowohl wirtschaftliche, kulturelle, innenpolitische aber eben auch außen- und sicherheitspolitische Beziehungen zwischen zwei oder mehr Staaten als Allianzen bezeichnet wurden. Diese nicht-diskriminierende Verwendung des Begriffes hat lange Zeit zu seiner Sinnentleerung beigetragen. Auch im originär sicherheitspolitischen Bereich wurde der Begriff **Allianz** unpräzise verwendet – und zwar mit Blick auf den konkreten definitorischen Inhalt des Terminus. Was haben die NATO und die US-Japanische Sicherheitspartnerschaft im Kern gemeinsam? Handelt es sich bei den amerikanisch-britischen *special relations* um eine Allianz innerhalb der NATO? Dies sind nur zwei von unzähligen Beispielen, die verdeutlichen sollen, dass der Terminus **Allianz**, obgleich er eine zentrale Rolle in den Internationalen Beziehungen einnimmt, **definitorisch unterspezifiziert** gewesen ist.

Klarheit in diese begriffliche Kakophonie brachte erst Ende der 1980er Jahre Stephen Walt mit seiner bahnbrechenden Studie „**The Origins of Alliances**“ (1987: 1):

- ▶ Eine **Allianz** ist demnach eine „formal or informal relationship of security cooperation between at least two sovereign states“.

Damit definierte Walt einen Kern dessen, was Allianzen ausmacht, unabhängig von ihrer konkreten Materialisierung.

- Es geht bei **Allianzen** um **sicherheitspolitische Kooperation**, die in ihrem Kern die Bereitschaft resp. die Verpflichtung enthält, im Falle eines Angriffes auf eine der Allianzparteien **militärischen Beistand** zu leisten.

Allianzen können somit entweder die Form einer formalen oder einer formlosen internationalen Institution annehmen (Duffield 2007). Es ist aus der Perspektive dieser Definition sekundär, ob diese gegenseitige Bereitschaft zur sicherheitspolitischen Kooperation die Form einer hochinstitutionalisierten Allianz annimmt, wie es etwa im Falle der NATO erfolgte, oder ob die Allianz auf geheimen Absprachen beruht, wie es sich gegenwärtig möglicherweise bei den US-Bemühungen zur Gegenmachtbildung gegenüber China im asiatischen Raum beobachten lässt.

Hat man den Kern dessen, was eine Allianz ausmacht, erst einmal definiert, dann lassen sich Allianzen noch hinsichtlich ihrer idealtypischen Struktur klassifizieren (Weber 1997: 33): **hierarchisch** oder **egalitär**.<sup>4</sup>

- Während eine **hierarchische Allianz** durch eine signifikante Ungleichheit der Leitungsfähigkeit ihrer Mitglieder gekennzeichnet ist, ist Macht unter den Mitgliedern einer **egalitären Allianz** nahezu gleich verteilt.

Hierarchisch strukturierte Allianzen können darüber hinaus in **hegemoniale** und **imperiale** Allianzen unterteilt werden. Diese Unterscheidung bezieht sich darauf, wie das stärkste Allianzmitglied seine Führungsrolle wahrnimmt.

- Wenn das stärkste Mitglied im Konsens mit den schwächeren Allianzmitgliedern führt, wird diese Allianzbeziehung im Folgenden als **hegemonial** bezeichnet (vgl. Triepel 1938). Vereinbarungen zwischen dem stärksten Allianzmitglied und den anderen Mitgliedern, die auf Zwang beruhen (wie z.B. im Falle des Warschauer Paktes), werden als **imperial** klassifiziert.

Mit der Studie von Stephen Walt wurde eine von der IB-Community bis heute allgemein akzeptierte Definition von Allianzen vorgelegt. Umstritten ist deshalb heute nicht mehr, was Allianzen in ihrem Kern ausmacht, sondern warum und wie sie sich zusammenfinden, wie sie funktionieren (nach innen wie nach außen) bzw. warum und wie sie aufhören zu funktionieren.

Im Folgenden sollen deshalb zunächst vier Denkansätze zur Entstehung von Allianzen präsentiert werden, bevor im Anschluss einschlägige Debatten zum Funktionieren bzw. Nicht-mehr-Funktionieren von Allianzen skizziert werden.

---

4 Holsti et al. (1973: 166) unterscheiden zwischen monolithischen und pluralistischen Allianzen.

## 2.3.2 Denkansätze: Wie entstehen Allianzen?

Es gibt eine weitverbreitete Übereinkunft zwischen Vertretern unterschiedlicher theoretischer Denkschulen, dass Staaten in Abwesenheit einer zentralisierten Autorität, die Schutz und „redress of grievance“ (Grieco 2002: 65) bieten kann, agieren und interagieren. Wie und warum es unter diesen Bedingungen zur Entstehung von Allianzen kommt, erklären die einzelnen, im Folgenden erläuterten Denkansätze allerdings sehr unterschiedlich.

### 2.3.2.1 *Balancing und bandwagoning*

Für **Neorealisten** sind Allianzen Werkzeuge zum *balancing*, wenn Staaten nicht dazu in der Lage sind, das Gleichgewicht der Mächte aus eigener Kraft wiederherzustellen.<sup>5</sup> Staaten benutzen daher Allianzen als ein Instrument, um ihre relative Machtposition global oder regional zu erhalten oder zu verbessern. Neorealisten glauben, dass Staaten aus exogenen – nicht endogenen – Beweggründen Allianzen bilden bzw. ihnen beitreten, denn „[a]lliances are against, and only derivatively for, someone or something“ (Liska 1962: 12). Allianzen können deshalb als ein bestimmtes Resultat eines Konfliktes angesehen werden.

- Durch die Bildung einer Allianz versuchen Staaten, ihre Fähigkeiten zu maximieren, um die Übermacht eines einzelnen anderen Staates oder einer Staatengruppe auszubalancieren.

Stephen Walt hat diese neorealistische Beschreibung von Allianzbildung etwas modifiziert. Wahrnehmungs- und Verhaltensvariablen in die neorealistische Theorie einbeziehend argumentiert er, dass Staaten nicht per se darauf abzielen, Übermacht auszubalancieren, sondern die Übermacht von Akteuren, die sie als bedrohlich für die eigene Sicherheit und Souveränität **wahrnehmen** (Walt 1987: 21–28). Jedoch ist der Versuch, ein Gleichgewicht herzustellen, lediglich *eine* mögliche Option, die Staaten zur Verfügung steht. Wenn Staaten, die sich bedroht fühlen, nicht dazu in der Lage sind, eine *balance of power*-Strategie aus eigener Kraft zu verfolgen und auch keine potenziellen Alliierten zur Verfügung stehen, können sie dazu gezwungen sein, zu ihrer Sicherheit „to accommodate the most imminent

---

5 Für eine Einführung in die (neo-)realistische Theorie vgl. Krell (2009: Kap. 6); vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen zu *Balance of Power* im Kapitel über *Krieg und Frieden* (S. 43–45). Für eine Unterscheidung zwischen internem und externem *balancing* siehe Waltz (1979: 116–128).

threat“ (Walt 1987: 30). Diese als *bandwagoning* bezeichnete Strategie soll entweder vermeiden, dass man das Opfer eines bedrohenden Staates wird oder ist mit der Hoffnung verbunden, an dessen Erfolgen teilhaben zu können.<sup>6</sup>

Walt (1987: 33) geht jedoch davon aus, dass Staaten normalerweise *balancing* und nicht *bandwagoning* betreiben, weil *bandwagoning* immer mit einem ungleichen Tausch verbunden ist, bei dem ein Staat (nämlich der Schwächere) eine untergeordnete Rolle akzeptieren muss.

Während Walt *bandwagoning* als eine Art Anomalie im neorealistischen Forschungsparadigma behandelt, ordnet Randall Schweller dieses Verhalten (1994) als mit realistischen Annahmen kompatibel ein, sofern die Motivation des Staates, der sich nicht an die schwächere, sondern an die stärkere Seite anlehnt, revisionistisch ist, d. h. der betreffende Staat zielt primär darauf ab, die derzeitige Ordnung zu zerstören und zusätzliche Gewinne zu sichern. „Many, therefore, choose to bandwagon with revisionist great powers bent on constructing a new international system; they are ‚power-maximizing states‘“ (Zongyou 2006: 196).

Aus einer neorealistischen Perspektive sind Allianzen somit eine „Regression“ im Konfliktregelungsverhalten (Singer 1949). Eine solche Regression (die sich auf die Eliminierung der Spannungen durch die Reduktion der Komplexität in den Beziehungen zwischen den Allianzmitgliedern und der bedrohenden Macht bezieht) unter Konfliktparteien geht einher mit einer Integration oder Stärkung der gesamten Allianzstruktur als Resultat intensivierter Beziehungen zwischen den Mitgliedern.

Daraus resultiert, dass Mitglieder einer Allianz sich einem zusätzlich beschränkenden Effekt auf ihre Handlungen und Interaktionen ausgesetzt sehen, weil aus einer neorealistischen Perspektive die negativen, konditionierenden Effekte, die die anarchische Struktur des internationalen Systems auf staatliches Verhalten hat, durch Allianzen nicht abgeschafft, sondern lediglich modifiziert werden.

### 2.3.2.2 Kooperation als Belohnung

Obwohl **neoliberale Institutionalist**en nicht negieren, dass Staaten unter den Bedingungen einer systemweiten Anarchie agieren und interagieren, schreiben sie der Anarchie nicht die gleichen Effekte auf staatliches Verhalten zu wie die Realisten/Neorealist

6 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen zum Strategiebegriff im Kapitel *Strategie* (2.2.1).

7 Für eine Einführung in den Institutionalismus vgl. Krell (2009: Kap. 8).

neoliberale Institutionalisten Anarchie kein nachhaltiges Hindernis für eine **Kooperation** zwischen Staaten ist.

- Staaten gehen Allianzen ein, weil sie als eigennützigster Akteur gegenseitige **Tauschgewinne** unter den Allianzmitgliedern erwarten (Stein 1990: 7).

Was aber sind das genau für Gewinne, die Staaten erwarten, wenn sie Allianzen schließen?

Erstens bilden Staaten Allianzen in dem Glauben daran, dass die Mitglieder einer Allianz einen bestimmten Grad an Kooperation untereinander erreichen können. So lange, wie die Kosten der Allianzbildung nicht den wahrgenommenen Profit der Kooperation übertreffen, streben Staaten danach zu kooperieren (Wallander 2000: 706). Aus dieser Perspektive kann eine externe Bedrohung eine Allianzbildung auslösen, gleichzeitig gibt es aber – jenseits des bloßen Versuchs der Gegenmachtbildung – weitere Vorteile, welche die Mitgliedschaft in einer Allianz für Staaten attraktiv machen.

Aus einer neoliberal-institutionalistischen Perspektive sorgen Allianzen für Reziprozität, machen Mitglieder verantwortlich für ihre Handlungen und tragen zur Schaffung und Aufrechterhaltung von kooperativen Sicherheitsstrategien bei. Des Weiteren reduzieren sie Unsicherheit, indem sie Informationen über das Verhalten von Mitgliedsstaaten liefern. Schließlich machen sie das Verhalten zwischen den Mitgliedern durch die Entwicklung von Normen und Regeln, die die Beziehungen zwischen ihnen regeln, **berechenbarer** (Wallander et al. 1999: 3–4).

Obwohl der Beitritt zu einer solchen Institution seinen Preis hat, weil er sich z. B. beschränkend auf staatliche Strategien auswirkt und staatliche Präferenzen beeinflusst, ist es möglich, dass der Preis als angemessen im Vergleich zu den erwarteten Vorteilen angesehen wird. Gerade deswegen sind Institutionen und die durch sie ermöglichten Handlungen kostspielig (politisch und ökonomisch) und darum sind Institutionen glaubwürdig und folglich wertvoll für vom Eigennutz getriebene Staaten (Wallander/Keohane 1990: 30). Kurzum: Aus einer institutionalistischen Perspektive bieten Allianzen ihren Mitgliedstaaten viele Vorteile, die dafür sorgen, dass Allianzen über die ursprünglichen Gründungszwecke hinaus bestehen, für die sie geschlossen wurden.

### 2.3.2.3 Der innerstaatliche Faktor

Einen dritten und relativ neuen Denkansatz, der ebenfalls zu erklären versucht, warum und wie Allianzen gebildet werden, bietet die liberale Schule an.<sup>8</sup>

- Der **Liberalismus** im Allgemeinen „seeks the roots and causes of external behaviour in **domestic structure and process**“ (Müller 2002: 376).

Liberales Glauben daran, dass Staaten sich in Allianzen engagieren, wenn diesbezüglich eine Konvergenz **nationaler Präferenzen**, gebildet durch innerstaatliche Koalitionen, vorhanden ist (Risse-Kappen 1991; Moravcsik 1998). Thomas Risse-Kappen glaubt deshalb auch nicht, dass die Gründung der NATO von einer realen, wahrgenommenen oder gar konstruierten Gefahr abhängig war. Allerdings konzentrieren sich sowohl Risse-Kappen als auch Andrew Moravcsik lediglich auf demokratische Staaten und lassen dabei die Möglichkeit eines Interessenwandels unter nicht-demokratischen Staaten unberücksichtigt. Deshalb sind Liberale zwar in der Lage zu erklären, warum die NATO gegründet wurde, haben aber Schwierigkeiten damit, die Gründung des Warschauer Pakts zu erklären, der unter sowjetischer Führung zwischen sozialistischen bzw. kommunistischen Ländern gebildet wurde.

### 2.3.2.4 Gemeinsame Identität, Ideen, Werte und Normen

Bisher gibt es nicht viele **konstruktivistisch** inspirierte Denkansätze zum Thema Allianzen.<sup>9</sup> Die am sorgfältigsten ausgeführte und gleichzeitig anspruchsvollste konstruktivistisch geleitete Analyse zu der Frage, warum Allianzen (spezifisch die NATO) gebildet werden, findet sich bei Risse-Kappen (1996).

Gemäß Risse-Kappen wurde die NATO nicht gebildet, um die materielle Bedrohung durch die Sowjets auszubalancieren. Vielmehr stelle die NATO eine institutionalisierte Form **gemeinsamer Ideen und Weltanschauungen** über die angestrebte internationale Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg dar, die von den NATO-Gründungsmitgliedern geteilt wurden (Risse-Kappen 1996: 387).

- Staaten mit den gleichen Weltanschauungen und Grundüberzeugungen gründeten eine Allianz, deren Leitprinzipien mit ihren Normen und Werten übereinstimmten.

---

<sup>8</sup> Für eine Einführung in den Liberalismus vgl. Krell (2009: Kap. 7).

<sup>9</sup> Für eine Einführung in den Konstruktivismus vgl. Krell (2009: Kap. 11).



In dieser Hinsicht ist die NATO eine Allianz, deren Identität nicht auf gemeinsamer Bedrohung basiert, sondern eine Allianz, die die Beziehungen zwischen Staaten widerspiegelt, die auf einem gemeinsamen Verständnis ihrer geteilten Werte beruht.

Durch die Fokussierung auf geteilte Werte ebnet Risse-Kappen den Weg dafür, dieses Konzept auf andere Allianzen zu übertragen. Michael Barnett (2002) zweifelt in seinem Artikel über Allianzbildung im Nahen Osten explizit Stephen Walts Behauptung an, wonach Ideologien eine „important but ultimately limited role“ (Walt 1987: 203) spielen.

- Barnett argumentiert stattdessen, dass **Identität** und somit auch **Ideologie** ein Schlüsselement sozialer und politischer Interaktion seien, das zum Verständnis der Frage, warum Staaten Allianzen bilden, genau untersucht werden müsse.

In diesem Sinne schreibt auch Iver Neumann: „The point of departure here is [...] a belief that social groups need to establish a positively valued distinctiveness from other groups in order to provide members with a positive identity“ (Neumann 1992: 223).

---

### 2.3.3 Debatten: Wie funktionieren Allianzen und wann nicht?

Im Vergleich zur überschaubaren Zahl von Denkansätzen zur Frage, warum und wie Allianzen entstehen, stellt sich die Literatur zur **Funktionsweise von Allianzen** deutlich vielfältiger dar. Es existiert gleich eine ganze Reihe von Theorien mittlerer Reichweite, die sich auf verschiedene Aspekte des Funktionierens von Allianzen fokussieren. Die Unterscheidung zwischen verschiedenen Typen von Innerallianzstrukturen ist dabei wichtig für die Analyse des „alliance management“. Abhängig von ihrer internen Struktur können Allianzen nämlich unterschiedliche Managementherausforderungen mit sich bringen. Der folgende Textabschnitt behandelt zunächst drei Aspekte der wissenschaftlichen Debatte zum Funktionieren von Allianzen. Im Einzelnen geht es um (2.3.3.1) die **hegemoniale Stabilität**, (2.3.3.2) das **Sicherheitsdilemma** innerhalb von Allianzen und (2.3.3.3) deren **Zusammenhalt**. Anschließend wird am Beispiel der NATO **nach Ende des Kalten Krieges** die Debatte um die Frage beleuchtet, unter welchen Bedingungen Allianzen möglicherweise nicht mehr funktionieren oder gar ihrem Ende entgegengehen (2.3.3.4).

### 2.3.3.1 Hegemoniale Stabilität

Die interne Struktur einer Allianz hat Auswirkungen auf die Beziehungen innerhalb von Allianzen.

- In einer **hegemonialen Allianz** sind kleinere Staaten nur dann bereit, sich der Führung eines größeren Staates unterzuordnen und dabei ihre Souveränität einzuschränken, wenn der Hegemon ein öffentliches Gut bereitstellt, das die kleineren Staaten nicht ausreichend selbst produzieren können.

Das ist der Kern der **Theorie hegemonialer Stabilität** (Kindleberger 1986). Eine Debatte existiert in diesem Zusammenhang allerdings zur Frage, *warum* Hegemone öffentliche Güter bereitstellen. **Neorealisten** betonen, dass Hegemonialmächte interessiert sind, Allianzen zu bilden, um diese zu gestalten und Einfluss auf andere Staaten über Formen institutionalisierter Kooperation auszuüben (Gilpin 1981). **Neoliberale Institutionalist**en betonen hingegen, dass das Verhalten der Hegemone von aufgeklärten Eigeninteressen angetrieben wird. Die Hegemonialmacht stellt das Gut bereit und lässt andere teilhaben, da es im Interesse aller Mitgliedstaaten der Allianz ist (Keohane 1984). Der Unterschied zwischen der neorealistischen und institutionalistischen Argumentation ist, dass Neorealisten immer die Tatsache hervorheben würden, dass die Hegemonialmacht einen politischen Vorteil von der kostenlosen Bereitstellung eines öffentlichen Gutes hat und dieses auch nur solange bereitstellt, wie es im Interesse der Führungsmacht liegt und sie die Möglichkeit hat, die anderen Allianzmitglieder für ihre eigenen Zwecke zu gebrauchen.

- Aus einer neorealistischen Perspektive werden öffentliche Güter bereitgestellt, da der Hegemon an **relativen Gewinnen** interessiert ist.

Neoliberalisten würden stattdessen argumentieren, dass ein öffentliches Gut durch den Hegemon nicht zum Zweck der politischen Ausnutzung anderer Allianzmitglieder bereitgestellt wird.

- Aus einer neoliberalen Perspektive ist der Hegemon an **absoluten Gewinnen** interessiert und wird daher darauf verzichten, die Tatsache auszunutzen, dass seine Beziehungen zu den anderen Allianzmitgliedern von Natur aus asymmetrisch sind.

Beide Denkschulen würden jedoch darin übereinstimmen, dass die oben dargestellte Art der Beziehung zwischen dem Hegemon und seinen Anhängern das Ri-

siko des Trittbrettfahrens mit sich bringt. Wenn der Hegemon ein Kollektivgut bereitstellt, sehen kleinere Staaten nicht die Notwendigkeit, zur Produktion dieses öffentlichen Gutes beizutragen. Langfristig erzeugt dies Spannungen innerhalb der Allianz. Der Unterschied zwischen beiden Denkschulen ist allerdings, dass Realisten argumentieren, dass diese Spannungen nur in Abwesenheit einer gemeinsamen Bedrohung auftreten, während neoliberale Institutionalistinnen Spannungen als ein permanentes Merkmal der Beziehungen zwischen Allianzmitgliedern ansehen.

### 2.3.3.2 Das interne Sicherheitsdilemma

Eine gemeinsame Eigenschaft beider Allianztypen – der hegemonialen und der egalitären – ist für Glenn Snyder – der dabei ein Konzept von Robert Jervis verwendet (1976: 63) – das sogenannte **allianzinterne Sicherheitsdilemma** (Snyder 1997: 180–83):

- In einer Allianz, wie auch generell im internationalen System, führt die Abwesenheit einer supranationalen Autorität demnach zu einer Situation, in der viele der Schritte, die von Staaten verfolgt werden, um ihre Sicherheit zu erhöhen, den oft unintendierten Effekt haben, andere Staaten unsicherer zu machen.

Da sich Allianzmitglieder nie über die gegenwärtigen oder zukünftigen Absichten ihrer Partner gewiss sein können, richten sie ihre Politik gegenüber ihren Allianzpartnern darauf aus, ihre Sicherheit zu erhöhen.

Snyders Ausgangsannahme ist, dass die Interessen der Allianzmitglieder nie völlig konvergieren. Da sich die Allianzmitglieder mehr oder weniger selbst auf bestimmte verbindliche Ziele verpflichtet haben, steht jedes Allianzmitglied vor zwei potenziellen Dilemmata. Das erste ist das Risiko des *entrapment* (Snyder 1997: 1981):

- **Entrapment** bezieht sich auf eine Situation, in der ein Allianzmitglied (A) vor der Wahl steht, ein anderes Allianzmitglied (B) in Folge vertraglicher Verpflichtungen zu unterstützen, obwohl es kein spezielles Interesse daran hat, oder sich aus einem Konflikt herauszuhalten.

Staat A befürchtet, in einen Konflikt involviert zu werden, der seine vitalen Interessen nicht berührt. Allerdings riskiert Staat A den zukünftigen Verlust der Unterstützung seines Verbündeten, wenn er sich trotz seiner Verpflichtungen aus einem Konflikt heraushält.

Das zweite Risiko beschreibt Snyder als die Angst vor dem *abandonment*:

- **Abandonment** charakterisiert eine Situation aus Sicht des Staates A, der starkes Interesse an einem Konflikt mit einem Nicht-Allianzmitglied hat, sich aber der aktiven Unterstützung durch andere Verbündete nicht sicher sein kann.

Beide Dilemmata durch die Vermeidung sowohl von *entrapment* als auch von *abandonment* abzuschwächen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Allianzmanagements.

Insgesamt lässt sich allerdings festhalten, dass sowohl das Management des allianzinternen Sicherheitsdilemmas als auch die strukturellen Probleme, die der Theorie hegemonialer Stabilität inhärent sind, auf ein wesentlich größeres Problem hindeuten, nämlich die Frage, wie der **Allianzzusammenhalt** am ehesten zu stärken ist. Zu dieser Frage wird ebenfalls eine intensive Debatte geführt, die im Folgenden skizziert werden soll.

### 2.3.3.3 Allianzzusammenhalt

Aus **neorealistischer** Sicht hängt der Allianzzusammenhalt, unabhängig davon, ob in einer hegemonialen oder einer egalitären Allianz, vom Grad der **externen Herausforderung** ab.

- Je größer die Gefahr ist, der sich Allianzmitglieder gegenübersehen (oder die sie wahrnehmen), umso größer wird der Allianzzusammenhalt sein (Mearsheimer 1990).

Uneinigkeit herrscht dagegen bezüglich der Rolle, die der Hegemon bei der Aufrechterhaltung des Allianzzusammenhalts spielt. Während einige Autoren sie als entscheidend ansehen (Gowa 1999), sind andere skeptisch, besonders die Phase betreffend, wenn die gemeinsam wahrgenommene Gefahr abnimmt (Masala 2003). Wenn die Gefahr abnimmt, sind kleinere Allianzmitglieder immer weniger bereit, sich selbst einem Hegemon unterzuordnen. Die einfache Kausalität der neorealistischen Argumentation ist folgendermaßen: Ein hohes Maß der Bedrohungswahrnehmung führt zu großem Allianzzusammenhalt, während umgekehrt ein geringes Maß der Bedrohungswahrnehmung zu geringem Allianzzusammenhalt führt.

Aus einer (**liberal**) **institutionalistischen** Perspektive wird der Allianzzusammenhalt dagegen durch die **vielfachen Vorteile**, die Allianzen ihren Mitgliedern bieten, sichergestellt. Die Reduzierung von Transaktionskosten, die Möglichkeit,

andere Allianzmitglieder zu kontrollieren; der Zugang zu Informationen über die Intentionen und das Verhalten von Allianzpartnern; und die wiederholten „Spiele“, die im kooperativen Rahmen einer Allianz gespielt werden – all diese Vorteile überwiegen die potenziellen Kosten und Spannungen, die unterschiedlichen nationalen Interessen entstammen (Keohane/Nye 1993).

**Konstruktivisten** wiederum argumentieren (ähnlich wie neoliberale Institutionen), dass Allianzen aufgrund des „**republican liberalism** linking domestic politics systematically to the foreign policy of states“ (Risse-Kappen 1996: 358) zusammenhalten. Zwischen liberalen Demokratien ist Zusammenhalt garantiert, da liberale Demokratien eher geneigt sind, eng mit anderen liberalen Demokratien zu kooperieren. Dies ist darauf zurückzuführen, dass liberale Demokratien andere liberale Demokratien nicht als potenzielle Bedrohung betrachten. Unter liberalen Demokratien gibt es keine Angst, dass die Kooperation von Verbündeten zukünftig ausgenutzt wird; daher existiert das Problem der Verteilung relativer Gewinne (Grieco 1990) nicht. Des Weiteren weisen Konstruktivisten darauf hin, dass sich Demokratien durch Transparenz, hohe *audience costs*, beständiges Politikverhalten, zivile Kontrolle der Streitkräfte (was für militärische Allianzen zwischen Demokratien wichtig ist) und die Fähigkeit, dauerhafte Verpflichtungen einzugehen, auszeichnen (Lai/Reiter 2000). All dies sind Faktoren, die eine engere Kooperation zwischen solchen Regimen begünstigen. Zusammengefasst:

- Je ähnlicher kooperierende Regime sind und je mehr sich ihre Werte einander annähern, desto geschlossener wird die Allianz sein, die sie bilden.

Abschließend bleibt also festzuhalten, dass es, wie schon bei der Frage, wie und warum Allianzen entstehen, **keine eindeutige Antwort** auf die Frage gibt, wie der Allianzzusammenhalt am ehesten sicherzustellen.

### 2.3.3.4 Der Anfang vom Ende der NATO?

Die Frage, unter welchen Bedingungen Allianzen ihrem Ende entgegengehen bzw. wie sie unter widrigen Bedingungen trotzdem überleben können, wurde in der ersten Hälfte der 1990er Jahre unter Wissenschaftlern der Internationalen Beziehungen hitzig debattiert.<sup>10</sup> Es sollte nicht überraschen, dass die Resultate dabei im besten Fall gemischt waren. Der Dreh- und Angelpunkt für diese Debatte war na-

---

10 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen zur NATO nach 1990 im Kapitel über *Neuere Ansätze* (S. 162–163).

türlich die Frage, ob die NATO am Ende des Kalten Krieges überleben würde, oder nicht. Wenig überraschend war, dass die Neorealisten sehr skeptisch bezüglich der Zukunft der Allianz waren, nachdem das bindende Element, das sie zusammengehalten hatte, namentlich die gemeinsam wahrgenommene Bedrohung, verschwunden war.

Wissenschaftler wie Kenneth N. Waltz und John J. Mearsheimer argumentierten sehr unverblümt, was die Zukunft von Allianzen anging, insbesondere im Hinblick auf die NATO. Sie glaubten, die NATO sei zu einem **Anachronismus** geworden (Waltz 1990: 21; 2000: 18; Mearsheimer 1990). Waltz argumentierte in diesem Zusammenhang, dass der Grund, warum die NATO selbst zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer noch existiere, in der Tatsache begründet sei, dass die USA ein Interesse daran hätten, ihren *grip* auf die Entwicklung in Europa zu behalten (Waltz 2000: 19). Stephen Walt schloss sich seinem früheren Doktorvater in diesen Überlegungen an, indem er hervorhob, dass das Faktum der US-Hegemonie gut erklären könne, warum die NATO eine der wichtigsten politischen Institutionen in transatlantischen Angelegenheiten geblieben sei (Walt 1997: 171). Aber selbst die Fortsetzung der hegemonialen US-Politik, so Waltz, würde die NATO nicht davor bewahren, eine bedeutungslose Institution zu werden, da andere Allianzmitglieder immer weniger dazu bereit wären, die US-Vormachtstellung innerhalb der Institution zu akzeptieren.

Demgegenüber sind **neoliberale Institutionisten** extrem **optimistisch** mit Blick auf die Kooperationsmöglichkeiten in Allianzen – selbst ohne eine äußere Bedrohung oder einen Hegemon (Haftendorn et al. 1999). Neben den bereits genannten positiven Effekten, von denen Allianzmitglieder aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der Allianz profitieren, trägt die **institutionelle Schwerfälligkeit** zur Verlängerung der Zusammenarbeit in einer Allianz bei.<sup>11</sup> Darüber hinaus sind die Chancen, dass Allianzen – selbst bei der Abwesenheit einer umfassenden Bedrohung – überleben und sich sogar an ein neues Umfeld anpassen, recht hoch, so lange Allianzmitglieder ein wie auch immer geartetes **Interesse** daran haben, die Kooperation am Leben zu halten (Keohane 1984: 31).

Ein Argument, warum die NATO das Ende des Ost-West-Konflikts überlebte, das ebenfalls mit der grundlegenden Lehre des neoliberalen Institutionalismus übereinstimmt, wurde von Celleste Wallander (2000) entwickelt. Institutionen mit **general assets**,<sup>12</sup> so argumentiert sie, werden an neue Probleme anpassungsfähig sein. Da die *assets* nicht spezialisiert sind, können Ort oder Zweck für neue

11 Auch der Fortbestand der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts kann mit dem Beharrungsvermögen von Institutionen erklärt werden; siehe hierzu McCalla (1996).

12 Wallander (2000: 731) unterscheidet zwischen *general assets* (z. B. *transparency, procedures* und *interoperability*) und *specific assets* (z. B. Artikel 5 des Nordatlantikvertrages).

Bestimmungen zu niedrigen Kosten und weitgehend effektiv gebraucht werden (Wallander 2000: 709). Die NATO, folgert sie in ihren empirischen Analysen, war erfolgreich im Anpassen ihrer *assets* an ein neues Sicherheitsumfeld (Wallander 2000: 732), das nicht mehr durch eine einheitliche Bedrohung charakterisiert ist.

Mit Blick auf den **konstruktivistischen Standpunkt** hängt das Überleben von Allianzen von der Fortdauer ihrer zugrunde gelegten Existenzbegründung ab, die, wie oben diskutiert, nicht eine gemeinsame Bedrohung ist, sondern die Auffassung, ein gemeinsames Schicksal zu teilen. Somit können Allianzen größte Veränderungen in ihrem Umfeld überleben, wenn ihre Mitglieder noch das Gefühl haben, zusammenzugehören und die gleichen Normen und Werte zu teilen. Von einem konstruktivistischen Standpunkt aus markiert das Ende des Ost-West-Konflikts nicht das Ende der NATO, so lange die **Wertegemeinschaft** überdauert. Frank Schimmelfennig (1999) argumentierte in diesem Zusammenhang, dass sich die westliche Wertegemeinschaft nach dem Fall der Berliner Mauer in die neuen demokratischen Länder Osteuropas ausbreitete und dass die NATO eine entscheidende Rolle spielte (und nach dieser Sichtweise immer noch spielt), diese Staaten zu sozialisieren. Solange Allianzmitglieder eine „**Sicherheitsgemeinschaft**“ (Deutsch et al. 1957)<sup>13</sup> bilden und das Gefühl haben dazuzugehören, wird die Kooperation in Fragen der Sicherheit fortgeführt.

---

### 2.3.4 Schlussfolgerungen und Ausblick

Dieser Beitrag hat versucht, einige der Konfusionen rund um das Studium von Allianzen durch das systematische Strukturieren der vorhandenen Literatur anhand einschlägiger Definitionen, Denkansätze und Debatten aufzulösen. Drei Fragen standen dabei im Mittelpunkt: Was sind Allianzen? Wie entstehen sie? Und: Wie funktionieren sie und wann nicht?

Ungeachtet der Fülle an Literatur, die sich mit den o. g. Fragen beschäftigt und im Rahmen dieses Beitrags erläutert worden ist, muss konstatiert werden, dass wir immer noch **verhältnismäßig wenig** über Allianzen wissen. Dies betrifft etwa die Frage nach dem Zweck von Allianzen (aus der Sicht eines Mitglieds einer Allianz). Dienen sie als Instrument, um ein Gegengewicht zu realen oder wahrgenommenen Bedrohungen und Risiken zu bilden? Sind sie Instrumente, um die Beziehungen zwischen Mitgliedstaaten zu managen? Oder gründen sich die Bindungen, die Mitgliedstaaten in einer Allianz eingehen, auf einer gemeinsamen Identität?

---

13 Siehe auch Adler/Barnett (1998).

- Die Antwort ist, dass jede der oben genannten konkurrierenden Perspektiven **wichtige Aspekte** von Allianzen erfasst und es irreführend wäre, wenn man sein Denken über die Rolle von Allianzen auf eine einzige Perspektive einschränkte.

Nicht zuletzt Staatsoberhäupter und Diplomaten sollten sich der Rolle bewusst sein, die Realisten und Neorealisten der Macht zuschreiben, aber auch die innerstaatlichen und institutionellen Aspekte beachten, die liberale und konstruktivistische Denker Allianzen zuschreiben.

- Ein **synkretistisches Konzept** von Allianzen könnte zu einem besseren Verständnis der „realpolitischen Entwicklungen“ führen, anstatt, dass die verschiedenen Denkschulen in ständigem **Kampf um die Deutungshoheit** stehen.

Zweitens fokussieren sich alle drei großen Theorieschulen der IB auf die Frage, ob Allianzen letztendlich allmählich verschwinden oder nicht. Soweit dieses Thema betroffen ist, bieten Neorealismus, neoliberaler Institutionalismus und Konstruktivismus relativ fixe Erklärungen. Was fehlt, ist eine dynamische Untersuchung, die nicht die Frage behandelt, warum die NATO noch existiert, sondern, wie die NATO sich **entwickelt**. Alle drei der oben umrissenen Herangehensweisen werfen ein anderes Licht auf wichtige Fragen, aber keine schafft es, die Entwicklungen und Dynamiken, die vor allem in der NATO seit 1990 stattgefunden haben, vollständig zu erhellen.

Die zentrale Hypothese einer Theorie, die ebendiesen Wandel von Allianzen in den Mittelpunkt rückt, ist der **neofunktionalistischen Theorie** entliehen. Sie lautet:

- Die **Form** einer Institution folgt ihrer **Funktion** (Mitrany 1976).

Es gibt demnach also eine direkte Beziehung zwischen dem außenpolitischen Umfeld und dem Grad der Institutionalisierung in einer Allianz. Wenn substantielle Veränderungen im Umfeld stattfinden, kann ein hoher Grad an Institutionalisierung in einer Institution Anlass zu Konflikten zwischen den Mitgliedern geben (Simmel [1918] 1984: 38), etwa wenn die gemeinsam wahrgenommene Bedrohung allmählich verschwindet. Wenn Mitgliedstaaten einer Allianz also ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Allianz haben, ist die institutionelle Maschinerie gefordert, die Allianz an ihr neues Umfeld anzupassen.

In diesem Prozess der **institutionellen Wiederanpassung** stellt das interne Sicherheitsdilemma eine der größten Herausforderungen für die Mitglieder der Allianz dar. Auf theoretischer Ebene gibt es zwei Wege, diesem Dilemma zu be-



gegenen: entweder durch einen höheren Grad an Institutionalisierung oder durch ein Ausdünnen der institutionellen Bindungen zwischen den Mitgliedstaaten. Die erste Option, die zur Stärkung der Bindung unter den Mitgliedstaaten führt, kann dort erfolgreich sein, wo die Bedrohungswahrnehmung ansteigt. Wenn das neue Umfeld der Allianz charakterisiert ist durch eine gemeinsam wahrgenommene Bedrohung, kann eine integrative Strategie (die die institutionellen Bindungen stärkt) ein angemessener Weg sein sicherzustellen, dass die Angst vor *entrapment* oder *abandonment* abgeschwächt wird.

Die zweite Strategie scheint angemessen, wenn Mitgliedstaaten in einem Umfeld, das durch „Risikodiffusion“ (Masala 2003: 13) gekennzeichnet ist, kooperieren und ein Interesse vonseiten der Mitgliedstaaten besteht, die institutionalisierte Kooperation aufrechtzuerhalten. In einer solchen Situation kann ein Nachlassen der institutionellen Zwänge für die Mitgliedstaaten ein höheres Maß an Aktionsfreiheit bedeuten, während zur gleichen Zeit etwaige Ängste vor *abandonment* oder *entrapment* reduziert werden.

Solch eine **flexible Allianz** (Masala 2003: 32–36) könnte – aus Sicht eines Mitgliedstaates – selbst für die Zukunft eine angemessene Antwort auf das veränderte Umfeld darstellen und dabei die Fortsetzung der institutionalisierten Sicherheitskooperation in Form einer Allianzen garantieren. Diese Herangehensweise, Veränderungen in Allianzen zu studieren, hat zwei Vorteile: Erstens bedient sie sich wichtiger Erkenntnisse der meisten Theorien, die sich mit Allianzen beschäftigen, und versucht, diese in einer Theorie zu bündeln, die nicht nur in politikwissenschaftlicher, sondern auch politischer Hinsicht relevant ist. Und zweitens lässt diese Herangehensweise die Frage offen, ob die jeweilige Allianz überleben wird oder nicht. Beides ist möglich und die Antwort hängt stets von den konkreten Entwicklungen in Allianzen und ihren Mitgliedstaaten ab.

---

#### Fragen zum Kenntnisstand

- (1) Warum ist ein fundiertes Wissen über Allianzen notwendig?
- (2) Welche Ziele werden mit der Gründung von Allianzen verfolgt?
- (3) Ist Kooperation im Rahmen von Allianzen auch unabhängig von äußerer Bedrohung und/oder hegemonialer Führung möglich?
- (4) Welche Rolle spielen innerstaatliche Faktoren bei der Gründung und bei der Entwicklung von Allianzen?
- (5) Welche Rolle spielt Macht für die innere Ausgestaltung von Allianzen?

### Fragen zum selbständigen Weiterdenken

- (1) Wozu dienen Allianzen im 21. Jahrhundert?
- (2) Welche Risiken und welche Chancen birgt die Flexibilisierung von Allianzstrukturen?
- (3) Allianzen werden oftmals als Reaktion auf eine äußere Bedrohung dargestellt. Inwieweit aber stellt die Gründung einer Allianz ihrerseits eine Bedrohung für andere dar?
- (4) Welche Alternativen hätten Staaten, in einer Welt, in der es keine Allianzen gibt, ihre Sicherheit zu organisieren?
- (5) Kann eine Allianz auch ohne hegemoniale Führung existieren?
- (6) Wie schätzen Sie die zukünftige Entwicklung der NATO aus theoretischer Perspektive ein?
- (7) Warum gibt es bis heute in Asien kein NATO-Äquivalent?

### Empfohlene Literatur

Bis auf den heutigen Tag der Klassiker zur Allianzforschung:

- *Walt, Stephen* 1987: *The Origins of Alliances*, Ithaca, NY.

Ein früher Versuch, die Zukunft der NATO aus IB-theoretischer Perspektive zu diskutieren, findet sich bei:

- *Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard* 1993: Neorealism, Neoliberalism, and the Future of NATO, in: *Security Studies* 3: 1, 3–43.

Eine konstruktivistische Perspektive auf die Gründung und Entwicklung von Allianzen bietet:

- *Barnett, Michael* 2002: *Alliances, Balances of Threats, and Neo-Realism: The Accidental Coup*, in: Elman, Colin/Vasquez, John (Hrsg.): *Realism and the Balancing of Power: A New Debate?*, New York, NY, 222–249.

Die Frage, wie die NATO sich aus theoretischer Perspektive nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes entwickelt, habe ich selbst in folgendem Buch behandelt:

- *Masala, Carlo* 2003: *Den Blick nach Süden. Die NATO im Mittelmeerraum (1990–2003). Fallstudie zur Anpassung militärischer Allianzen an neue sicherheitspolitische Rahmenbedingungen*, Baden-Baden.

Wie Allianzen in multipolaren Systemen intern funktionieren, thematisiert Snyder in seinem bahnbrechenden Werk:

- *Snyder, Glenn* 1997: *Alliance Politics*, Ithaca, NY.

## Literatur

- Adler, Emanuel/Barnett, Michael* (Hrsg.) 1998: *Security Communities*, Cambridge.
- Barnett, Michael* 2002: *Alliances, Balances of Threats, and Neo-Realism: The Accidental Coup*, in: *Elman, Colin/Vasquez, John* (Hrsg.): *Realism and the Balancing of Power: A New Debate?*, New York, NY, 222–249.
- Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth* (Hrsg.) 2002: *Handbook of International Relations*, London.
- Deutsch, Karl W./Burrell, Sidney A./Kann, Robert A./Lee, Maurice Jr.* 1957: *Political Community and the North Atlantic Area: International Organization in the Light of Historical Experience*, Princeton, NJ.
- Duffield, John* 2007: *What are International Institutions?*, in: *International Studies Review* 9: 1, 1–22.
- Freedman, Lawrence* 2004: *Deterrence*, Cambridge.
- Gilpin, Robert* 1981: *War and Change in World Politics*, Cambridge.
- Gowa, Joanne* 1999: *Ballots and Bullets: The Elusive Democratic Peace*, Princeton, NJ.
- Grieco, Joseph M.* 1990: *Cooperation among Nations: Europe America and Non-Tariff Barriers to Trade*, Ithaca, NY.
- Grieco, Joseph M.* 2002: *Modern Realist Theory and the Study of International Politics in the 21st Century*, in: *Brecher, Michael/Harvey, Frank P.* (Hrsg.): *Millennial Reflections on International Studies*, Ann Arbor, MI, 65–78.
- Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O./Wallander, Celeste A.* (Hrsg.) 1999: *Imperfect Unions: Security Institutions over Time and Space*, Oxford.
- Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard* 1993: *Neorealism, Neoliberalism, and the Future of NATO*, in: *Security Studies* 3: 1, 3–43.
- Hellmann, Gunther* 2008: *Inevitable Decline Versus Predestined Stability: Disciplinary Explanations of the Evolving Transatlantic Order*, in: *Anderson, Jeffrey J./Ikenberry, G. John/Risse, Thomas* 28–52.
- Holsti, Ole R./Hopmann, Philip Terrence/Sullivan, John D.* 1973: *Unity and Disintegration in International Alliances*, New York, NY.
- Jervis, Robert* 1976: *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton, NJ.
- Keohane, Robert O.* 1984: *After Hegemony*, Princeton, NJ.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S.* 1993: *Introduction: The End of the Cold War in Europe*, in: *Keohane, Robert O./Nye, Joseph S./Hoffmann, Stanley* (Hrsg.): *After the Cold War: International Institutions and State Strategies in Europe 1989–1991*, Cambridge, MA, 1–19.
- Kindleberger, Charles* 1986: *The World in Depression 1929–1938*, Berkeley, CA.
- Kuhn, Thomas* 1962: *The Structure of Scientific Revolutions*, Chicago, IL.
- Krell, Gert* 2009: *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*, 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Baden-Baden.
- Lai, Brian/Reiter, Dan* 2000: *Democracy, Political Similarity, and International Alliances 1816–1992*, in: *Journal of Conflict Resolution* 44: 2, 203–27.
- Lakatos, Imre/Musgrave, Alan* (Hrsg.) 1970: *Criticism and the Growth of Knowledge*, New York, NY.
- Liska, George* 1962: *Nations in Alliance*, Baltimore, MD.

- Masala, Carlo* 2003: Den Blick nach Süden? Die NATO im Mittelmeerraum (1990–2003). Fallstudie zur Anpassung militärischer Allianzen an neue sicherheitspolitische Rahmenbedingungen, Baden-Baden.
- Masala, Carlo* 2005: Kenneth N. Waltz, Baden-Baden.
- Masala, Carlo* 2010: Alliances, in: Mauer, Victor/Dunn Myriam (Hrsg.): Handbook of Security Studies, London, 382–392.
- McCalla, Robert B.* 1996: NATO's Persistence after the Cold War, in: International Organization 50: 3, 445–75.
- Mitrany, David* 1976: The Functional Theory of Politics, New York, NY.
- Mearsheimer, John J.* 1990: Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War, in: International Security 15: 4, 5–56.
- Modelski, George* 1962: A Theory of Foreign Policy, New York, NY.
- Moravcsik, Andrew* 1998: The Choice for Europe, Ithaca, NY.
- Morgenthau, Hans J.* 1948: Politics among Nations, New York, NY.
- Müller, Harald* 2002: Security Cooperation, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth (Hrsg.): Handbook of International Relations, London, 369–392.
- Neumann, Iver B.* 1992: Identity and Security (Review Essay), in: Journal of Peace Research 29: 2, 221–226.
- Risse-Kappen, Thomas* 1991: Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies, in: World Politics 43: 4, 479–512.
- Risse-Kappen, Thomas* 1996: Collective Identity in a Democratic Community: The Case of NATO, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York, NY, 357–399.
- Schimmelfennig, Frank* 1999: NATO's Enlargement: A Constructivist Explanation, in: Security Studies 8: 2-3, 198–234.
- Schweller, Randall L.* 1994: Bandwagoning for Profit: Bringing the Revisionist State Back In, in: International Security 19: 1, 72–107.
- Simmel, Georg* [1918] 1984: Der Konflikt der modernen Kultur, Berlin.
- Singer, Kurt* 1949: The Idea of Conflict, Melbourne.
- Snyder, Glenn Herald* 1997: Alliance Politics, Ithaca, NY.
- Stein, Arthur A.* 1990: Why Nations Cooperate? Circumstance and Choice in International Relations, Ithaca, NY.
- Triepel, Heinrich* 1938: Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten, Stuttgart.
- Wallander, Celeste A./Keohane, Robert O.* 1999: Risk, Threat, and Security Institutions, in: Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O./Wallander, Celeste A. (Hrsg.): Imperfect Unions: Security Institutions over Time and Space, Oxford, 21–47.
- Wallander, Celeste A.* 2000: Institutional Assets and Adaptability: NATO after the Cold War, in: International Organization 54: 4, 705–736.
- Walt, Stephen M.* 1987: The Origins of Alliances, Ithaca, NY.
- Walt, Stephen M.* 1997: Why Alliances Endure or Collapse, in: Survival 39: 1, 156–179.
- Waltz, Kenneth N.* 1979: Theory of International Politics, Reading, MA.
- Waltz, Kenneth N.* 1990: Realist Thought and Neorealist Theory, in: Journal of International Affairs 44: 1, 21–37.
- Waltz, Kenneth N.* 2000: Structural Realism after the Cold War, in: International Security 25: 1, 5–41.

---

*Weber, Max* 1997: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen.

*Wendt, Alexander* 1999: *Social Theory of International Politics*, Cambridge.

*Zartman, I. William* 1985: *Ripe for Resolution: Conflict and Intervention in Africa*, New York, NY.

*Zongyou, Wei* 2006: In the Shadow of Hegemony: Strategic Choices, in: *Chinese Journal of International Politics* 1: 2, 195–229.



Präsident George Bush sen. (USA) und Generalsekretär Michail Gorbatschow (UdSSR) unterzeichnen am 31. Juli 1991 den bilateralen „Strategic Arms Reduction Treaty“ (START) im Kreml. Der mit umfangreichen Verifikationsmaßnahmen ausgestattete Vertrag zur drastischen Reduzierung und Limitierung strategischer Nuklearwaffen gilt als eines der weitreichendsten und komplexesten Rüstungskontrollabkommen der Geschichte. Der Vertrag trat 1994 in Kraft, als die Sowjetunion schon nicht mehr existierte. Er schrieb eine Obergrenze von 6000 stationierten Sprengköpfen auf land- und seegestützten ballistischen Raketen sowie Bombern vor und lief 2009 aus. Aktuell gilt zwischen den USA und Russland der Vertrag „NewSTART“, der diese Obergrenze weiter, auf 1550 Sprengköpfe, absenkt.

Bildquelle: Wikimedia Commons.

Frank Sauer und Niklas Schörnig

*Si vis pacem, para bellum* – wenn du den Frieden willst, bereite dich zum Krieg.<sup>1</sup> Es ist ein schlimmes Klischee ein Kapitel über *Rüstung* mit diesem abgegriffenen lateinischen Sprichwort zu beginnen. Alt und vielzitiert, ist es hier aber dennoch zweckdienlich – und zwar, um auf seine Widersprüchlichkeit hinzuweisen. Schließlich drängt sich bereits dem Laien rasch der Gedanke auf, dass das fortwährende „Rüsten zum Krieg für den Frieden“ letztlich doch eher nur den Krieg befördern könnte, statt diesen zu verhindern und den Frieden tatsächlich zu wahren. Mit diesem Einwand und dem Verweis auf die **Paradoxie des „Rüstens für den Frieden“** ist auch bereits ein wesentliches Moment genannt, aus dem sich Bestrebungen zur *Rüstungskontrolle* ableiten. Frieden und internationaler Sicherheit ist laut ihren Befürwortern mit Kooperation und Vertrauensaufbau eher gedient als mit unkontrollierter Rüstung. Auf beides, Rüstung und Rüstungskontrolle, wird dieses Kapitel systematisch eingehen.

Zunächst gilt es jedoch vorwegzuschicken, dass, wie schon in den vorangegangenen Kapiteln dieses Buches, auch im Folgenden auf einige **Theorien** – hier

---

1 Dieses Kapitel orientiert sich mit Blick auf Inhalt und Struktur am Lehrbuch „Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle“ von Harald Müller und Niklas Schörnig (2006). Das Kapitel greift des Weiteren auf Inhalte zurück, die von Frank Sauer im Rahmen eines gleichnamigen Seminars erarbeitet wurden, in dem das Lehrbuch die Textgrundlage darstellte. Gemeinsam mit Studierenden der Universität der Bundeswehr München wurden in diesem Seminar während des Herbsttrimesters 2010 die beiden Lemmata „Rüstungskontrolle“ und „Rüstungsdynamik“ unter dem Nutzernamen „Sowiog“ für die deutsche Wikipedia erstellt. Den Studierenden sei an dieser Stelle für ihre Arbeit und ihr Engagement noch einmal ganz ausdrücklich gedankt. Wikipedia ist zwar nach wie vor *keine zitierfähige Quelle*, dennoch seien die beiden Einträge den Leserinnen und Lesern dieses Buchs als *Nachschlagemöglichkeit* (und nicht zuletzt auch als Einladung zur Mitarbeit bei deren fortlaufender Aktualisierung und Verbesserung) ebenfalls ans Herz gelegt. Abschließend möchten wir Patrick Böttger für seine Unterstützung bei der Recherche für dieses Kapitel danken.

etwas allgemeiner als Denkströmungen bezeichnet – aus der Disziplin Internationale Beziehungen (IB) zurückgegriffen wird.<sup>2</sup> Dies geschieht vor allem, um unterschiedliche Antworten auf die Frage zu identifizieren, warum Staaten „(auf-) rüsten“. Die diesbezüglich präsentierten Denkansätze lassen sich mittels ein wenig theoretischem Hintergrundwissen leichter systematisieren, etwa mit Blick auf die Innen- und die Außendimension von Rüstung (siehe die Zusammenfassung bei Müller/Schörnig 2006: 221–227).

In diesem Zusammenhang sei betont, dass man sich von den vielen möglichen Perspektiven und „-ismen“ nicht einschüchtern lassen darf.

- Theoretischer Pluralismus ist begrüßenswert, denn er eröffnet mehr Freiheiten und Denkräume als eine theoretische Monokultur es erlauben würde.

Zugleich sollte man Perspektivenvielfalt nicht missverstehen als großes Durcheinander, aus dem heraus man sich Argumenten quasi wahllos bedienen kann.

- Entscheidend sind stets die Systematik des Arguments und eine präzise formulierte, wissenschaftliche **Fragestellung**, die man an ein Thema richtet.

Nur nach dem in der Fragestellung formulierten Erkenntnisinteresse sollten sich daraufhin die Wahl theoretischer Perspektiven und Zugriffe und deren *konsistente* Anwendung auf den Analysegegenstand ausrichten. Mit Blick auf die Inhalte dieses Kapitels bedeutet das: Wen beispielsweise die Rüstungsdynamik in einer bestimmten Region interessiert, z. B. weil ein Staat nach Nuklearwaffen strebt und viele verfeindete Staaten um ihn herum dies mit Argwohn betrachten, der wird mit der Kategorie der Macht, ihrer regionalen Verteilung, dem Sicherheitsdilemma und den Sicherheitsbedürfnissen der Staaten in der zu untersuchenden Konstellation, kurz: einem im weiteren Sinne „realistisch“<sup>3</sup> informierten Zugriff auf das Problem, nicht schlecht bedient sein. Wer sich hingegen dafür interessiert, weswegen ein Staat Milliarden für die Modernisierung seiner Flotte nuklear bewaffneter U-Boote ausgibt, obwohl die Sicherheitslage im Großen und Ganzen unverändert geblieben ist, der wird auf seiner Suche nach einer Antwort mit einem „liberalistisch“<sup>4</sup> informierten Zugriff und den entsprechenden Denkansätzen mitunter weiter kommen. Dies wird im Folgenden noch klarer werden.

Im ersten Abschnitt dieses Kapitels werden die Begriffe „Rüstung“ und „Rüstungskontrolle“ definiert. Dann wird das Kapitel beispielhaft einigen Triebfedern

---

2 Für eine Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen vgl. Krell (2009).

3 Für eine Einführung in den Realismus vgl. Krell (2009: Kap. 6).

4 Für eine Einführung in den Liberalismus vgl. Krell (2009: Kap. 7).



für Rüstung im Sinne der hier einleitend angesprochenen Perspektiven und Analyseebenen nachspüren, also verschiedenen Antworten auf folgende Frage nachgehen: Warum rüsten Staaten? Anschließend widmet es sich der Frage, welche Maßnahmen Rüstungskontrolle als politische Reaktion ins Feld führt, einige davon detaillierter beleuchtend. Gemäß dem einheitlichen Vorgehen in diesem Buch wird im letzten Abschnitt abschließend eine kleine Auswahl von Debatten – sowohl grundlegende, schon länger anhaltende, als auch aktuelle – mit Blick auf das Verhältnis von Rüstung und Rüstungskontrolle sowie Sinn und Unsinn von Rüstungskontrollmaßnahmen präsentiert.

---

### 2.4.1 Definitionen

Gemäß Völkerrecht haben Staaten das Recht auf Selbstverteidigung. **Rüstung** ist vor diesem Hintergrund zunächst nichts Ungewöhnliches.

- **Rüstung** ist der politisch-militärische Prozess, mit dem Staaten die Beschaffung und Bereitstellung von „Instrumenten der organisierten Gewaltausübung“ für die Außen- und Sicherheitspolitik betreiben.

Diese Definition stammt von Harald Müller und Niklas Schörning (2006: 15). Problematisch wird besagter Prozess, wenn Aufrüstung mit den genannten Instrumenten die Gefahr eines zwischenstaatlichen Krieges erhöhen könnte. Im allgemeinen Sprachgebrauch fällt in diesem Zusammenhang häufig der Begriff des „**Wettrüstens**“. Zwar ist der Begriff des Wettrüstens nicht auf Massenvernichtungswaffen begrenzt, aber in der Regel wird mit ihm auf die Zeit des Ost-West-Konflikts Bezug genommen, in dem die USA und die UdSSR Nuklearwaffen und Trägersysteme in großer Zahl anhäuften, also „aufrüsteten“. Aus politikwissenschaftlicher Sicht erscheint **Rüstungsdynamik** als geeignetere Vokabel, da „Wettrüsten“ nur eine extreme Form der Rüstungsdynamik darstellt und der Begriff zudem politisch aufgeladen ist. Auch impliziert Wettrüsten gemäß allgemeinem Sprachgebrauch eine Konstellation aus zwei unmittelbar aufeinander bezogenen staatlichen Akteuren. Es wird aber später noch gezeigt werden, dass eine Rüstungsdynamik auch ohne direkten Bezug auf einen (realen oder imaginierten) Opponenten entstehen kann. Zudem erlaubt der Begriff der Rüstungsdynamik in Rechnung zu stellen, dass der Rüstungsprozess reguliert sein und außer (kontrollierter) **Aufrüstung** auch **Abrüstung**, also die (häufig vertraglich vereinbarte) Verminderung der Kapazitäten militärischer Gewaltanwendung, bedeuten kann (damit folgen wir dem Sprachgebrauch von Müller/Schörning (2006) und Buzan/Herring (1998)).

Beim Begriff der „**Abrüstung**“ ist es sehr wichtig zu unterscheiden, da der Begriff als Prozess, also als die quantitative Reduktion von Waffensystemen über einen bestimmten Zeitraum hinweg, *und* als (erhoffter oder angestrebter) Endzustand verstanden werden kann. Zur leichteren Unterscheidung wird Letzteres meist als „**vollständige Abrüstung**“ beschrieben. Verstanden als „abgerüstete Welt“, also als Welt frei von jeglichen Waffen, erscheint Abrüstung als ein recht utopischer Gedanke (Müller/Schörnig 2006: 125–126; Larsen 2009: 4). Doch es gibt Fälle, in denen zumindest bestimmte Kategorien von Waffen aus bestimmten Regionen entfernt, zahlenmäßig drastisch reduziert oder vollständig abgerüstet wurden. Ein häufig zitiertes Beispiel aus der weiter zurückliegenden Geschichte ist etwa das Rush-Bagot-Abkommen von 1817, in dessen Zuge die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich auf eine weitgehende Demilitarisierung der „Großen Seen“ an der Grenze zum heutigen Kanada einigten (Burns 1993: 1). Ein prominentes Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ist der sogenannte INF-Vertrag über Intermediate Nuclear Forces, mit dem US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow sich 1987 auf eine Abrüstung nuklearer Mittelstreckenraketen einigten. Die Chemiewaffenkonvention aus dem Jahre 1993 verbietet eine Kategorie von Waffen sogar gänzlich, die Vernichtung der Bestände chemischer Waffen läuft derzeit weltweit. Zwei aktuelle Beispiele für Abrüstungsbestrebungen sind die Kampagne zum weltweiten Bann von Anti-Personenminen, die bereits einige ihrer Ziele verwirklichen konnte, sowie die *Global Zero*-Bewegung, mit der viele die Zukunftshoffnung auf die vollständige Abrüstung aller Nuklearwaffen verbinden.

Eine weitere wichtige Unterscheidung, die allerdings leider oft nicht vollzogen wird, ist die zwischen „Abrüstung“ und „Rüstungskontrolle“. Auch diese Begriffe sollten nicht gleichgesetzt oder verwechselt werden (Müller/Schörnig 2006: 124; Larsen 2009: 3–4; Burns 1993: 2–4).

- Während **Abrüstung** immer auf eine Reduktion bestehender oder geplanter Arsenale zielt, *kann Rüstungskontrollpolitik* manchmal auch – dann aber eben vereinbarte und regulierte, also *kontrollierte* – *Aufrüstung* mit sich bringen.

Denn wenngleich die rüstungskontrollpolitische Steuerung der Rüstungsdynamik in der Regel auf Reduktionen abzielt, kann es unter bestimmten Bedingungen hilfreich sein, *unkontrollierten* Aufwuchs von Waffenarsenalen einzudämmen, indem Wachstumsraten begrenzt, Obergrenzen festgelegt oder technische Details spezifiziert werden. Rüstung wird in diesen Fällen also kontrolliert, ohne dass Abrüstung stattfindet. Rüstungskontrolle kann folglich Regelungen und/oder Verbote für Entwicklung, Produktion, Aufbewahrung und Weiterverbreitung bzw. Weitergabe von Rüstungsgütern beinhalten.

Angelehnt an Harald Müller (1996: 405) und Jeffrey Larsen (2009: 1) lässt sich **Rüstungskontrolle** also wie folgt definieren:

- **Rüstungskontrolle** ist der „Versuch, Sicherheit nicht länger durch unilaterale Verteidigungs- und Rüstungspolitik, sondern durch das kooperative Einwirken auf das wechselseitige Rüstungsverhalten zu erreichen“.

Welche Maßnahmen und Instrumente zur rüstungskontrollpolitischen Regulierung der Rüstungsdynamik im Detail zur Verfügung stehen, wird im Abschnitt 2.4.2.2 diskutiert. Betrachten wir zunächst die Definition von Rüstungskontrolle genauer.

Die gewachsene Bedeutung von nicht-staatlichen Akteuren für die internationale Sicherheit ist auch an Rüstungskontrolle nicht spurlos vorbeigegangen – so sind bspw. Nichtregierungsorganisationen in der Rüstungskontrollpolitik einflussreich und in großer Zahl aktiv. Dennoch, sie ist (vor allem im Bereich der Massenvernichtungswaffen) weiterhin vorrangig ein Element *zwischenstaatlicher* Außen- und Sicherheitspolitik. Nicht zuletzt durch den vielzitierten „Aufstieg neuer Mächte“ – wie China, Indien, Brasilien – spricht vieles dafür, dass Rüstungskontrolle, auch in einer globalisierten Welt mit diversifizierteren Akteurskonstellationen, einen hohen Stellenwert im zwischenstaatlichen Austausch behalten, möglicherweise sogar noch mehr herausgefordert werden wird. Nicht zuletzt deswegen findet sie im Rahmen dieses Kapitels Berücksichtigung und soll im Folgenden dann auch vorrangig aus dem zwischenstaatlichen Blickwinkel betrachtet werden.

Rüstungskontrolle ist im Wesentlichen eine Reaktion von Staaten auf die sich zwischen ihnen entfaltende Rüstungsdynamik (deren Entstehungshintergründe im nächsten Abschnitt näher thematisiert werden) und wird in Form formaler bi- oder multilateraler Diplomatie sowie in internationalen Foren wie etwa den Vereinten Nationen betrieben. Zu ihrer besonderen Prominenz gelangte Rüstungskontrolle vor allem durch den Eintritt ins Nuklearzeitalter sowie in der anschließenden zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die zu Zeiten des Ost-West-Konflikts unter dem Eindruck der nuklearen Rüstungsdynamik entwickelte „**Rüstungskontrolltheorie**“ (Müller 1996: 399–401; Larsen 2009: 7–11), also die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Ursachen von Rüstungsdynamiken samt Vorschlägen, wie mit solchen Prozessen rüstungskontrollpolitisch umgegangen werden soll, ist Wissenschaft mit Praxisanspruch und normatives Projekt zugleich (Müller/Schörnig 2006: 123) – denn:

- Rüstungskontrolle ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um andere, übergeordnete politische Ziele zu erreichen.

Zentral ist hier der eingangs geäußerte Verdacht hinsichtlich des zwiespältigen Verhältnisses von vermehrter Sicherheit und vermehrter Rüstung zur Vorbeugung des Krieges. Nicht das Anhäufen weiterer Rüstungsgüter, sondern die Kontrolle der Rüstungsdynamik und das Verhindern gefährlicher Rüstungswettläufe, die zwischenstaatliche Beziehungen destabilisieren und kriegsanfälliger machen könnten, schafft demnach gemäß der Rüstungskontrolltheorie mehr Sicherheit.<sup>5</sup> Außerdem soll Rüstungskontrolle der Einsicht Rechnung tragen, dass für Rüstungsgüter allokierte Ressourcen im Sinne eines „guten Lebens“ für möglichst viele Menschen besser für andere Dinge wie Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und den Wohlstand der Zivilbevölkerung im Allgemeinen aufgewendet wären.

Vor diesem Hintergrund lassen sich also drei große **normative Ziele** definieren, die über das Mittel der **Rüstungskontrolle** erreicht werden sollen (Müller/Schörnig 2006: 124–127; Larsen 2009: 10).

### Die drei Ziele der Rüstungskontrolle

- (1) Die **Verhütung des Krieges**
- (2) Die **Schadensbegrenzung** im eventuellen Kriegsfall
- (3) Die **Senkung von Kosten**, die durch Rüstung erzeugt werden

#### 2.4.1.1 Ziele der Rüstungskontrolle im Detail

Betrachten wir die ersten beiden Ziele der Rüstungskontrolle, denen seit dem Anbruch des Nuklearzeitalters ein besonderer Stellenwert zukommt, noch etwas genauer. Den Ausbruch eines Krieges zu verhindern und die Schäden eines solchen zu begrenzen – diesen Zielen wird durch die enorme Zerstörungskraft von **Nuklearwaffen** eindeutig eine besondere Dringlichkeit verliehen. Der Verweis auf das nach der Kuba-Krise zwischen den USA und der UdSSR als direkte Kommunikationsverbindung eingerichtete „Rote Telefon“ ist gleichsam Sinnbild und erstes Beispiel für die stabilisierende Wirkung durch Austausch und den Aufbau von Vertrauen im Rahmen von Rüstungskontrolldiplomatie. Es folgte in den Jahren und Jahrzehnten darauf die „Buchstabensuppe“ mit Vertragskürzeln wie SALT, ABM, START und dem bereits genannten INF, unter anderem zur Limitierung der Nuklearwaffenarsenale (*Strategic Arms Limitation Talks*, SALT), dem weitgehenden Verbot von Raketenabwehrsystemen (*Anti Ballistic Missile Treaty*, ABM) und nicht zuletzt der Verkleinerung der Arsenale (*Strategic Arms Reduction Talks*, START). Nuklearwaffentests wurden unter die Erde verbannt (*Limited Test Ban*

5 Vgl. hierzu auch Abschnitt 2.4.2 weiter unten sowie das Kapitel über *Krieg und Frieden* (2.1).

*Treaty*), im Weltraum wurden Nuklearwaffen verboten (*Outer Space Treaty*) und mit dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (*Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons*, kurz NPT oder NVV auf Deutsch) wurde ihre Weiterverbreitung auf dem Globus einzudämmen versucht.<sup>6</sup> In der Tat gibt es denn auch gute Gründe anzunehmen, dass Rüstungskontrollmaßnahmen die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion, heute Russland, moderiert und stabilisiert haben, den beiden angestrebten Zielen somit insgesamt zuträglich waren.<sup>7</sup>

Abschließend lässt sich sagen, dass die beiden genannten Ziele speziell mit Blick auf Nuklearwaffen, so sie denn jemals überhaupt erreicht werden können, bis heute ihre Brisanz behalten haben. Ein massiver nuklearer Schlagabtausch zwischen zwei Nuklearwaffenstaaten (seien es USA und Russland oder auch Indien und Pakistan) ist auch gegenwärtig ein nicht gänzlich undenkbares Szenario, das katastrophale Schäden nach sich ziehen würde und im schlimmsten Fall das Überleben der gesamten Menschheit gefährden könnte.

Rüstungskontrolle ist selbstverständlich nicht nur auf die ehemaligen Supermächte des Kalten Krieges begrenzt. Der oben angesprochene NVV ist beispielsweise nahezu universell, also von fast allen Staaten der Welt mitgetragen.<sup>8</sup> Außer-

- 
- 6 Für eine umfassende Darstellung der Geschichte der Rüstungskontrolle von den Haager Abkommen am Ende des 19. Jahrhunderts bis zu den ersten Rüstungskontrollverträgen des jungen 21. Jahrhunderts siehe Goldblat (2002), für die hier angesprochene nukleare Rüstungskontrolle im Ost-West-Konflikt darin insbesondere die Kapitel 4 bis 6.
  - 7 Die Frage nach dem nuklearen Kriegausbruch oder vielmehr dessen Ausbleiben, warum also nach den beiden Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki nie wieder Nuklearwaffen im Krieg Verwendung fanden, ist durch den Verweis auf Rüstungskontrolle selbstverständlich nicht abschließend beantwortet und muss sich auf andere Überlegungen erstrecken, u. a. die Strategie der nuklearen Abschreckung und den Einfluss des sogenannten nuklearen Tabus betreffend (für einen Überblick siehe Sauer 2008; siehe weiterführend Morgan 2003; Freedman 2004; Tannenwald 2007; Paul 2009). In der komplexen Gemengelage des Ost-West-Konflikts war Rüstungskontrolle mit Blick auf die Nuklearkriegsverhütung nur *ein* Faktor unter mehreren, die Tradition des Nichtgebrauchs sicher festigender, aber eben nur mittelbar wirkender.
  - 8 Der auch Atomwaffensperrvertrag genannte NVV hat aktuell 189 Unterzeichner- bzw. Mitgliedsstaaten. Er dient der Nichtverbreitung und Abrüstung von Nuklearwaffen sowie der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Der Vertrag basiert auf einem Handel: Die „Haves“ verpflichten sich, Nuklearwaffen nicht weiterzugeben und auf die Abrüstung ihrer Arsenale hinzuarbeiten. Die „Have-Nots“ verpflichten sich, keine Nuklearwaffen anzuschaffen und erhalten im Gegenzug Hilfe bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die „Haves“, die laut NVV „offiziellen Nuklearwaffenstaaten“, sind China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA (identisch mit den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen). „Offizielle Nuklearwaffenstaaten“ sind im NVV definiert als diejenigen Staaten, die vor 1967 einen Nukleartest durchgeführt haben. Die einzigen vier Nichtmitglieder des Vertrags sind Indien, Israel, Nordkorea, Pakistan. Problematisch ist dabei natürlich, dass es sich bei diesen vier Nichtmitgliedern zugleich um „inoffizielle Nuklearwaffenstaaten“ handelt, die *nach* 1967 ebenfalls Nuklearwaffen hergestellt und getestet haben. Indien und

dem wurden in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts auch **biologische und chemische Massenvernichtungswaffen** Verboten und Kontrollen unterworfen. Des Weiteren sind **konventionelle Waffen**, also Kriegsgerät wie Panzer und Flugzeuge (z. B. im Rahmen des *Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa*, *KSE-Vertrag*) sowie sogenannte „small arms and light weapons“ (von einer Person bedienbare Kleinwaffen wie Handfeuerwaffen, Sturmgewehre bis hin zu schultergestützten Boden-Luft-Raketen) ebenfalls bereits seit Jahrzehnten Ziele diverser Rüstungskontrollmaßnahmen (Müller/Schörnig 2006: 198–220).

In welchem Ausmaß all diese Bemühungen seit 1945 Krieg verhindert und Schäden begrenzt haben, ist, wie im Falle der Nuklearwaffen, nahezu unmöglich exakt zu bestimmen. Mit Blick auf die Komplexität internationaler Politik, die Kontingenz historischer Entwicklungen und die enorme Zahl denkbarer Einflüsse lässt sich zumindest keinesfalls einfach behaupten, dass Rüstungskontrollpolitik für eine Annäherung an diese beiden Ziele *alleine* verantwortlich war.

- Nichtsdestotrotz ist es plausibel anzunehmen, dass Rüstungskontrolle in der internationalen Politik einen signifikanten Beitrag zur Kriegsverhütung und Schadensbegrenzung geleistet hat – und weiter leistet.

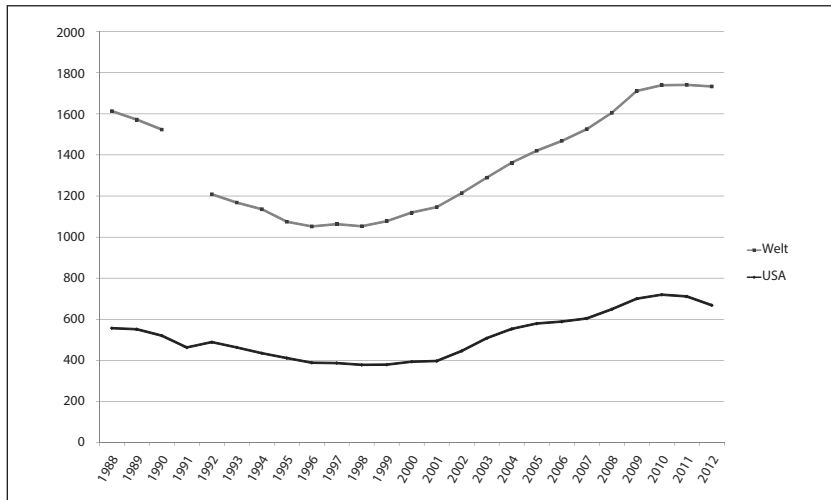
Mit Blick auf das dritte Ziel der Rüstungskontrolle – die **Kostensenkung** – soll hier der Versuch unternommen werden, ein Gefühl für die ungefähren Größenordnungen zu vermitteln. Betrachtet man zu diesem Zweck einmal die gesamten Ausgaben für Rüstungsgüter im globalen Maßstab, so beläuft sich diese weltweite Summe laut SIPRI (2011a) im Jahr 2012 auf geschätzte 1,75 Billionen US-\$ (englisch: Trillionen). Das entspricht ungefähr 250 US-\$ pro Kopf der Weltbevölkerung. Geld, so würden Rüstungskontrollbefürworter argumentieren, das für Nahrung, medizinische Versorgung oder Bildung hätte investiert werden können.

Des Weiteren ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass die weltweiten Rüstungsausgaben sich über die ersten zehn Jahre des 21. Jahrhunderts hinweg in kontinuierlichem Anstieg befanden. Wenngleich also nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in den 1990er Jahren die Rüstungsausgaben zunächst sanken und vielfach Hoffnungen auf eine „Friedensdividende“ aufkamen (Wulf 2000), so stiegen diese doch bereits seit dem beginnenden neuen Jahrtausend wieder an. Erst

---

Pakistan verfügen über Nukleararsenale, Israel ebenfalls, wenngleich es dies offiziell nicht bestätigt und über die genauen Umstände des israelischen Tests nur spekuliert werden kann. Im Falle Nordkoreas geht man davon aus, dass das Land 2006 einen ersten (bedingt erfolgreichen) Test durchgeführt hat und ebenfalls eine überschaubare Anzahl von Nuklearwaffen besitzt. Zur Diskussion der Frage, wann ein Staat als „Nuklearwaffenstaat“ gelten kann, siehe Hymans (2010).

**Abbildung 1** Rüstungsausgaben der USA und weltweit von 1988 bis 2012  
(in Mrd. US-\$ von 2011)



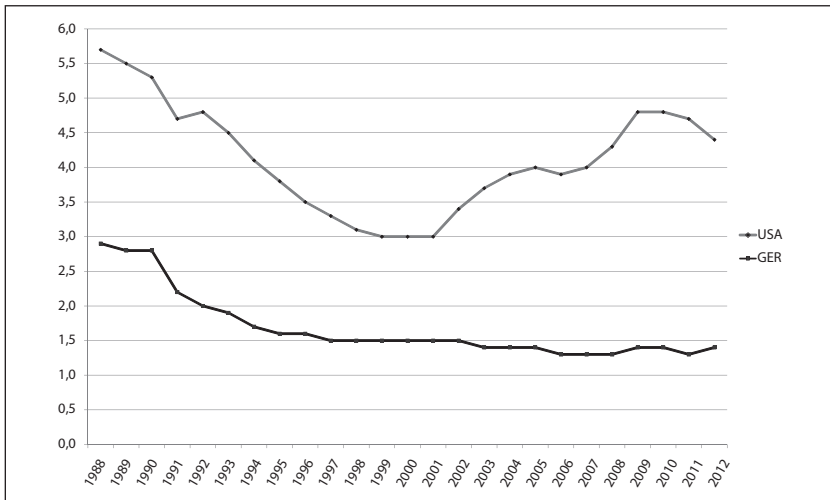
Quelle: Military Expenditure Database Excel Workbook, Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI); 26. 04. 2013. Zustimmung des SIPRI zur Benutzung der Daten liegt vor. „Welt“: keine Angabe für 1991.

die Finanz- und Wirtschaftskrise beendet diese Entwicklung jüngst, wodurch im Jahr 2012 die weltweiten Ausgaben zum ersten Mal seit 1998 wieder sanken. Abbildung 1 zeigt diese Entwicklung zwischen 1988 und 2012 in der Gesamtschau.

Einsamer Spitzenreiter bei den Rüstungsausgaben sind dabei nach wie vor die USA. Nach Angaben des *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI 2011a) entfielen im Jahr 2012 allein auf die USA 39 Prozent der weltweiten Aufwendungen für Rüstungsgüter. Sie wurden gefolgt von China mit 9,5 Prozent und Russland mit 5,2 Prozent.

Ein Vergleich mit Deutschland zeigt, dass die USA gemessen am Anteil des Bruttoinlandsprodukts in den letzten zwei Jahrzehnten stets das Doppelte bis Dreifache für Rüstung ausgeben haben, wie Abbildung 2 veranschaulicht. Man erkennt auch deutlich, dass es in den USA nach den Terroranschlägen von 2001 eine deutliche Zunahme der Rüstungsausgaben gab – eine Entwicklung, die in Deutschland trotz seines militärischen Engagements in Afghanistan ausgeblieben ist. Dies ist im Sinne der Kostensenkung zu begrüßen. Andererseits erntet Deutschland für seine Zurückhaltung bei den Aufwendungen für die Bundeswehr

**Abbildung 2** Rüstungsausgaben der USA und Deutschlands von 1988 bis 2012 im Vergleich (in % des BIP)



Quelle: Military Expenditure Database Excel Workbook, Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI); 26. 04. 2013. Zustimmung des SIPRI zur Benutzung der Daten liegt vor.

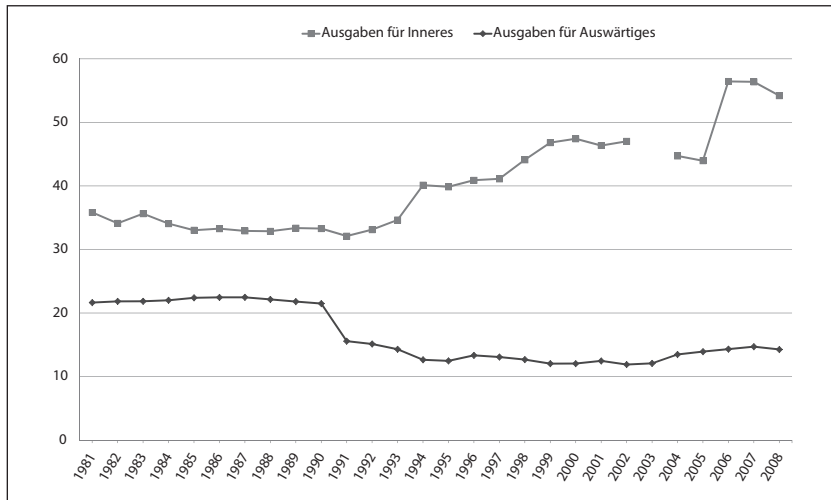
bisweilen Kritik, zum einen von Seiten seiner NATO-Partner, zum anderen von Soldaten im Einsatz, die einen Mangel an Ausrüstung beklagen. Gut zu erkennen ist in Abbildung 2 aber auch der Rückgang der US-amerikanischen Ausgaben in der jüngeren Vergangenheit im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Abschließend ein detaillierter Blick auf die Entwicklung in Deutschland. Die deutschen Ausgaben für „Auswärtiges“ (hier verstanden als die Bündelung der Ausgaben für das Auswärtige Amt, das Bundesverteidigungsministerium und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) sind bereits seit Jahren rückläufig zugunsten stärkerer Aufwendungen für „Inneres“ (hier verstanden als die drei Ministerien für Arbeit und Soziales, für Inneres sowie für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung). Abbildung 3 zeigt diese Entwicklung zwischen 1981 und 2008 – also noch vor dem Einsetzen der Finanz- und Wirtschaftskrise.<sup>9</sup>

<sup>9</sup> Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang aber auch, dass Deutschland nach Angaben von SIPRI (2011b) mit rund 7 Prozent Anteil am Welthandel zwischen 2008 und 2012 hinter den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur der Welt war.



**Abbildung 3** Deutschlands Ausgaben für Auswärtiges und ausgewählte Bereiche des Inneren 1981–2008 (in % des Gesamthaushalts).\*



\* Die Grafik beruht ursprünglich auf einer eigenen Zusammenstellung von Zahlen der Bundeshaushalte von 1981 bis 2003, die Frank Sauer 2003 für einen Beitrag von Prof. Dr. Gunther Hellmann erstellt hatte. Die Datenreihe wurde 2010 von Christine Andrä aktualisiert und fortgeführt, mit Hilfe eines Kettenindexwerts neu bereinigt und uns dankenswerterweise für diesen Beitrag zur Verfügung gestellt. Für 2003 wurden keine Angaben gemacht, da die Ausgaben des Ressorts Arbeit und Soziales nicht verfügbar waren. In 2004 und 2005 kam es auf Grund veränderter Ressortzuschnitte zu einer anderen Zusammensetzung der „Innerstaatlichen Ausgaben“. Am übergeordneten Trend ändert dies nichts.

Das oben angeführte Vergleichsbeispiel USA und Deutschland aus Abbildung 2 ist insofern repräsentativ, als tatsächlich so gut wie kein Staat der Welt heute mehr als 10 % des BIP für Rüstung aufwendet. Besonders für die OECD-Welt lässt sich des Weiteren festhalten, dass Rüstungsausgaben heute in der Regel nur einen – mehr oder weniger – überschaubaren, also *einstelligen*, Prozentanteil an den Gesamtausgaben eines Staates ausmachen. Das deutsche Beispiel in Abbildung 3 steht insofern stellvertretend für eine Entwicklung in modernen Industriestaaten, in denen (nicht zuletzt weil in diesen seit Jahren ein demographischer Wandel durch eine im Durchschnitt alternde Bevölkerung zu beobachten ist) Ausgaben für Gesundheit, Rente und Soziales den Löwenanteil der Staatsausgaben ausmachen und Ausgaben für Rüstung somit deutlich übersteigen.

Vor diesem Hintergrund, und auch wenn Kostensenkung vielfach als das eher nachgeordnete unter den drei oben genannten Zielen der Rüstungskontrolle gilt,

soll abschließend noch einmal auf die nukleare Rüstung während des Ost-West-Konflikts verwiesen werden, um die Betrachtungen in diesem Abschnitt in einen historischen Kontext einzubetten. Für die Entwicklung der Atombombe sowie die Kontrolle, das Aufrechterhalten bis hin zur teilweisen Abrüstung des nuklearen Arsenal der USA hat Stephen I. Schwartz (1998) in seinem bei der *Brookings Institution* angesiedelten *Nuclear Weapons Cost Study Project* für den Zeitraum 1940–1996 die exorbitante Summe von 5,5 Billionen [sic!] US-\$ errechnet (konstant nach US-\$ Kurs von 1996).<sup>10</sup> Die Möglichkeiten, die bereits ein kleiner Teil dieser Summe, für andere Zwecke und menschliche Bedürfnisse eingesetzt, über Jahrzehnte eröffnet hätte, veranlasst Rüstungskontrollbefürworter am dritten Ziel festzuhalten.

Nachdem fürs erste Vokabeln wie **Aufrüstung**, **Abrüstung**, **Rüstungsdynamik** sowie die Ziele der Rüstungskontrolle – **Kriegsverhütung**, **Schadensbegrenzung** und **Kostensenkung** – definiert und etwas detaillierter erörtert wurden, holen uns die Ausgangsfragen wieder ein. Warum rüsten Staaten? Und was *genau* umfasst Rüstungskontrollpolitik?

---

## 2.4.2 Denkansätze

Warum rüsten Staaten, d. h. warum erfinden, beschaffen und unterhalten sie Instrumente zur organisierten, militärischen Gewaltausübung? Diese Frage soll im folgenden Abschnitt unter Zuhilfenahme dreier theoretischer Denkströmungen beantwortet werden, die sich bereits in anderen Kapiteln dieses Buches als hilfreich erwiesen haben und mittels derer sich die existierenden Denkansätze zum Thema Rüstung ordnen lassen.<sup>11</sup> Im zweiten Schritt werden dann einige Maßnahmen genauer beleuchtet, die Rüstungskontrolle zur Kontrolle der Rüstungsdynamik in Anschlag bringt. Zur Systematisierung dient in diesem Fall ein Schema möglicher „Konfliktgrade“.

### 2.4.2.1 Ursachen und Gründe für Rüstung

Nach einem besonders prominenten Denkansatz ist Rüstung der Schlüssel für den erfolgreichen Umgang mit Bedrohungen von außen, kurz: *das* Mittel zur Er-

---

10 Es liegt hier keine Verwechslung der amerikanischen „Billion“ mit der deutschen „Milliarde“ vor. Es handelt sich in der Tat um ein „5,5 trillion dollar investment“ (Schwartz 1998), also um 5,5 *Billionen* US-\$.

11 Vgl. etwa die Kapitel zu *Krieg und Frieden* (2.1) und *Allianzen* (2.3).

zeugung internationaler **Sicherheit**. Folglich wird das eingangs zitierte lateinische Sprichwort gerne von Vertretern des „**Realismus**“ bemüht, der theoretischen Strömung in den IB, in der es traditionell besonders großen Widerhall findet.<sup>12</sup> Die sowohl in der politischen Praxis als auch der wissenschaftlichen Beschäftigung mit internationaler Politik weit verbreitete realistische Perspektive verweist auf die überragende Bedeutung von Macht in der internationalen Politik. Während der Realismus das Innere der Staaten als hierarchisch und mit einem Gewaltmonopol versehen beschreibt, wird im Kontrast dazu die Domäne der internationalen Politik aufgrund des Fehlens einer solchen übergeordneten Instanz mit der Gewalt zur Regel(durch)setzung als anarchisch verstanden, weswegen im Realismus stets von der „**Anarchie** im internationalen System“ die Rede ist. Im Innern eines Rechtsstaats sind unter anderem die Polizei und die Justiz verantwortlich, die Bürger voreinander und vor der Staatsgewalt selbst zu schützen. Zwischen den Staaten jedoch fehlen vergleichbare Instanzen. Folglich ist jeder Staat selbst für seine Sicherheit verantwortlich, das „internationale System“ ist gemäß dieser Interpretation ein „**Selbsthilfesystem**“.

- Staatlicher „Selbsterhaltungstrieb“ und Ungewissheit über die Absichten anderer Staaten liefern so aus realistischer Perspektive die entscheidenden Impulse, die jeden einzelnen Staat zur Mehrung der eigenen Macht – und hier eben vorrangig verstanden als das *Bereithalten militärischer Kapazitäten* oder „Machtmittel“ – veranlassen, um mit diesen die eigene Sicherheit zu gewährleisten.

Was John Herz das „**Sicherheitsdilemma**“ genannt hat, folgt als logische Konsequenz aus dieser Vorstellung – es schlägt sich mit Blick auf Rüstungsdynamik in einem simplen „Aktions-Reaktions-Schema“ nieder (Müller/Schörnig 2006: 39–40; Buzan/Herring 1998: 83–100). Das Sicherheitsdilemma kann folgendermaßen beschrieben werden: Da Staat A nicht gewiss sein kann, dass die auf Seiten von Staat B beobachteten Rüstungsprojekte nur defensiven Zwecken dienen, sondern zur Wahrung der eigenen Sicherheit annehmen muss, dass diese potenziell eine Bedrohung für seine Existenz darstellen, ist Staat A in dieser Logik geradezu

---

12 Siehe zu den beiden Denkströmungen Realismus und Neo-Realismus einführend und in deutscher Sprache Krell (2009: Kap. 6) sowie Jacobs (2003), Schörnig (2003) und Masala (2005). Fortgeschrittene Leserinnen und Leser seien auf die grundlegenden Werke des Realismus im 20. Jahrhundert im Original verwiesen, insbesondere Carr (2001 [1939]) und Morgenthau (2005 [1948]) sowie – mit Blick auf die Entwicklung und Abgrenzung des Neo- oder strukturellen vom klassischen Realismus – Waltz (1959; 1979). Für eine lesenswerte, scharfe Kritik an Waltz' *Theory of International Politics* siehe Ashley (1986), für weitere Auseinandersetzungen mit Waltz siehe Keohane (1986) und für eine gelungene, wohlwollend-kritische Auseinandersetzung mit dem Realismus in den IB im Allgemeinen siehe Guzzini (2004).

gezwungen selbst – zur Sicherheit – auf- und nachzurüsten. Staat B unterliegt denselben Bedingungen. Auch Staat B muss folglich, hat er die Rüstungsbestrebungen von Staat A erkannt, weiterrüsten. Nach diesem Muster perpetuiert sich das Dilemma. Beide Staaten setzen aufgrund von Ungewissheit über die Absichten des Gegenübers (und weil sie sich nur auf sich selbst und niemanden sonst verlassen können) eine Rüstungsspirale in Gang und erzeugen eine Situation, die möglicherweise durch Kommunikation gemildert aber scheinbar doch nie völlig überwunden werden kann, da kein Staat wirklich sicher sein kann, dass sein Gegenüber aufrichtig über seine Intentionen Auskunft gibt. Dies ist aus realistischer Perspektive zumindest solange der Fall, wie sich grundsätzliche Parameter des internationalen Systems nicht verändern – etwa indem ein Weltstaat mit einer Weltpolizei auf den Plan tritt, wodurch Regel(durch)setzung ähnlich wie im Inneren der Staaten fortan auch international möglich wäre. Im Folgenden wird jedoch deutlich werden, warum dieses Aktions-Reaktions-Schema in der Realität nur in bestimmten Konstellationen zur Entfaltung kommt.

Insbesondere der strukturelle oder auch *Neo-Realismus* blendet die innere Verfasstheit der Staaten bei seinen Überlegungen gänzlich aus. Egal ob Demokratie oder Autokratie, die strukturellen Zwänge des internationalen Systems gelten für alle Staaten gleichermaßen, so das Argument. Wer überleben will, der muss eben den Tatsachen ins Auge sehen und im wahrsten Sinne des Wortes „gerüstet“ sein, d. h. über entsprechende Machtmittel verfügen, um sich im Notfall eines Angreifers erwehren zu können. Die Vorteile der realistischen Perspektive auf internationale Beziehungen und Macht als Quelle von Sicherheit liegen in ihrer Eleganz und Einfachheit. Trotz weniger, aufs Notwendigste beschränkter Faktoren, scheint eine realistische Perspektive auf den ersten Blick doch das Wesentliche erkennen und erklären zu können.

Auf den zweiten Blick allerdings mutet ein „realistischer“ Blick auf die Welt doch ein wenig unvollständig, ja sogar artifiziell an.

- Ein Blick in die Tageszeitung genügt, um festzustellen, dass das Tagesgeschäft internationaler Sicherheit nicht *ausschließlich* von Macht, Anarchie und dem Sicherheitsdilemma bestimmt ist.

Deutschland, so viel steht fest, hält jedenfalls nicht an der Bundeswehr oder einzelnen Rüstungsprojekten fest, weil es täglich mit dem Einmarsch der in unmittelbarer Nachbarschaft stationierten französischen Truppen rechnen muss. Auch herrscht zwischen den beiden Staaten keine sich aufschaukelnde Aktions-Reaktions-Spirale (mehr). Ganz im Gegenteil, Deutschland ist in Europa heute glücklicherweise „von *Freunden* umzingelt“. Und Freunde bedrohen die eigene Sicherheit nicht, sondern stehen einem im Notfall sogar zur Seite, etwa weil sie, wie in

Kapitel 2.3 beschrieben, durch eine zweckorientierte Allianz zusammengeschlossen oder sogar noch enger, in einer „**Sicherheitsgemeinschaft**“, miteinander verbunden sind. Dem auf Karl W. Deutsch zurückgehenden Konzept der Sicherheitsgemeinschaft folgend, können zwischenstaatliche Beziehungen sich eben *doch* weg vom oben skizzierten Sicherheitsdilemma und hin zu einem Zustand entwickeln, in dem sich eine stabile Erwartung friedlicher Koexistenz ausprägt hat. Misstrauen und Rüstungsspiralen haben dann weniger oder gar keine Bedeutung mehr. Die deutsch-französische Freundschaft und ihre enge, gemeinsame Einbettung in die Europäische Union legen davon quasi täglich Zeugnis ab. Ganz offensichtlich ist die Lage der internationalen Sicherheit, einschließlich der denkbaren Triebfedern für Rüstung, auf den zweiten Blick doch etwas komplizierter als die auf das „big picture“ abzielende realistische Perspektive erkennen lässt.

Um nicht mehr nur in nackten Kategorien der Macht denken zu müssen und der **sozialen Dimension** der – ja schließlich *menschengemachten* – internationalen Politik gerechter zu werden, hat Alexander Wendt vorgeschlagen, die vom Realismus absolut und statisch gesetzte Anarchie als unterschiedlich ausgestaltbar zu begreifen. Wendt (1992) fasst diese Überlegungen einprägsam unter der Formel „Anarchy is what states make of it!“ zusammen. Die jüngere, aber in den letzten zwei Jahrzehnten in den IB sehr bedeutsam gewordene Denkströmung des Sozialkonstruktivismus weist in dieser Hinsicht darauf hin, dass Anarchie nicht zwingend dem Hobbes'schen Naturzustand ähneln muss, den der Realismus beschreibt. Vielmehr könne statt der **Feindschaft** auch eine Locke'sche Kultur der **Rivalität** vorherrschen, die dem Recht auf staatliche Souveränität stärker Rechnung trägt. Drittens könne sogar eine Kant'sche Kultur der **Kooperation und Freundschaft** ausgeprägt sein (Wendt 1999: 246–313).<sup>13</sup>

- Denkt man entlang sozialkonstruktivistischer Bahnen, so erschließt sich nicht nur das konkrete Beispiel der Abwesenheit einer Rüstungsdynamik zwischen den ehemals verfeindeten Staaten Frankreich und Deutschland, sondern es wird ganz allgemein deutlich, dass zwischenstaatliche Beziehungen *soziale* Beziehungen sind, diese also differenziert ausgestaltet sein können – wodurch wiederum Anforderungen an sowie Ausgestaltung von Rüstungskontrollmaßnahmen ebenfalls vom konkreten Zustand politischer Beziehungen abhängig sind.

---

13 Siehe zum (Sozial-)Konstruktivismus Krell (2009: Kap. 11) sowie Ulbert (2003). Fortgeschrittene Leserinnen und Leser sollten Wendts hier unmittelbar einschlägigen Aufsatz *Anarchy is what states make of it* (1992) sowie seine *Social Theory of International Politics* konsultieren (Wendt 1999). Lesenswerte Kritik an Wendts Denken findet sich unter anderem bei Zehfuß (1998) sowie in Guzzini/Leander (2006).

Je nach Konfliktsituation lassen sich idealtypisch fünf zwischenstaatliche „**Konfliktgrade**“ (grundlegend Müller 1996) – von akuter Feindschaft bis hin zur oben genannten Sicherheitsgemeinschaft – unterscheiden, die die Rahmenbedingungen für Rüstungskontrolle abstecken (siehe auch Müller/Schörnig 2006: 127–132). Dazu weiter unten mehr, wenn von den dementsprechenden Rüstungskontrollmaßnahmen ausführlicher die Rede sein wird.

Gehen wir zunächst aber noch etwas weiter der Frage nach, warum Staaten rüsten. Wie bereits angedeutet, sind die sich aus dem Verhältnis oder der Machtverteilung zwischen Staaten ergebenden Anreize nur *ein* Ansatzpunkt – und zwar einer, der sich der Frage gleichsam mit der Makroperspektive „von außen“ annähert.<sup>14</sup>

- Um in Abkehr von einer realistischen Perspektive ein anderes, mit Blick auf den Einzelfall detailreicheres Bild zu erhalten, ist ein Blick ins *Innere* der Staaten eine weitere naheliegende Alternative.

Die große, für diese Perspektive in den IB einschlägige Denkströmung ist der Liberalismus, der zur Erklärung staatlichen Verhaltens auf die Präferenzbildungsprozesse im Inneren der Staaten fokussiert, also die „Innenseite der Außenpolitik“ analysiert. Kurz:

- Der Liberalismus richtet sein Augenmerk darauf, wie Außenpolitik „gemacht wird“, also auf die Akteure (bspw. Interessengruppen) und Prozesse (bspw. bürokratische Abläufe), die für die Formulierung und Ausführung außenpolitischer Entscheidungsprozesse bestimmend sind.<sup>15</sup>

Ein Beispiel: Im Zusammenhang mit der hier verfolgten Frage nach staatlicher Rüstung warnte der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower vor einem Phänomen, von dem vermutlich fast jeder schon einmal gehört hat und welches hier stellvertretend für einen liberalistischen Denkansatz herangezogen werden kann. In seiner letzten großen Fernsehansprache, der „Farewell Address“, warnte Eisenhower 1961 die amerikanischen Bürgerinnen und Bürger vor dem **Militä-**

---

14 Siehe Müller/Schörnig (2006) zur sinnstiftenden Unterscheidung zwischen „Innen-“ und „Außenleitung“.

15 Siehe zum Liberalismus Krell (2009: Kap. 7) sowie Schieder (2003) und Czempiel (1998 [1986]). Fortgeschrittene Leserinnen und Leser sollten, um einen präziseren Eindruck der in den IB Neo-Liberalismus genannten Großtheorie zu bekommen, die Schriften von Andrew Moravcsik konsultieren (etwa Moravcsik 1997).

**risch-Industriellen Komplex (MIK)** (Müller/Schörnig 2006: 66–68).<sup>16</sup> Ausgestattet mit erheblichen finanziellen Mitteln, einer starken Lobby und überproportionalem politischem Einfluss, kann der MIK, so dieser Denkansatz, den Präferenzbildungsprozess eines Staates in seinem Sinne beeinflussen, also etwa mehr Steuergelder für Rüstungsprojekte in seine Richtung kanalisieren. Zum MIK gehören, im weiteren Sinne, „Politiker, die auf die Unterstützung oder das Wohlergehen der Rüstungsindustrie angewiesen sind, beispielsweise Abgeordnete mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Rüstungsunternehmen in ihrem Wahlkreis; Zulieferer; Universitäten, die Rüstungsforschung betreiben; *Think Tanks*, sowohl staatliche, als auch private; Journalisten entsprechender Fachzeitschriften; Gewerkschaften mit in der Rüstungsindustrie tätiger Mitgliedschaft etc.“ (Müller/Schörnig 2006: 66). Eisenhower warnte, dass dieses weit verzweigte Netz aus Firmen, Forschungseinrichtungen, Regierungsinstitutionen und anderen Einflussgrößen im schlimmsten Fall eine Gefahr für die Freiheit der Bürger und die demokratischen Prozesse der USA bedeuten könne. Für den Denkansatz des MIK sprechen die, wie mit Blick auf das Beispiel USA oben gesehen, weiterhin enormen Rüstungsausgaben der USA, die darauf verweisen, dass die äußere Bedrohungssituation nicht alleinige Triebfeder von Rüstungsanstrengungen sein kann, da der alte Supermacht-Gegner aus dem Kalten Krieg lange nicht mehr existent ist und die USA heute eine unangefochtene militärische Überlegenheit genießen.

Wer sich über den mitunter überproportional hohen Einfluss des MIK hinaus noch näher aus der Innenperspektive mit bestimmten Rüstungsprojekten befasst, der erkennt des Weiteren, dass diese mitunter ein faszinierendes „**Eigenleben**“ entwickeln. Rüstung erscheint dann als nicht nur von der äußeren Sicherheitslage und dem Einfluss von Partikularinteressen entkoppelt sowie mittels dieser kaum erklärbar, sondern manchmal sogar nur schwerlich noch vernünftig nachvollziehbar. Einige Facetten der, um weiter beim Beispiel USA zu bleiben, seit Jahrzehnten immer wieder in verschiedensten Erscheinungsformen verfolgten Idee der Raketenabwehr liefern dafür anschauliche Beispiele. So umfasste diese in den 1980ern im Rahmen der *Strategic Defense Initiative* unter Präsident Ronald Reagan unter anderem zum Abschuss sowjetischer Interkontinentalraketen im Weltraum stationierte, mit Atomexplosionen betriebene (!) Laser und ähnliche Wunderwaffen – Waffensysteme, die damals wie heute nur in der Fantasie von „defense intellectuals“ und Illustratoren existieren. Bis in die jüngste Vergangenheit lassen sich ähnliche Beispiele aufzeigen, etwa der *Airborne Laser*, die abgespeckte Variante des Weltraum-Lasers, der in einer Boeing 747 Platz finden sollte und trotz hoher

---

16 Eisenhowers über ein halbes Jahrhundert zurückliegende Rede lässt sich leicht auf YouTube ([www.youtube.com](http://www.youtube.com)) finden – es ist durchaus lohnenswert, sie aus heutiger Perspektive auf sich wirken zu lassen.

Investitionen niemals über den Prototypenstatus hinauskam (Helmig 2011). Zwar ist dieses konkrete Rüstungsprojekt inzwischen endgültig eingestellt, aber die Idee der Raketenabwehr manifestiert sich stets in anderen Formen weiter. Derzeit ruhen die Hoffnungen auf der Weiterentwicklung der seegestützten *Standard Missile 3*. Ein Blick auf nationalstaatliche Identitäten, idiosynkratische Sicherheitsdiskurse oder auch soziale Dynamiken in bestimmten Forscher-Gemeinschaften führt folglich mit Blick auf solche Beispiele kurioser rüstungspolitischer Eigendynamik – und bei der Suche nach Erkenntnissen danach, wann und warum Staaten in bestimmten Feldern rüsten – oftmals weiter (siehe bspw. Peoples 2010; Bormann 2008; MacKenzie 1993).

Das Stichwort „Eigenleben“ wird wohl am deutlichsten betont in einem weiteren Denkansatz, dem sogenannten „**technologischen Imperativ**“, den Barry Buzan pointiert formuliert hat und der zunächst auf die Innenperspektive abhebt (eine knappe Zusammenfassung findet sich in der Kritik bei Reppy 1990; siehe auch Müller/Schörnig 2006: 63–64).<sup>17</sup> Der Denkansatz schreibt der Technologie und dem Rüstungssektor im Staatsinneren besondere Eigendynamik zu. Etwas zugespitzt nach dem Motto: Wenn etwas technisch möglich ist, dann wird es auch gebaut (Reppy 1990: 102). Der Ansatz mischt dies aber mit Elementen einer bestimmten Außenperspektive, nämlich der oben skizzierten realistischen Beschreibung zwischenstaatlicher Verhältnisse. Denn erst im Rahmen des Sicherheitsdilemmas kommt das Argument zu voller Entfaltung: Im Zweifel baut nämlich der Gegner die neue Hightech-Waffe, was gemäß dieser Binnenlogik natürlich inakzeptable Sicherheitseinbußen bedeuten würde (man kommt dem Gegner praktisch nur zuvor – so lässt sich natürlich jede militärische Innovation rechtfertigen). Wieder liefert die Entwicklung der Atombombe im Zweiten Weltkrieg das prominenteste Beispiel, denn die USA wähten sich (irrtümlicherweise, wie sich erst später herausstellte) im Wettlauf mit Nazi-Deutschland um „die Bombe“. Nicht selten wird im nächsten Schritt ein Folgeargument vorgebracht, dass der einmal befreite „Flaschengeist“ der atomaren Waffentechnologie nie mehr eingesperrt werden kann (siehe in interessantem Kontrast dazu die Argumente bei MacKenzie/Spinardi 1995). Heute trifft man das Argument des technologischen Imperativs häufig in einer leicht veränderten Variante an. So heißt es nämlich in den USA oft, man müsse „den technologischen Vorsprung halten“ (Carter 2001).<sup>18</sup>

17 Für eine kritische Prüfung dieses Denkansatzes siehe Müller (1989).

18 Das Argument besitzt heute eine besondere Bedeutung, da gerade westliche Staaten kaum noch Verteidigungskriege („wars of necessity“), sondern fast ausschließlich Kriege der Wahl („wars of choice“) führen (Freedman 2006/7) und entsprechend wenig geneigt sind, das Leben der eigenen Soldaten in solchen Szenarien zu riskieren und stattdessen auf Hightech-Rüstung setzen. Dass die meisten Herausforderer westlicher Staaten technologisch schon



- Trotzdem: Technologie, auch Waffentechnologie, entwickelt sich natürlich nicht „wie von Geisterhand“, also von alleine. Die Erforschung, Entwicklung und schließlich Produktion neuer Waffensysteme geht immer auf rüstungspolitische Entscheidungen zurück.

Die Bedeutung von Technologie – oder besser das Präsentieren der Fähigkeit, bestimmte Hochtechnologie zu beherrschen – führt zum letzten hier skizzierten Denkansatz im Rahmen der Frage, warum Staaten rüsten, nämlich **Prestige**. Auch hier sind sowohl die Außen- als auch Innenperspektive im Spiel. Gerade im Rahmen regionaler Rivalitäten kann dem Besitz spezifischer Waffensysteme eine ganz besondere Bedeutung zukommen. So kann es z. B. für eine selbsternannte regionale Führungsmacht von besonderer Bedeutung sein, über die modernsten Großwaffensysteme der Region zu verfügen. Im Umkehrschluss kann die gezielte Beschaffung ebenbürtiger Systeme durch kleinere Staaten auch ein Signal sein, dass ein Führungsanspruch nicht anerkannt wird.

- Im Besitz bestimmter Waffensysteme drücken sich also nicht zuletzt auch Status bzw. angestrebter Status aus (Eyre/Suchman 1996).

Am offensichtlichsten wird das Streben nach Prestige durch Waffeneinkäufe in den jährlichen Militärparaden autokratischer Staaten, mit denen eben nicht zuletzt gezielt ein Bild nach außen vermittelt werden soll. Die Bedeutung von Prestige soll auch noch an einem anderen Beispiel verdeutlicht werden, nämlich dem Streben nach Nuklearwaffen (Sagan 1996). Diese werden nicht nur als ultimativer Sicherheitsgarant gehandelt, weil sie Angriffe fremder Staaten (hoffentlich) „abzuschrecken“ erlauben (Morgan 2003; Freedman 2004). Mit Nuklearwaffen ist auch ein besonderer Status verbunden, die Aufnahmen in den exklusiven „Club“ der wenigen Staaten, die über die „absolute Waffe“ (Brodie 1946a) verfügen. Obwohl also der *Gebrauch* von Nuklearwaffen inzwischen als „tabu“ beschrieben werden kann (Tannenwald 2007), ihr Besitz ist es trotz des starken nuklearen Nichtverbreitungsregimes nach wie vor nicht. „Glory in possession, shame in use“, so hat William Walker (2012: 16) dies auf den Punkt gebracht. Die Innenperspektive ist hier insofern von Bedeutung, als das Prestigestreben je nach aktuellem Amtsinhaber oder Entscheidungsträger variieren und in unterschiedlichem, *individuellem* Maße seine Ausprägung finden kann.

---

lange abgehängt sind oder dass die Entwicklung modernster Rüstungstechnologie enorme Summen erfordert, während gleichzeitig die Etats für zivile Krisenprävention gekürzt werden, spielt bei dieser Betrachtung eine untergeordnete Rolle.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Frage, warum Staaten rüsten, sowohl durch den Fokus auf die äußeren Zusammenhänge als auch auf die im Inneren der Staaten ablaufenden Prozesse oder tonangebenden Entscheidungsträger beantwortet werden kann. Und während der auf die äußere Makroperspektive abzielende, realistische Ansatz üblicherweise von *Ursachen* für Rüstung spricht, also aus bestimmten Konstellationen staatliche Reaktionen als quasi kausal induziert ableitet, hat der vorangegangene Abschnitt gezeigt, dass demgegenüber auch bestimmte *Gründe* die Triebfedern von Rüstung sein können, etwa wenn aus nicht mit Konzepten linearer Kausalität fassbaren, genuin sozialen Motiven, wie dem Streben nach Prestige, gerüstet wird.

#### 2.4.2.2 Rüstungskontrollmaßnahmen

Wie begegnet Rüstungskontrollpolitik der Rüstungsdynamik?<sup>19</sup> Die in Abschnitt 2.4.1 genannten drei Ziele der Rüstungskontrolle – **Kriegsverhütung**, **Schadensbegrenzung** und **Kostensenkung** – verhalten sich, so viel sei an dieser Stelle ergänzt, nicht spannungsfrei zueinander. Rüstungsmaßnahmen zur Schadensbegrenzung können bspw. dazu führen, dass Kriege wahrscheinlicher werden, also die Ziele zwei und eins miteinander in Konflikt geraten (Müller/Schörnig 2006: 126). Rüstungskontrollbemühungen ziehen bisweilen auch nicht-intendierte oder nicht vorhergesehene Konsequenzen nach sich; im Nuklearbereich etwa die Verbreitung lenkbarer Mehrfachsprengköpfe für nukleare Interkontinentalraketen durch ihre Vernachlässigung im SALT I-Vertragswerk.

Diese Einwände deuten bereits darauf hin, dass es für Rüstungskontrolle **keine einfachen Lösungen und Patentrezepte** gibt. Vielmehr müssen rüstungskontrollpolitische Ziele und die entsprechenden Maßnahmen stets der jeweiligen Konfliktsituation angepasst sein und weiterentwickelt werden. Ein Denkansatz, der eine Annäherung an die Möglichkeiten und Herausforderungen für Rüstungskontrolle in verschiedenen zwischenstaatlichen Konstellationen erlaubt, ist Harald Müllers (1996: 405–408; siehe auch Müller/Schörnig 2006: 127–132) Schema der fünf idealtypischen „Konfliktgrade“. Dieses **Konfliktgradeschema** wird im Folgenden zunächst zum Zwecke der Systematisierung existierender Rüstungskontrollmaßnahmen verwendet. Die grobe Skizze soll zunächst ein allgemeines Gefühl für Bedingungen, Maßnahmen und Ziele von Rüstungskontrolle vermitteln. Im restlichen Teil dieses Abschnitts werden dann drei besonders prominente Maßnahmenbündel der Rüstungskontrolle – **Vertrauensbildende Maßnahmen**,

---

19 Für eine komprimierte Übersicht samt historischer Beispiele siehe Burns (1993: 3–10).

**Verifikation** sowie **Compliance** – detaillierter beleuchtet. Als allgemeiner Merksatz sei dem jedoch noch folgendes vorweggeschickt (Müller 1996: 408–409):

- Rüstungskontrolle zielt auf die Stimulation eines **Verständigungs- und Lernprozesses** ab, der Schritt für Schritt über den Verlauf der Konfliktgrade hinweg das oben geschilderte Sicherheitsdilemma zwischen Staaten entschärft und zur am Beginn dieses Kapitels geschilderten Einsicht verhilft, dass Rüsten den Krieg mitunter befördert, statt ihn zu verhindern – also eben doch zu *weniger* statt mehr internationaler Sicherheit führt – und somit besser durch **Kooperation und Vertrauen** verfolgt werden sollte

#### 2.4.2.2.1 Rüstungskontrolle im Konfliktgradeschema

**Akute Feindschaft:** Im Falle eines offen, mit Waffen ausgetragenen Konflikts kann natürlich **keine Rüstungskontrolle** im engeren Sinne stattfinden, da es allenfalls gilt, auf die Einhaltung des Völkerrechts zu achten und bestehende Kriegshandlungen zu beenden. Im Anschluss daran bieten sich dann die Einrichtung von kampfhandlungsfreien Zonen zur Entflechtung der Truppen (Disengagement-Zonen) sowie solche zur Herstellung und Verdichtung der Kommunikation zwischen den Konfliktparteien an, um vermittelnd auf die akute Krise einzuwirken. Da der Grad an Kooperation zwischen den Konfliktparteien auf dieser Stufe sehr gering ist, muss dafür unter Umständen auf die Hilfe Dritter zurückgegriffen werden, bspw. auf unparteiische Staaten oder die Vereinten Nationen. Blauhelmmissionen, um Konfliktparteien zu trennen und Waffenstillstände zu überwachen, wären hierfür ein Beispiel (Müller/Schörnig 2006: 127–128).

**Chronische Feindschaft:** Hier herrscht kein offen ausgetragener Konflikt (mehr). Die Konfliktparteien stehen sich jedoch (weiterhin) misstrauisch gegenüber, weswegen Rüstungskontrollmaßnahmen hier auf eine **Stabilisierung der Beziehungen** abzielen, um das Sicherheitsdilemma zumindest abzumildern. Intensivierte Kommunikation und erste Bemühungen um **Transparenz** (Florini 1998) können vor diesem Hintergrund dafür sorgen, den Grad an Misstrauen behutsam zu senken. Der über weite Strecken des Ost-West-Konflikts bestehende „Kalte Krieg“ zwischen den USA und der UdSSR liefert für diesen Konfliktgrad ein historisches Beispiel – der Kern des Konflikts zwischen den Parteien bleibt hier von den Rüstungskontrollmaßnahmen noch unberührt, es geht vielmehr um Symptombekämpfung, also die Eindämmung seiner Krisen- und Kriegsanfälligkeit (Müller/Schörnig 2006: 128).

**Angespannte, gemischte Beziehungen:** Auf dieser Stufe sind die Konfliktparteien erstmals bereit, sich auf eine Steuerung der Aufrüstung oder auch auf eine weniger offensiv orientierte Strukturierung und Positionierung der eigenen Streit-

kräfte einzulassen. Dazu müssen ihre Sicherheitsbedürfnisse mit Maßnahmen zur Rüstungskontrolle vorsichtig austariert werden. In diesem Grad des Konflikts kann Rüstungskontrolle erstmals **vertrauensbildende Maßnahmen** initiieren, die weiter unten im Detail diskutiert werden. Auch sind erstmals **quantitative und qualitative Beschränkungen** denkbar. Dies bedeutet nach wie vor zwar Aufrüstung, aber eben deren Steuerung durch begrenzte Wachstumsraten, um nicht wieder in die gänzlich unkontrollierte Aufwärtsspirale des Aktions-Reaktions-Schemas zurückzufallen. Auch können Maßnahmen im qualitativen Bereich erfolgen. Bestimmte Technologien bei bestehenden Waffensystemen können limitiert oder verboten, unter Umständen sogar ganze Waffenkategorien – wie etwa inhumane Waffen oder Munition, von den oben bereits genannten Anti-Personenminen bis hin zu Dum-Dum-Geschossen oder Blend-Lasern – vom Schlachtfeld verbannt werden. In der Regel bestehen in diesem Konfliktgrad bereits institutionalisierte Kommunikations- und Verhandlungsforen zur Anbahnung solcher Vereinbarungen (Müller/Schörnig 2006: 128–130).

**Überwiegend kooperative Beziehungen:** Mit diesem Konfliktgrad sind erstmals nicht nur Maßnahmen zur Kontrolle und Steuerung der Aufrüstung, sondern die Einrichtung von festen **Obergrenzen** sowie zahlenmäßigen **Verminderungen** vereinbart. Für den Abbau von militärischen Kapazitäten gemäß vereinbarter Reduktionsziele ist Transparenz entscheidend, um restlichem Misstrauen keinen Nährboden zu bieten (Müller/Schörnig 2006: 130–131).

**Sicherheitsgemeinschaft:** Die Existenz einer Sicherheitsgemeinschaft wirkt sich auf sämtliche Facetten der zwischenstaatlichen Beziehungen aus, bedeutet aber für den hier interessierenden Rüstungs- und Militärbereich und die Maßnahmen der Rüstungskontrolle vor allem **ein Höchstmaß an Transparenz und Kooperation**. Rüstungskontrolle spielt sich hier nur noch mit dem Ziel des Vortreibens militärischer Integration ab, reichend von gemeinsamen Manövern über Ausbildung bis hin zur Beschaffung. Die „Deutsch-Französische Brigade“ wäre dafür ein Beispiel, ebenso das multinationale „Eurokorps“ der Europäischen Union. Um Missverständnisse zu vermeiden: Die Nationalstaaten mit ihren Entscheidungsansprüchen und -befugnissen lösen sich in dieser Konstellation keinesfalls auf, vielmehr ist nur das zwischen ihnen existierende Sicherheitsdilemma entschärft. Nahezu idealtypisch ist also Misstrauen über Zeit der stabil gewordenen Erwartung gewichen, dass politische Veränderungen frei von Bedrohungen und friedlich vonstattengehen und internationale Sicherheit durch Kooperation effektiver und effizienter herstellbar ist als durch im Unilateralismus verharrende Rüstungsanstrengungen (Müller/Schörnig 2006: 131–132). Tabelle 1 fasst den hier grob skizzierten Überblick noch einmal auf einen Blick zusammen.

**Tabelle 1** Konfliktgrade und Ziele sowie Maßnahmen der Rüstungskontrolle

Konfliktgrad	Ziele der Rüstungskontrolle	Maßnahmen der Rüstungskontrolle
<b>Akute Feindschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Beendigung von Kriegshandlungen</li> <li>▪ Entschärfung der Krise</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vermitteln durch Dritte</li> <li>▪ Verdichten der Kommunikation zwischen den Parteien</li> </ul>
<b>Chronische Feindschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stabilisierung des Konflikts</li> <li>▪ Eindämmung der Krisen- und Kriegsanfälligkeit (Vermeidung von Präemptionszwängen)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Weiteres Verdichten der Kommunikation zwischen den Parteien</li> <li>▪ Erhöhen der Transparenz</li> </ul>
<b>Angespannte, gemischte Beziehungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Weitere Stabilisierung der Beziehungen</li> <li>▪ Nachhaltigere Kriegsverhütung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vertrauensbildende Maßnahmen</li> <li>▪ Quantitative und qualitative Rüstungsbeschränkungen</li> <li>▪ Abbau offensiver Kapazitäten</li> </ul>
<b>Überwiegend kooperative Beziehungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Verhindern, dass restliches Misstrauen bestimmend für die Beziehungen wird</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Weitere quantitative und qualitative Rüstungsbeschränkung</li> <li>▪ Quantitative und qualitative Reduktionen</li> <li>▪ Weitere Erhöhung der Transparenz</li> </ul>
<b>Sicherheitsgemeinschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Weitreichende militärische Integration</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vergemeinschaftung der Verteidigungsplanung</li> <li>▪ Aufbau multinationaler Verbände</li> </ul>

Quelle: Müller/Schörnig (2006: 132), mit minimalen Änderungen.

#### 2.4.2.2 Vertrauensbildende Maßnahmen (VBM)

Das Ziel von vertrauensbildenden Maßnahmen (VBM) ist, wie der Name es nahelegt, der Abbau von Misstrauen und der Aufbau von gegenseitigem Vertrauen zwischen den Konfliktparteien.

- **Vertrauensbildende Maßnahmen** setzen in gemischten, angespannten Beziehungen an und sollen diese stabilisieren sowie zu nachhaltiger Entspannung des politischen Klimas herbeiführen.

VBM können verschiedene Einzelmaßnahmen mit unterschiedlichen Reichweiten umfassen. **Symbolische Handlungen** und grundlegende Übereinkünfte, etwa in, wenngleich auf dieser Stufe noch unverbindlichen, schriftlichen Abkommen, wären ein möglicher Anfang. Erste **Bemühungen um mehr Transparenz**, um mit Blick auf Absichten und Kapazitäten übersteigertes oder unbegründetes Miss-

trauen zu verhindern, sind auf diesem Konfliktniveau ebenfalls denkbar. **Verbesserung und Verstetigung der Kommunikation** spielt in diesem Zusammenhang ebenfalls eine wichtige Rolle – das weiter oben genannte „Rote Telefon“ wäre dafür ein Beispiel. **Auch operative Beschränkungen** sind auf diesem Konfliktniveau denkbar, etwa die Ankündigung von Manövern oder Truppenbewegungen, die das Gegenüber als Bedrohung oder Angriffsvorbereitung interpretieren könnte (Müller/Schörnig 2006: 128–130). Historische Beispiele existieren dafür mannigfaltig, so wurde etwa die NATO-Übung *Able Archer* im Jahre 1983 von der UdSSR als Vorbereitung auf einen nuklearen Erstschatz missverstanden, eine fatale Entwicklung, die, wie erst Jahre später zutage gefördert wurde, beinahe einen „Atomkrieg aus Versehen“ ausgelöst hätte (Rhodes 2008: 165–166; Blair 1993: 181; Hoffman 2009: 94–95).

Die Fallstricke der VBM werden im nächsten Abschnitt aufgegriffen, denn in der Logik des Sicherheitsdilemmas reicht mitunter schon ein geringes Maß an Misstrauen, um alle Bemühungen um mehr Kommunikation und Transparenz im Rahmen angespannter Beziehungen zu vergiften – denn niemand garantiert, zugespitzt formuliert, dass dies nicht alles perfide Täuschungsmanöver des Gegners sind. Die Reaktion auf diesen schwer auszuräumenden Fundamentalfeld lautet: **Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser** – „trust, but verify“ (Gallagher 1998b: 138). Dies führt zum Maßnahmenbündel der Verifikation.

#### 2.4.2.2.3 Verifikationsmaßnahmen

In den vorangegangenen Abschnitten war die Rede von Kommunikation, Transparenz und dem Aufbau von Vertrauen. Doch lauert stets das Risiko des Betrugs, des Hintergangenwerdens, des Vertragsbruchs. Verifikation soll dem vorbeugen, indem **Informationen über Einhaltung oder Nichteinhaltung von Übereinkünften und Verträgen** gesammelt, analysiert sowie **Verstöße zuverlässig, eindeutig und zeitnah aufgedeckt** werden.

- **Verifikation** dient der Absicherung des oben angedeuteten Lernprozesses, indem sie die Option des Vertragsbruchs unattraktiv macht und durch wiederholtes gegenseitiges Bestätigen und Beweisen des Einhalts von Abmachungen über Zeit Vertrauen nachhaltig etablieren hilft.

Dies geschieht entweder wechselseitig durch die Vertragsparteien oder im Rahmen einer internationalen Organisation.<sup>20</sup> Verifikationsinstrumente sind vielge-

---

20 Zwar kommt in der Realität auch Informationen, die durch nationale Geheimdienste gesammelt werden, Relevanz bei der Beantwortung der Frage zu, ob sich ein Vertragspartner an

staltig. Sie können regelmäßigen **Informationsaustausch bzw. Datenaustausch** umfassen, auch den Austausch von Personal, bspw. zur Beobachtung von Manövern. Die **Beobachtung mit technischen Mitteln** ist ebenfalls üblich. Im Rahmen von Rüstungskontrollabkommen zwischen den USA und der UdSSR wurde beispielsweise vereinbart, dass Silos samt der Spitzen der darin befindlichen Interkontinentalraketen zu bestimmten Zeitpunkten geöffnet werden mussten, so dass die Satelliten des Kontrahenten die auf der Rakete angebrachten Sprengköpfe „zählen“ konnten – eine Art Spionage via Satellit gemäß Verabredung. Der aus den bilateralen Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR hervorgehende START I-Vertrag enthielt **Verifikationsmaßnahmen, um die vertragskonforme Abrüstung von Waffensystemen sicherzustellen**, hier mit Blick auf das Außerdienststellen und systematische Zerstören von Trägersystemen durch ein vertraglich festgeschriebenes Regelwerk. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) wäre wiederum ein Beispiel für eine internationale Organisation mit Verifikationsaufgaben im Bereich der Rüstungskontrolle. Sie wacht im Rahmen des oben erwähnten NVV darüber, dass zivile Atomprogramme zur friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht zu militärischen umfunktioniert werden. Dazu bedient sie sich nicht nur Inspektoren, die vor Ort **Kontrollen**, entweder mit Ankündigung oder unter bestimmten Umständen auch überraschend, durchführen, sondern auch diverser **technischer Hilfsmittel** wie Siegeln, Videoüberwachung oder Geräten zur kontinuierlichen Messung und Übermittlung bestimmter Parameter. Verifikation soll stets, unabhängig davon, welche Instrumente und Organisationsformen gewählt werden, gewisse Bedingungen erfüllen, um ihr Ziel zu erreichen: Sie muss **„zweckmäßig, adäquat, effektiv und angemessen“** (Müller/Schörnig 2006: 145, Hervorh. dort) sein. Das bedeutet, dass Verifikationsmaßnahmen grundsätzlich dazu geeignet sein müssen, Regeleinhaltung zu erkennen sowie Regelverstöße zuverlässig und zeitnah aufzudecken. Angemessenheit bedeutet, dass die Verifikationsmaßnahmen die Souveränität der Vertragsmitglieder nicht unnötig einschränken sollen (Müller/Schörnig 2006: 140–336; Goldblat 2002: 309–340).

Diese Ausführungen zu Verifikationsmaßnahmen sollten aber nicht den Eindruck erwecken, dass Verifikationsmaßnahmen, die diese Kriterien erfüllen, auch immer leicht zu erreichen sind. Das Gegenteil ist der Fall, denn Verifikation zuzustimmen bedeutet auch, dem Gegenüber Einblicke in sensible Bereiche nationaler Sicherheit zu gewähren, die dieser wiederum ausnutzen könnte, um anstelle zulässiger Verifikation unzulässige Spionage zu betreiben. Um auf diesem schma-

---

die gemeinsame Abmachungen hält. Allerdings soll hier Verifikation vorrangig als Prozess verstanden werden, auf den sich die Vertragspartner einigen konnten, um das gegenseitige Misstrauen zu reduzieren, womit geheimdienstliche Informationsbeschaffung außen vor bleibt.

len Grat zu wandeln, helfen meist nur sehr **detaillierte diplomatische Verhandlungen und kreative Verifikationsmaßnahmen**. Dafür ein Beispiel aus dem SALT II-Vertrag: Dieser sah vor, dass Interkontinentalraketen nur über eine bestimmte Anzahl von Sprengköpfen verfügen durften (unterhalb der maximalen Tragfähigkeit der Rakete). Um fremden Inspektoren nun eine Überprüfung zu ermöglichen, gleichzeitig aber keine technischen Geheimnisse preiszugeben, wurde sich auf Milchglasscheiben geeinigt, die zwar die Sprengköpfe zu sehen erlaubten, aber keine genaueren Details erkennen ließen (genauer bei Müller/Schörnig 2006: 168) – so konnte schließlich Sicherheitsbedenken trotz Verifikationsmaßnahmen stattgegeben werden.

#### 2.4.2.2.4 Compliance

Führen nun Verifikationsmaßnahmen aber tatsächlich zu dem Verdacht, dass ein Vertragsbruch vorliegen könnte, dann greifen Compliance-Maßnahmen, um mit diesem Sachverhalt umzugehen.<sup>21</sup>

- **Compliance-Verfahren** zielen darauf ab, **Regelbefolgung und Vertragstreue** zur Durchsetzung zu verhelfen, indem sie im Vorhinein Regeln festlegen, nach denen Staaten, die gegen Rüstungskontrollabmachungen oder -verträge verstoßen haben, unter Druck gesetzt werden dürfen.

Selbstverständlich sind **unterschiedliche Grade von Verstößen** denkbar, für die wiederum unterschiedliche harte Compliance-Antworten zu formulieren sind. Ohne böse Absicht können Staaten mitunter schlicht irren, manchmal mangelt es auch an den notwendigen personellen oder technischen Ressourcen, um einen Vertrag vollständig regelkonform umzusetzen. Statt Sanktionen wären in diesem Fall, ganz im Gegenteil, Hilfeleistungen notwendig, um der Vertragspartei bei der Erfüllung ihrer Pflichten unter die Arme zu greifen. Darüber hinaus ist Compliance in bilateralen Vertragskonstellationen natürlich einfacher zu handhaben als etwa im Rahmen des nahezu alle Staaten der Welt betreffenden nuklearen Nichtverbreitungsvertrags.

Ausgehend vom Beispiel eines multilateralen Vertrags lässt sich ein Compliance-Verfahren in mehrere Schritte einteilen, die im Folgenden nur sehr knapp umrissen werden sollen. Zuerst muss der **Regelverstoß** festgestellt werden. Hierzu werden durch Verifikationsmaßnahmen gewonnene **Beweismittel** von der Vertragsgemeinschaft ausgewertet. Dieses Verfahren muss fair, gerecht und

---

21 Zu Fragen von Verifikation und Regeldurchsetzung aus völkerrechtlicher Sicht siehe Marahn (1999).



transparent sein, um das Vertrauen in den Vertrag und die Legitimität des Verfahrens nicht in Frage zu stellen. Erst dann können im nächsten Schritt **Maßnahmen** beschlossen werden, um den Regelbrecher zu sanktionieren. **Sanktionen** können von symbolischen Akten über Wirtschaftsembargos bis hin zu – auf der allerhöchsten Stufe – militärischen Maßnahmen reichen. Die **Anwendung von Gewalt** ist dabei von den Vereinten Nationen und der Abstimmung im Sicherheitsrat abhängig, der alleine eine Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit feststellen und ein Mandat zur militärischen Intervention erteilen kann.

Compliance-Verfahren im Rahmen der Rüstungskontrolle laufen in der Praxis, vor allem im Falle schwerwiegender Verdachtsmomente, selbstverständlich nicht wie vorprogrammiert nach dem hier umrissenen Schema ab. Da sie letztendlich an nicht weniger als der Souveränität der Staaten rühren, handelt es sich hier um außerordentlich komplexe Prozesse mit politischen, juristischen, sozialen und technischen Dimensionen (Müller/Schörnig 2006: 148–156; Goldblat 2002: 336–345).

---

### 2.4.3 Debatten

In Abschnitt 2.4.1 wurde Rüstungskontrolle als theoretisches wie praktisches Projekt mit normativem Kern beschrieben. Rüstungskontrolle analysiert und theoretisiert also nicht nur Rüstungsdynamiken, um zu ergründen, was *ist*, sondern formuliert auch mögliche politische Reaktionen und transportiert somit eine Vorstellung davon, was sein *soll*. Und von fundamentaler Bedeutung ist dabei eben die Grundüberzeugung, dass Rüstungskontrolle Frieden und internationaler Sicherheit zuträglich ist, zumindest mehr als unkontrollierte Rüstung es sein kann. Es vermag vor dem Hintergrund normativer Überzeugungen und Ansprüche nicht zu verwundern, dass über Rüstung und Rüstungskontrolle stets sehr grundsätzliche und hitzige Debatten geführt wurden – und werden. Man kann sogar sagen, dass es sich dabei um einen der Themenkomplexe in den (I)B handelt, an dem sich Konflikte zwischen unterschiedlichen Überzeugungssystemen und Weltbildern bevorzugt entzünden (zwischen „Idealisten“ und „Realisten“, sogar zwischen „Tauben“ und „Falken“, wie es oft etwas holzschnittartig und den durchaus ernstzunehmenden Argumenten auf beiden Seiten nicht unbedingt gerecht werdend heißt).

Eine **Fundamentalkritik** gegen Rüstungskontrolle hat Colin S. Gray gleichermaßen wohlformuliert wie erbarmungslos zugespitzt vorgebracht. Sie lautet wie folgt:

- Rüstungskontrolle ist unnötig, wenn sie möglich ist und unmöglich, wenn sie nötig ist (paraphrasiert nach Müller/Schörnig 2006: 133; Gallagher 1998a: 7–8).

Doch schon nach der Lektüre dieses kurzen Kapitels im vorliegenden Einführungsband dürfte klar geworden sein, dass *natürlich* in einer von chronischer Feindschaft oder angespannten Beziehungen charakterisierten Staatenbeziehung kein weitreichender Rüstungskontrollvertrag mit ambitionierten Reduktionszielen, umfangreichen Verifikationsmaßnahmen und schlagkräftigen Compliance-Mechanismen machbar ist. Erste Schritte, etwa vertrauensbildende Maßnahmen, sind hingegen sehr wohl möglich und finden realiter auch statt. Gray macht es sich mit seiner Kritik daher wohl ein wenig zu einfach, denn es ist in der Tat leicht, Rüstungskontrolle im Handstreich zu diskreditieren, indem man sie an viel zu hohen Erwartungen misst (Müller/Schörnig 2006: 133, 232).

Schwieriger ist es, substanzielle Kritik zu üben, die differenziert sowohl die Vorteile als auch die Nachteile, die Erfolge und Misserfolge von Rüstungskontrolle zur Kenntnis nimmt. Rüstungskontrolle ist nicht schwarz-weiße Ideologie und ihre Praxis folgt keinem, mit IB-theoretischem Gütesiegel versehenen Regelkatalog. Vielmehr ist Rüstungskontrolle eben genuin *politisch* im Sinne des geflügelten Wortes von „Politik als Kunst des Möglichen“. Und möglich ist eben stets *etwas*, in Abhängigkeit von der konkreten Konfliktsituation – zunächst weniger und später vielleicht mehr, wie die Geschichte der Rüstungskontrolle allein in den vergangenen Jahrzehnten (von limitierten Nukleararsenalen bis hin zum Verbot von Chemiewaffen, um nur zwei Beispiele zu nennen) wiederholt gezeigt hat.

**Harsche Kritik** erntet die Rüstungskontrolle aber nicht nur von denen, die im Sinne der Sicherheit lieber auf Rüstung setzen, sondern auch aus dem „eigenen“ Lager. So wird der klassischen Rüstungskontrolle immer wieder vorgeworfen, sie vertausche **Ursache und Wirkung**. Damit ergibt sich folgender Dissens:

- „**Abrüster**“ insistieren, dass Waffen das Grundübel und die eigentliche Konfliktsache seien. „**Rüstungskontrolleure**“ sehen Rüstung hingegen nur als *Folge* von zwischen Staaten bestehenden Konflikten.

Für Rüstungskontrolleure ist Abrüstung demensprechend ein Mittel zum Zweck, ein wichtiges zwar, aber eben nur ein Mittel. Eine abgerüstete Welt wäre in ihren Augen nicht sicherer, zumindest nicht ohne Weiteres, denn die Grundunsicherheit im internationalen Selbsthilfesystem bestünde fort. Es gewönne der, der die erste neue Atombombe – bzw. in diesem Fall die erste neue Steinschleuder – baute. Für „Abrüster“ hingegen ist Abrüstung *nicht* nur ein Mittel, sondern das unbedingt anzustrebende *Ziel* (Müller/Schörnig 2006: 124; Larsen 2009: 3–4; Gallagher 1998a: 11).

Rüstungskontrolle, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg, maßgeblich beeinflusst durch den Ost-West-Konflikt und die Gefahr durch Massenvernichtungswaffen, von den Supermächten praktiziert wurde und sich etabliert hat, folgte und folgt eindeutig der Weltsicht der Rüstungskontrolleure. Nicht zuletzt, um in der Atmosphäre des Ost-West-Konflikts überhaupt Zugang zum politischen Prozess zu erlangen, folgte Rüstungskontrolle nach dem Zweiten Weltkrieg – explizit im Nuklearbereich – daher auch den etablierten Paradigmen und „kaufte“ sich zentrale, für die herrschenden Denkmuster sinnstiftende Annahmen kurzerhand ein, so etwa die (vermeintlich) starre Anarchie im internationalen System samt unüberwindlichem Sicherheitsdilemma. Ihre Kritik und ihre politischen Alternativvorschläge goss sie in ein angepasstes, rationalistisches, „realpolitisches“, kurz: in ein an den Zeitgeist anschlussfähiges Vokabular.<sup>22</sup> Sowohl das Vorhandensein der Nuklearwaffen als auch die damit verbundene Abschreckungsdoktrin wurden akzeptiert und innerhalb dieses bestehenden Rahmens „nur“ darauf abgezielt, die Beziehungen zu stabilisieren und Abschreckung auf möglichst niedrigem Konfliktniveau zu bewahren.<sup>23</sup>

Inzwischen sind die Stimmen der Abrüster leiser geworden (zum Streit zwischen deutschen „Rüstungskontrolleuren“ und „Abrüstern“ siehe Rosert (2011)). Rüstungskontrolleure müssen sich von den Abrüstern aber dennoch zumindest den Vorwurf gefallen lassen, dass mit ihrem Ansatz ein gewisser Preis verbunden ist, vor allem das weitgehende Ausblenden moralischer Kosten der Rüstung betreffend. Robert J. Oppenheimer (zitiert nach Brodie (1946b: 73) und Thorpe (2004: 68)), der wissenschaftliche Leiter des Manhattan-Projekts und als „Vater der Bombe“ bekannte Physiker bezeichnete Nuklearwaffen als „weapons of aggression, of surprise, and of terror“ und stellte erschüttert fest: „We have made a thing that by all the standards of the world we grew up in is an evil thing“. Diese eigentlich doch simple und keinesfalls leicht von der Hand zu weisende Einsicht, dass nukleare Massenvernichtungswaffen mit ihrer unterschiedslosen und alle Maßstäbe sprengenden Zerstörungskraft eben an sich „evil“ sind, hat zwar viel zivilgesellschaftliche Resonanz erzeugt (etwa im *Nuclear Freeze Movement* der 1980er Jahre), spielt im technisch-nüchternen Diskurs des nuklearen Rüstungskontrolleestablishments aber allenfalls eine marginale Rolle.

- Nukleare Rüstungskontrollpolitik war (und ist) eben nüchterne *Interessenpolitik*.

22 Schon ganz grundlegende Elemente des Sprachgebrauchs – u. a. seit den frühen 1960ern von „Rüstungskontrolle“ und eben nicht mehr von „Abrüstung“ zu sprechen, um sich nicht dem Verdacht des Utopismus auszusetzen – zeugen von dieser Entwicklung (Larsen 2009: 4).

23 Vgl. hierzu auch die Ausführungen zu nuklearer Abschreckung im Kapitel *Strategie* (2.2.3.1).

Demzufolge ist sie mit anderen Fragen befasst: mit strategischer Stabilität, Spielarten und Finessen der Abschreckungsstrategie, *targeting*-Doktrinen, Kräfteverteilung, Trägersystem-Obergrenzen, Zählregeln, Verifikationsmechanismen und vielen, vielen dazugehörigen politischen, technischen und juristischen Details – dass die Abrüstung von Nuklearwaffen aber zuallererst eine *moralische* Verpflichtung sein könnte, dieser basale Punkt ist erst jüngst mit dem Aufkeimen der *Global Zero*-Bewegung wieder vernehmlicher geäußert worden.

**Aktuell** sieht sich die internationale Rüstungskontrolle mit einigen **Schwierigkeiten und Herausforderungen** konfrontiert. Bei vielen multilateralen Abkommen – etwa zu Bio- und Chemiewaffen – geht es nicht entscheidend voran, und auch die nukleare Abrüstung zwischen den USA und Russland erscheint angesichts sich verschlechternder Beziehungen weiter ins Stocken zu geraten. Während man hinsichtlich letzterer noch gut auf den Grad der zwischenstaatlichen Beziehungen als Einflussgröße für mögliche weitere Rüstungskontrollmaßnahmen verweisen kann, steht Rüstungskontrolle inzwischen auch von anderer Seite unter Druck. Denn gerade im konventionellen Bereich scheint die oben beschriebene, eher quantitativ ausgerichtete Rüstungskontrolle aktuell an Grenzen zu stoßen. War es im Kalten Krieg, salopp formuliert, noch ausreichend, Raketen, Sprengköpfe oder Flugzeuge und Panzer zu zählen und die vereinbarten Obergrenzen zu verifizieren, so stellen aktuelle technische Entwicklungen solch klassische Herangehensweisen zunehmend in Frage. Denn spätestens seit dem Golfkrieg 1991 setzt sich bei westlichen Staaten – allen voran den USA – eine so genannte *Revolution in Military Affairs* (RMA) durch, die auf Präzision, Aufklärung, *stealth* und vor allem Vernetzung der Streitkräfte setzt – und damit *qualitative* Faktoren konventioneller Rüstung in den Vordergrund rückt.

Zentral für die RMA ist, dass die militärische Wirkung nicht mehr durch ein Waffensystem, sondern durch das synchronisierte Zusammenspiel vieler einzelner Komponenten erzielt wird. Man spricht in diesem Zusammenhang von einem „System der Systeme“. Gelingt es z. B. durch bessere Aufklärung, eine Rakete im richtigen Moment auf ein bestimmtes Ziel abzuschießen, so kann diese Rakete trotz eines kleineren Sprengkopfs mehr Schaden erzielen als dies noch vor wenigen Jahren möglich gewesen wäre. Die prototypische Waffe dieser RMA ist die bewaffnete und vom Radar schwer zu erfassende Kampfdrohne, die mit ihrer Fähigkeit zur ausdauernden Beobachtung einen optimalen Angriffszeitpunkt wählen lässt (Sauer/Schörnig 2012; Müller/Schörnig 2010). Aus Sicht eines Rüstungskontrolleurs stellt sich nun die Frage, *was* genau eigentlich *wie* „kontrolliert“ werden soll, wenn die Waffenwirkung durch das komplexe Zusammenspiel vieler Komponenten erzeugt wird. Soll die Leistungsfähigkeit einzelner Komponenten herausgegriffen werden (z. B. die Traglast von Drohnen, die Sprengkraft von Raketen oder der maximale Datendurchsatz einer Kommunikationsverbindung?).

Oder soll der Fokus eher auf der Wirkung des Gesamtsystems liegen (Müller/Schörnig 2001)?

Eine Antwort könnte in der sogenannten „**präventiven Rüstungskontrolle**“ liegen, im Rahmen derer absehbare technologische Entwicklungen auf ihre militärische Anwendbarkeit und ihr destabilisierendes Potenzial hin bewertet werden und Staaten sich bereits im Vorfeld entschließen, bestimmte Entwicklungen nicht zu forcieren oder zu unterstützen (Altmann 2008). Allerdings zeigt die Vergangenheit, dass trotz begründeter Bedenken und mahnender Worte technologische Entwicklungen häufig doch ihren Weg in die militärischen Arsenale finden und es dann aufwendiger Rüstungskontrollmaßnahmen bedarf, um diese Entwicklungen hinterher wieder einzuhegen.

So legt dieses Kapitel über die Bedeutung von Rüstungskontrolle für die internationale Sicherheit insgesamt den Schluss nahe, dass solange die Rüstungsdynamik weitergeht Rüstungskontrolle ihrerseits stets **gebraucht** und **beschäftigt** bleiben wird.

---

#### Fragen zum Kenntnisstand

- (1) Warum beschaffen Staaten sich Mittel zur organisierten, militärischen Gewaltausübung, kurz: Warum rüsten Staaten? Und: Welche verschiedenen Perspektiven lassen sich zur Beantwortung dieser Frage einnehmen?
- (2) Welche drei Ziele werden mit Rüstungskontrolle verfolgt?
- (3) Welcher Maßnahmen bedient sich Rüstungskontrollpolitik?
- (4) Welche Kritik wird gegen Rüstungskontrolle vorgebracht?

---

#### Fragen zum selbständigen Weiterdenken

- (1) Welcher der vorgestellten Denkansätze beantwortet die Frage nach den Ursachen und Gründen der Rüstungsdynamik am überzeugendsten – oder ist vielleicht keiner der präsentierten Denkansätze alleine und allgemein tragfähig?
- (2) Ist Rüstungskontrolle nur ein Überbleibsel aus dem Ost-West-Konflikt und in der Gegenwart überhaupt nicht mehr zeitgemäß?
- (3) Ist eine „abgerüstete Welt“, eine Welt ohne Waffen wünschenswert? Warum ja, warum nein?
- (4) Wäre eine Welt ohne Waffen sicherer? Falls nein: Wie müsste eine Welt ausgestaltet sein, in der keine staatlichen Waffenarsenale mehr benötigt würden?
- (5) Wäre eine Welt ohne Nuklearwaffen („Global Zero“) wünschenswert? Falls ja: Wie wäre sie zu erreichen? Wäre diese Welt sicherer?

- (6) Die Entwicklung der Atombombe hat Rüstungskontrolle im letzten Jahrhundert einen neuen Stellenwert und ungeahnte Herausforderungen beschert. Welche technologischen Entwicklungen der Gegenwart bergen das Potenzial für neue Rüstungsdynamiken und somit neue Herausforderungen für Rüstungskontrolle im 21. Jahrhundert? Denken Sie an folgende Beispiele (und die Querverbindungen zwischen diesen): Robotik, Nanotechnologie, Biotechnologie.
- (7) Welche neuen Räume könnten bald Schauplätze von Rüstungsdynamiken sein? Vielleicht der Cyberspace? Der Weltraum?

### Empfohlene Literatur

Eine empfehlenswerte Einführung ins Thema in deutscher Sprache bietet das folgende Lehrbuch:

- *Müller, Harald/Schörnig, Niklas* 2006: Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle: Eine exemplarische Einführung in die Internationalen Beziehungen, Baden-Baden.

Der aktuelle Stand der Rüstungskontrolle findet sich im jährlich erscheinenden „Friedensgutachten“, abrufbar unter [www.friedensgutachten.de](http://www.friedensgutachten.de)

Wer an den Anfängen der nuklearen Rüstungskontrolle interessiert ist, der sei auf das Buch von Thomas Schelling und Morton Halperin verwiesen:

- *Schelling, Thomas C./Halperin, Morton H.* 1975 [1961]: Strategy and Arms Control, Millwood, NY.

Eine vertiefende Beschäftigung mit dem Thema in deutscher Sprache ermöglicht dieser Sammelband:

- *Neuneck, Götz/Mölling, Christian* (Hrsg.) 2005: Die Zukunft der Rüstungskontrolle, Baden-Baden.

Eine vertiefende Beschäftigung mit dem Thema in englischer Sprache ermöglicht:

- *Larsen, Jeffrey A./Wirtz, James J.* (Hrsg.) 2009: Arms Control and Cooperative Security, Boulder, CO.

Ein Plädoyer für die Erneuerung (oder Beschneidung?) der Rüstungskontrolle vor dem Hintergrund des internationalen Terrorismus findet sich bei:

- *Levi, Michael A./O'Hanlon, Michael E.* 2005: The Future of Arms Control, Washington, D.C.

Die Entwicklung der Atombombe sowie der Wasserstoffbombe hat der Historiker Richard Rhodes beschrieben:

- *Rhodes, Richard* 1986: *The Making of the Atomic Bomb*, New York, NY.
- *Rhodes, Richard* 2005: *Dark Sun: The Making of The Hydrogen Bomb*, New York, NY.

An der Geschichte des nuklearen Rüstungswettlaufs Interessierte werden ebenfalls bei Rhodes fündig:

- *Rhodes, Richard* 2008: *Arsenals of Folly: The Making of the Nuclear Arms Race*, New York, NY.

---

## Literatur

- Altmann, Jürgen* 2008: Präventive Rüstungskontrolle, in: *Die Friedens-Warte* 83: 2: 3.
- Ashley, Richard K.* 1986: The Poverty of Neorealism, in: Keohane, Robert O. (Hrsg.): *Neorealism and its Critics*, New York, NY, 255–300.
- Blair, Bruce G.* 1993: *The Logic of Accidental Nuclear War*, Washington, DC.
- Bormann, Natalie* 2008: *National Missile Defense and the Politics of US Identity*, Manchester.
- Brodie, Bernard* (Hrsg.) 1946a: *The Absolute Weapon: Atomic Power and World Order*, New York, NY.
- Brodie, Bernard* 1946b: Implications for Military Policy, in: *Brodie, Bernard* (Hrsg.): *The Absolute Weapon: Atomic Power and World Order*, New York, NY, 70–107.
- Burns, Richard Dean* 1993: An Introduction to Arms Control and Disarmament, in: *Burns, Richard Dean* (Hrsg.): *Encyclopedia of Arms Control and Disarmament*, New York, NY, Vol. 1, 1–12.
- Buzan, Barry/Herring, Eric* 1998: *The Arms Dynamic in World Politics*, Boulder, CO.
- Carr, Edward H.* 2001 [1939]: *The Twenty Years' Crisis 1919–1939: An Introduction to the Study of International Relations*, Houndmills.
- Carter, Ashton B.* 2001: Keeping the Edge: Managing Defense for the Future, in: *Carter, Ashton B./White, John P* (Hrsg.): *Keeping the Edge: Managing Defense for the Future*, Cambridge, MA, 1–25.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1998 [1986]: *Friedensstrategien*, 2. Auflage, Opladen.
- Eyre, Dana P./Suchman, Mark C.* 1996: Status, Norms, and the Proliferation of Conventional Weapons: An Institutional Theory Approach, in: *Katzenstein, Peter* (Hrsg.): *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York, NY, 79–113.
- Florini, Ann M.* 1998: A New Role for Transparency, in: *Gallagher, Nancy W.* (Hrsg.): *Arms Control: New Approaches to Theory and Policy*, London, 51–72.
- Freedman, Lawrence* 2004: *Deterrence*, Cambridge.
- Freedman, Lawrence* 2006/7: Iraq, Liberal Wars and Illiberal Containment, in: *Survival* 48: 4, 51–65.

- Gallagher, Nancy W. 1998a: Bridging the Gap on Arms Control, in: Gallagher, Nancy W. (Hrsg.): *Arms Control: New Approaches to Theory and Policy*, London, 1–24.
- Gallagher, Nancy W. 1998b: The Politics of Verification: Why ‚How Much?‘ is not Enough, in: Gallagher, Nancy W. (Hrsg.): *Arms Control: New Approaches to Theory and Policy*, London, 138–170.
- Goldblat, Jozef 2002: *Arms Control: The New Guide to Negotiations and Agreements*, London.
- Guzzini, Stefano 2004: The Enduring Dilemmas of Realism in International Relations, in: *European Journal of International Relations* 10: 4, 533–568.
- Guzzini, Stefano/Leander, Anna (Hrsg.) 2006: *Constructivism and International Relations: Alexander Wendt and His Critics*, Milton Park.
- Helmig, Jan 2011: Startschuss für Laser als aktive Waffensysteme? Zur aktuellen Debatte um die Entwicklung von Energiewaffen, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift* 49: 2, 190–195.
- Hoffman, David E. 2009: *The Dead Hand: The Untold Story of the Cold War Arms Race And its Dangerous Legacy*, New York, NY.
- Hymans, Jacques E. C. 2010: When Does a State Become a „Nuclear Weapon State“: An Exercise in Measurement Validation, in: *Nonproliferation Review* 17: 1, 161–180.
- Jacobs, Andreas 2003: Realismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen, 35–60.
- Keohane, Robert O. (Hrsg.) 1986: *Neorealism and Its Critics*, New York, NY.
- Krell, Gert 2009: *Weltbilder und Weltordnung. Eine Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Baden-Baden.
- Larsen, Jeffrey A. 2009: An Introduction to Arms Control and Cooperative Security, in: Larsen, Jeffrey A./Wirtz, James J. (Hrsg.): *Arms Control and Cooperative Security*, Boulder, CO, 1–20.
- MacKenzie, Donald 1993: *Inventing Accuracy: A Historical Sociology of Nuclear Missile Guidance*, Cambridge, MA.
- MacKenzie, Donald/Spinardi, Graham 1995: Tacit Knowledge, Weapons Design, and the Un-invention of Nuclear Weapons, in: *American Journal of Sociology* 101: 1, 44–99.
- Marauhn, Thilo 1999: Die Durchsetzung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen, in: *Die Friedens-Warte* 74: 1, 159–186.
- Masala, Carlo 2005: Kenneth N. Waltz: Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, Baden-Baden.
- Moravcsik, Andrew 1997: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: *International Organization* 51: 4, 513–553.
- Morgan, Patrick 2003: *Deterrence Now*, Cambridge.
- Morgenthau, Hans J. 2005 [1948]: *Politics Among Nations: The Struggle for Power and Peace*, 7. Auflage, Boston, MA.
- Müller, Harald 1989: Technologie und Sicherheitspolitik. Der Einfluss von technischem Wandel auf Strategie und Rüstungskontrolle, in: Hacke, Christian/Knapp, Manfred (Hrsg.): *Friedenssicherung und Rüstungskontrolle in Europa*, Köln, 173–209.
- Müller, Harald 1996: Von der Feindschaft zur Sicherheitsgemeinschaft – Eine neue Konzeption der Rüstungskontrolle, in: Meyer, Berthold (Hrsg.): *Eine Welt oder Chaos?*, Frankfurt a. M., 399–426.



- Müller, Harald/Schörnig, Niklas 2001: RMA and Nuclear Weapons – A Calamitous Link for Arms Control?, in: Disarmament Forum 3: 4, 17–26.
- Müller, Harald/Schörnig, Niklas 2006: Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle: Eine exemplarische Einführung in die Internationalen Beziehungen, Baden-Baden.
- Müller, Harald/Schörnig, Niklas 2010: Drohnenkrieg. Die konsequente Fortsetzung der westlichen Revolution in Military Affairs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50, 16–23.
- Paul, T. V. 2009: The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons, Stanford, CA.
- Peoples, Columba 2010: Justifying Ballistic Missile Defense: Technology, Security and Culture, Cambridge.
- Reppy, Judith 1990: The Technological Imperative in Strategic Thought, in: Journal of Peace Research 27: 1, 101–106.
- Rhodes, Richard 2008: Arsenal of Folly: The Making of the Nuclear Arms Race, New York, NY.
- Rosert, Elvira 2011: Rüstung, Rüstungskontrolle und Abrüstung, in: Schlotter, Peter/Wisotzki, Simone (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden, 252–281.
- Sagan, Scott D. 1996: Why Do States Build Nuclear Weapons?: Three Models in Search of a Bomb, in: International Security 21: 3, 54–86.
- Sauer, Frank 2008: Die Rückkehr der Bombe? Nichtgebrauch von Nuklearwaffen und internationaler Terrorismus, Saarbrücken.
- Sauer, Frank/Schörnig, Niklas 2012: Killer Drones – The Silver Bullet of Democratic Warfare?, in: Security Dialogue 43 (4): 363–380.
- Schieder, Siegfried 2003: Neuer Liberalismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 169–198.
- Schörnig, Niklas 2003: Neorealismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 61–88.
- Schwartz, Stephen I. 1998: U.S. Nuclear Weapons Cost Study Project. Brookings Institution, Washington, DC, in: <http://www.brookings.edu/projects/archive/nucweapons/schwartz.aspx>; 01. 03. 2012.
- SIPRI 2011a: Recent Trends in Military Expenditure, in: <http://www.sipri.org/research/armaments/milex/resultoutput/trends>; 03. 11. 2011.
- SIPRI 2011b: The Top 20 Arms Exporters, 2006–2010, in: [http://www.sipri.org/googlemaps/at\\_top\\_20\\_exp\\_map.html](http://www.sipri.org/googlemaps/at_top_20_exp_map.html); 10. 11. 2011.
- Tannenwald, Nina 2007: The Nuclear Taboo: The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945, Cambridge.
- Thorpe, Charles 2004: Violence and the Scientific Vocation, in: Theory Culture Society 21: 3, 59–84.
- Ulbert, Cornelia 2003: Sozialkonstruktivismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 409–440.
- Walker, William 2012: A Perpetual Menace: Nuclear Weapons and International Order, New York, NY.
- Waltz, Kenneth N. 1959: Man, the State and War: A Theoretical Analysis, New York, NY.
- Waltz, Kenneth N. 1979: Theory of International Politics, Reading, MA.
- Wendt, Alexander 1992: Anarchy Is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics, in: International Organization 46: 2, 391–425.
- Wendt, Alexander 1999: Social Theory of International Politics, Cambridge, MA.

- Wulf, Herbert* 2000: Wo ist die Friedensdividende geblieben?, in: Nuscheler, Franz (Hrsg.): Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert. Zur Wirkungsgeschichte des Brandt-Berichts, Bonn, 186–207.
- Zehfuß, Maja* 1998: Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5: 1, 109–137.





*Dieses Bild zeigt den Einsatz einer Anti-Terror-Einheit in Venedig. Spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 sieht sich die internationale Gemeinschaft einer Reihe neuer Sicherheitsrisiken gegenüber. Während konventionelle Streitkräfte bis zum Ende des Kalten Krieges als Garant nationaler Sicherheit galten, verlangen diese neuen Risiken auch nach neuen Ansätzen bei der Gewährleistung internationaler Sicherheit.*

Bildquelle: Wikimedia Commons.

Internationale Sicherheit

Eine Einführung

Enskat, S.; Masala, C. (Hrsg.)

2013, VIII, 208 S. 6 Abb., 4 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-02369-0